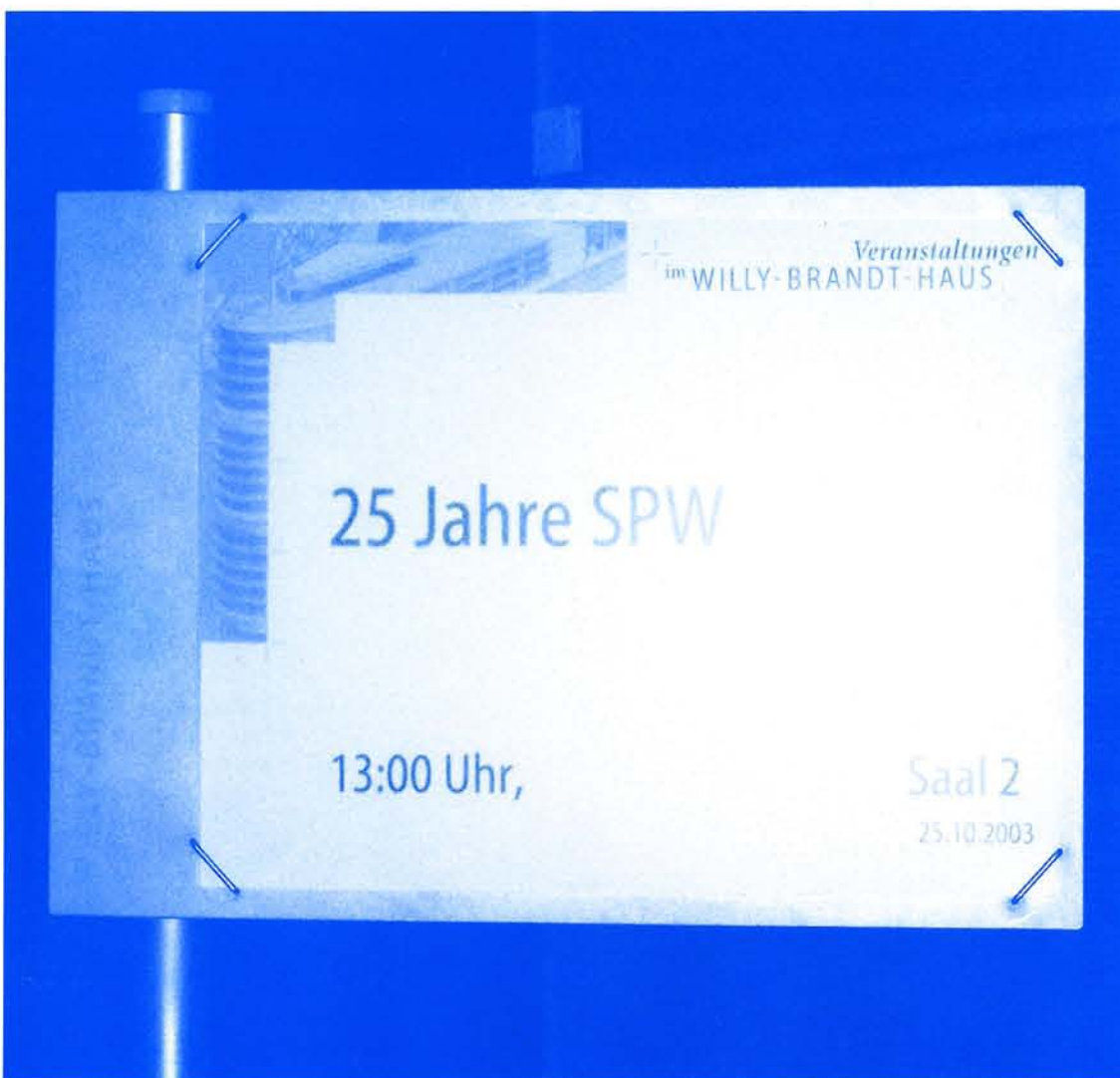


25 JAHRE SPW



Sigrid Skarpelis-Sperk
Herausforderungen für
die Ökonomie im
21. Jahrhundert

Wolfgang Zellner
Friedensmacht Europa
– gibt es eine geo-
politische Alternative
zur US-Hegemonie?

Olaf Scholz
Wo steht die SPD?

**Im Forum DL21
schreiben:**
Andrea Nahles, Niels
Annen/Rüdiger Scholz,
Ernst-Dieter Rossmann,
Michael Müller, Renè
Röspel, Dietmar Nietan
und Marco Bülow

Von Horst Peter

„Heute liegt die politische Vernunft nicht mehr dort, wo die politische Macht liegt. Es muss ein Zustrom von Intelligenz und Intuition aus nicht-offiziellen Kreisen stattfinden, wenn Katastrophen verhütet oder gemildert werden sollen.“ Auch wenn Hermann Hesse nicht der klassische Stichwortgeber der SPD-Linken ist und er sich 1955, als er seine Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels hielt, auf die Gefährdung der Menschheit angesichts des atomaren Wettrüstens bezog, hat das Zitat bedrückende Aktualität.

Ist etwa der Krieg gegen den Terrorismus insbesondere in der Ausprägung des us-amerikanischen Krieges gegen den Irak Ausdruck politischer Vernunft? Zeugt es von politischer Vernunft, wenn die großen Industriestaaten, voran die USA, die Klimakatastrophe riskieren, weil die politische Kraft oder der Wille fehlt, die Produktion ökologisch verträglicher zu gestalten? Ist es politisch vernünftig, sich der Logik der neoliberalen Globalisierung zu unterwerfen, obwohl die zerstörerischen Folgen für die natürlichen Lebensgrundlagen und den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaften im Weltmaßstab und national mit Händen zu greifen sind? Oder ist es gar vernünftig, die sozialen Sicherungssysteme dadurch retten zu wollen, dass statt Arbeitslosigkeit, Armut und Krankheit die Arbeitslosen, Armen und Kranken bekämpft werden?

Kurzum: wir müssen täglich neu Fragen an die politisch Mächtigen stellen und an die von ihnen zu verantwortende Politik die Sonde kritischer Vernunft anlegen, wollen wir Hermann Hesses These widerlegen oder bestätigen.

*

Irgendwie scheinen die politisch Mächtigen sich ihrer Defizite bewusst zu sein. Wo liegt sonst die Logik des Rufes nach internationalen Think-Tanks oder der Inflation von nationalen Expertenkommissionen: Hartz, Rürup, Herzog. Ob damit der „Strom von Intelligenz und Intuition aus nicht offiziellen Kreisen“ sichergestellt werden soll oder kann, darf bezweifelt werden. Alle Berufenen gehören schließlich zur geschlossenen Gesellschaft der politischen Klasse. Sollen die Ergebnisse dieser Kommissionen auch noch 1 zu 1 umgesetzt werden, führt das auch noch zur Entmündigung der gewählten Entscheidungsträger im Parlament. Deren Versuche, über Enquetekommissionen von Zeit zu Zeit zentrale politische Probleme zu analysieren und Handlungsvorschläge unterschiedlicher Reichweite als Empfehlungen auszusprechen, zeichnen sich durch höhere Qualität aber auch durch größere Folgenlosigkeit aus, da dem Parlament das Drohpotential der 1-zu-1-Umsetzung fehlt.

Kommissionen zum Klimawandel, zum Schutz der Menschen und der Umwelt oder zur Globalisierung zeichnen sich durch den Austausch unterschiedlicher wissenschaftlicher Richtungen und das öffentlichen Ringen um Konsens aus, während der gemeinsame Nenner der Think-Tanks und Expertenkommissionen die Dominanz des neoliberalen Mainstreams ist. Querdenken ist nicht erwünscht, da die Ergebnisse der Kommissionen als alternativlose Glaubenssätze angefor-

dert werden, etwa von der Qualität „Die Senkung der Lohnnebenkosten schafft neue Arbeitsplätze“ oder „die Regulierung des Arbeitsverhältnisses verhindert Investitionen im Inland“ oder „die Abkassierung der Kranken rettet die Finanzierung der Krankenversicherung“. Das alles muss geglaubt werden, da es nirgends geklappt hat, wo es ausprobiert worden ist.

Die Bevölkerung ist klüger als die politische Klasse, weil sie die politischen Patentrezepte ohne Alternativen nicht glaubt. Daher nimmt die Wahlbeteiligung ab und dort, wo sich unten politisches Engagement äußert, geschieht dies zunehmend weniger in den Parteien, sondern in ökologischen, globalisierungskritischen, sozialen Protestbewegungen.

Kurzum: Die Welt der politisch Mächtigen und die Welt der von deren Entscheidungen negativ Betroffenen klafft immer weiter auseinander. Es prallen arrogante Überheblichkeit und tiefe Verunsicherung aufeinander.

*

Das Beharren auf der Alternativlosigkeit ihrer Politik, der Tunnelblick gegenüber anderen Vorschlägen verschärft die Vertrauenskrise, gerade auch zu denjenigen, denen Hesse den Zustrom an Intelligenz und Intuition zutraut, wenn Krisen verhütet oder gemildert werden sollen. Es gibt ja genügend Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft. Ob es Konzepte für eine ökologisch-soziale und demokratische Weltordnung, eine ökologisch verträgliche Produktion sind, die Verknüpfung von Welthandel mit sozialen und ökologischen Standards, die Zusammenführung von Leben, Arbeit und Lernen, eine solidarische Bürgerversicherung, die Dezentralisierung der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und die entsprechende finanzielle Ausstattung der Gemeinden, und, und, und... das ist alles nachlesbar.

Allein eine Durchsicht der Themenschwerpunkte der spw zum Sozialstaat, zur nachhaltigen Entwicklung und zur Gestaltung der Globalisierung zeigen, dass die gegenwärtige Politik alles andere als alternativlos ist. Kurzum: die Defizite der Lesefähigkeit, die die PISA-Studien den deutschen Jugendlichen bescheinigen, scheinen auch in der politischen Klasse zu bestehen.

*

Weil nicht wahrgenommen oder nicht angenommen, sucht sich der alternative Zukunftsdiskurs andere Foren als sie die medialen events des Mainstreams bieten. Es steht die Frage, ist es wichtiger, sich auf dem Markt der Eitelkeiten einer talk-show zu präsentieren, oder sich an Umweltforen, Sozialforen, Agenda21-Gruppen zu beteiligen. Wer offene Augen hat, der erkennt, dass es einen breiter werdenden Diskurs alternativer Experten gibt. Der Zusammenstoß der beiden Welten findet als Konfrontation an den Orten statt, an denen sich die wahrhaft Mächtigen treffen: G7, IWF, Think-Tank-Treffen oder WTO-Tagungen. Die Frage ist, gibt es Chancen aus den Konfrontationen Formen produktiven Zusammentreffens zu machen. Wieso nicht den Bürgerdialog, den das Berliner Programm als die Form des Zusammenführens für ein konkretes Reformbündnisses benennt, aufgreifen? Oder dem Volk mit Volksbegehren und Volksentscheid auf allen politischen Ebenen die Chance zu geben, sich politisch einzumischen.

Kurzum: Warum machen wir es uns eigentlich so schwer, mehr Demokratie zu wagen?

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Röspele (Hagen)
 Thomas Sauer (Möln)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zaubert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankenzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2003.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Dezember 2003

<i>Andrea Nahles</i>	
Erfolg mit begrenzter Haltbarkeit?	4
<i>Niels Annen, Rüdiger Scholz</i>	
Wann wir schreiten Seit' an Seit'	5
<i>Ernst-Dieter Rossmann</i>	
Bildung, Forschung, Innovation – „Guter Geist“ der Agenda 2010?	7
<i>EUROSPOT</i>	
Perspektiven für ein soziales Europa	8
<i>Michael Müller</i>	
Die Herausforderungen annehmen – neuen Fortschritt gestalten	9
<i>Renè Röspele</i>	
Keine EU-Gelder für verbrauchende Embryonenforschung	10
<i>Dietmar Nietan</i>	
Hohmann ist kein Einzelfall	11
<i>Marco Bülow</i>	
Vormarsch der Sonnenenergie fortsetzen	12

25 JAHRE SPW

<i>Horst Peter</i>	
Einleitung	13
<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i>	
Herausforderungen für die Ökonomie im 21. Jahrhundert	15
Statement von Klaus Dörre	19
Statement von Michael Guggemos	20
<i>Wolfgang Zellner</i>	
Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?	21
Statement von Sabine Kebir	24
Statement von Detlev von Larcher	25
<i>Olaf Scholz</i>	
Was will die SPD heute?	26
Statement von Horst Peter	31
Statement von Susi Möbbeck	32
Statement von Andrea Nahles	32

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Interview mit Prof. Dr. Alvaro Comin</i>	
„Lula wird gegen die Vorgaben der USA kämpfen“	34
<i>Kai Burmeister</i>	
Vietnam – Marktwirtschaft mit sozialistischer Prägung?	38
<i>Edgar Göll</i>	
„Schuld ist immer das Opfer...“ – Zur Lage in Kuba	39
<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i>	
Nach Cancun ist vor Honkong	41

THEORIE & STRATEGIE

<i>Interview mit Dr. Hans-Jochen Vogel</i>	
SPD 1863 - 1933: Emanzipation, Demokratie und Diktatur	44
<i>Horst Dietzl, Gerry Woop</i>	
Programmatische Erneuerung bei der PDS	48
<i>Friedrich Putz</i>	
Hartz IV – des Kaisers neue Kleider für Arbeitslose?	51
<i>Thieß Petersen</i>	
Unterkonsumtion, Überakkumulation und die Reform der sozialen Sicherungssysteme	54
Rezension: Namibia (Bräunlein)	58
Rezension: „gekommen und geblieben“ – Lebensgeschichten türkischer MigrantInnen in der BRD (Scholle)	59
spw-inten	59

Erfolg mit begrenzter Haltbarkeit?

Die SPD-Linke auf dem Bundesparteitag

Von Andrea Nahles

Der Parteitag der SPD ist für die Linke erfolgreich verlaufen. Ob diese Feststellung auch für die nächsten Monate geltend gemacht werden kann, bleibt abzuwarten. Vergleicht man den Wahlparteitag in Bochum mit dem Sonderparteitag zeigt sich, dass die Partei einerseits offensiver das soziale Profil der SPD einfordert und einige Pflöcke eingeschlagen hat, um dies zu untermauern. Andererseits gab es Lähmungsercheinungen in der politischen Auseinandersetzung, die es schwerer machen könnten, die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse einzufordern.

Die schlechten Umfrageergebnisse im Nacken, den Vermittlungsausschuss vor Augen hat die SPD die Regierung Schröder und ihre Agenda 2010 noch einmal mitgetragen. Die Unzufriedenheit mit Kurs, Vermittlung und Perspektive der Partei konnte der Parteitag allerdings nur bedingt in eine neue Aufbruchstimmung ummünzen. Immerhin: Der Leitantrag des Parteivorstandes konnte nach monatelanger interner Beratung und teilweise strittigen Abstimmungen deutlich in Richtung sozialer Akzente und mehr Bildungsinvestitionen verändert werden.

Debatten zwischen Resignation und Protest Gerhard Schröder richtete seine Eröffnungsrede auf eine Wohlfühl-Stimmung aus. Er beschwor die Gemeinschaft der Sozialdemokraten. Damit knüpfte er emotional an der tiefen Verunsicherung der Basis an und erreichte zunächst eine Befriedung. Er ging sogar soweit, sich zumindest rhetorisch auf den „demokratischen Sozialismus“ zu beziehen. Rhetorik und Praxis blieben aber unverbunden. Inhaltlich kam er der Kritik in der Partei nur insoweit entgegen, als dass er sich eindeutig hinter die Forderungen nach einer höheren Erbschaftsbesteuerung stellte. Die Themen Bürgerversicherung oder Ausbildungsumlage oder Tarifautonomie kamen nicht vor.

Erst in einem späteren Diskussionsbeitrag trotzte der Parteitag mit einer Resolution – ein einmaligen Vorgang – Gerhard Schröder das vielzitierte deutliche Bekenntnis zur Tarifautonomie ab.

Nach Schröders Rede war zunächst „die Luft raus“ aus der Generaldebatte. Die Debatte dauerte zwar drei Stunden – fand aber vor halbleerem Saal statt. Dass dieser scheinbare Frieden nicht mehr als ein Burgfrieden war, zeigte sich bei den Vorstandswahlen. Es traf Wolfgang Clement und Olaf Scholz. Dennoch muss man festhalten, es war schon eine arg resignative Stimmung, keinesfalls eine „Putschstimmung“, die diesen Ergebnissen zugrunde lag. Man fügte sich inhaltlich in das, was man ohnehin nicht mehr ändern konnte. Man quittierte das Verhalten und die Positionierungen einzelner Führungsleute dann aber doch politisch – via Stimmzettel.

Und man nahm sich für den Perspektivantrag – wie sich zeigen sollte – noch einiges vor.

Unveränderte Mehrheitsverhältnisse im Parteivorstand

Die Mehrheitsverhältnisse der zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen auf dem Parteitag haben sich durch die Wahlen nicht verschoben. Das in einigen Medien behauptete „Abstrafen“ der Linken ist blödsinnig. Von den 37 Kandidaten gingen 31 in den zweiten Wahlgang. Mit Niels Annen, Gernot Grumbach und Angelika Schwall-Düren zogen neue „linke“ Kandidaten in den Parteivorstand ein. Herzlichen Willkommen im Club! Allerdings wurde Sigrid Skarpelis-Sperk nicht mehr in den Parteivorstand gewählt. Das war für sie und für uns alle bitter. Sigrid hatte als Frontfrau der sog. „Abweichter“ und als beharrliche Makroökonomin in „unfreundlicher Umgebung“ zu den wichtigen und zuverlässigen Verfechtern unserer Politik im Parteivorstand gehört. Dafür möchte ich Ihr sehr herzlich Danke sagen. Danke für den unermüdlichen Einsatz und den glasklaren analytischen Blick sage ich auch Ulrich Maurer, der nicht mehr kandidierte. Benjamin Mikfeld trat ebenfalls aus beruflichen Gründen nicht mehr an. Wir hoffen, dass er uns aber als Kopf und Mitstreiter erhalten bleibt.

Gerhard Schröder wurde mit gut 80 Prozent der Stimmen bestätigt, das sind acht Punk-



Andrea Nahles

te weniger als vor zwei Jahren. Unter den Stellvertretern schieden Rudolf Scharping und Renate Schmidt aus. Dafür wurden neu Kurt Beck und Ute Vogt gewählt. Bei den Wahlen erhielten Wolfgang Thierse und Heidi Wiecek-Zeul die besten Ergebnisse, auch Kurt Beck kam über 80 Prozent. Ute Vogt erhielt gut 70 Prozent der Stimmen. Die 20 Prozent „Nein“ fielen auf Wolfgang Clement erhielt nur 57 Prozent Ja-Stimmen bei 34 Prozent „Nein“. Olaf Scholz wäre als Generalsekretär beinahe durchgefallen, er bekam nur 52,6 Prozent Ja-Stimmen, bei 40 Prozent „Nein“.

Insgesamt hatten wir auf diesem Parteitag (Forum DL 21) eine starke Minderheitenposition. Die Landesverbände NRW und Niedersachsen trugen unsere Positionen – bei der Tarifautonomie, der Bürgerversicherung und der Rentenpolitik – weitgehend mit. In Fragen der Innovations- und Bildungspolitik konnten wir uns – was den Punkt höherer Bildungsinvestitionen angeht – sogar mit den „Netzwerkern“ verständigen.

„Unser Weg in die Zukunft“

Der Leitantrag „Unser Weg in die Zukunft“ wurde bei einer einzigen Gegenstimme angenommen. Das ist auch nicht verwunderlich, weil er am Ende eine sozialdemokratische Farbe angenommen hatte. Die Agenda 2010 Rhetorik wurde eingetauscht gegen eine ganze Reihe von bislang sehr umstrittenen Positionen. Beschlossen wurden z.B.:

- Erhöhung der Erbschaftssteuer
- Einführung einer Ausbildungsabgabe (entsprechend dem Konzept der SPD-Fraktion)
- Kritik an vergangener EZB-Politik
- Erhöhung einiger bildungspolitischer Kennziffern (Studierendenquote, Anteil am BIP)
- Steigerung der Frauenerwerbsquote (u.a. über bessere Kinderbetreuung)

- Keine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes über die beschlossene Reform hinaus
 - Einbeziehung aller Einkommensarten für die Beiträge zur Krankenversicherung (Bürgerversicherung). Kampfabstimmung gegen Parteiführung.
 - Kein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung
 - Ausweitung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung für alle zukünftigen Erwerbstätigen (Kampfabstimmung gegen Parteiführung)
- Weiterhin wurden u.a. beschlossen:
- Antrag Innovative Arbeitszeitpolitik (u.a. Stärkung familien- und altersgerechter Arbeitszeiten, Bekenntnis zur Tarifautonomie gerade in der Arbeitszeitgestaltung)
 - Internationale Politik (u.a. Gerechterer Welthandel, Ablehnung von Präventivkriegen)
- Initiativantrag zur Tarifautonomie (Zitat: „Die SPD wendet sich gegen alle Versuche, das deutsche Tarifvertragssystem auszuhöhlen und das Fundament der Tarifautonomie zu zerstören. Die Sozialdemokratie ist der politische Garant für den Erhalt der Tarifautonomie als bewährtem Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.“)
 - Grundsatzprogramm: Im Frühjahr 2004 soll ein erster Entwurf vorliegen, der Programmparteitag soll 2005 stattfinden (d.h. etwas längerer Prozess als ursprünglich vorgesehen)
- Parteitagebeschlüsse sind noch keine Politik. Ein wichtiges Ergebnis dieses Parteitages: Die Partei hat den Rücken durchgestreckt. Sie hat klar angesagt, wohin die Reise ihrer Meinung nach gehen muss. Die verschiedenen Konflikte der letzten Monate konnte der Parteitag jedoch nicht lösen. Ist die Partei-

führung willens und in der Lage die Beschlüsse, z.B. zur Bürgerversicherung und Ausbildungsumlage auch umzusetzen. Es gibt hier viele Akteure, die das blockieren. Für die Orientierung, für die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit nicht nur in die eigenen Reihen ist es von größter Bedeutung, dass hier auch umgesetzt wird, was beschlossen wurde. Gerade weil viele Agenda 2010 Entscheidungen im Bundesrat wahrscheinlich noch mal verschlimmbessert werden, braucht es für die nächsten Jahre eine Wiedererkennbarkeit sozialdemokratischer Politik im Wandel.

Die Partei trägt Reformen mit, aber sie will als sozialdemokratische Reformen identifizieren und multiplizieren können. Das lässt sich nicht länger rhetorisch lösen, wie es noch auf dem Sonderparteitag gelaufen ist, das lässt sich nur durch konkrete Politik im Sinne des Leitantes bewerkstelligen. Forum DL21

Wann wir schreiten Seit' an Seit'?

Anmerkungen und Anforderungen an die SPD nach Bochum

Von Niels Annen und Rüdiger Scholz

Das ausgehende Jahr 2003 gehört keineswegs zu den glanzvollen Zeiten in der 140jährigen Geschichte der Sozialdemokratie. Vielmehr wurde die SPD im Laufe der zurückliegenden zwölf Monate in einen Abwärtssog gezogen, der bisweilen grenzwertig nah an die existenzielle Schmerzgrenze der Mitglieder- und Volkspartei ging. Was ist geschehen?

Nach dem knappen Wahlsieg am 22. September letzten Jahres und dem rasch ausgehandelten Koalitionsvertrag – als der eigentlich gültigen Arbeitsgrundlage der Bundesregierung für die vierjährige Legislaturperiode – häuften sich Hiobsbotschaften und Kurskorrekturen. Überrollt wurden Regierung, Partei und Öffentlichkeit von der konjunkturellen Depression, die letztlich 2003 zu einem Null-Wachstum führte. Eine hierauf nur bedingt vorbereitete Regierung musste ihre Prognosedaten immer wieder nach unten korrigieren und von zentralen

„Markenzeichen“ ihrer bisherigen Politik abweichen – wie der sich immer mehr zum drohenden ökonomischen Super-GAU entwickelnden Konsolidierungspolitik. Gepaart mit der notwendigen Diskussion um den Umbau des Sozialstaats machte sich das Szenario breit, Deutschland stehe kurz vor dem Untergang. Die sog. Sozialstaatsreformen (zunächst die Hartz-Gesetze zum Arbeitsmarkt, später Gesundheit und Rente) sind dabei von weiten Teilen der Bevölkerung als Bedrohung empfunden worden. Denn statt den qualitativen Umbau mit neuen und flexibleren Formen sozialstaatlicher Sicherheit in den Fokus der Debatte zu rücken, standen allein die aktuellen Finanzierungsprobleme im öffentlichen Raum – abgeleitet nicht zuletzt aus den sich selbst auferlegten Restriktionen.

Vor diesem Hintergrund startete die SPD im Januar 2003 mit den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen in eine Serie von



Rüdiger Scholz

Wahlniederlagen, deren Ende zurzeit noch nicht absehbar ist. Bereits im Frühjahr zeigte sich, dass ein Befreiungsschlag notwendig war – und der Parteivorsitzende und Bundeskanzler zeigte, was er darunter versteht: Die in der Regierungserklärung am 14. März ausgerufene Agenda 2010. Sie aber wies eine krasse soziale Schieflage auf, verunsicherte Parteibasis und klassische Anhängerschaft gleichermaßen, was zu den bekannten Widerständen in Partei und Gesellschaft und damit zu einem weiteren Abwärtstrend der SPD führte. Zwar konnte die Agenda 2010 im Laufe des Prozesses an einigen wichtigen Fragen abgemildert werden. Klar aber bleibt ihre Grundlogik, die auf einer stärkeren Belastung unterer und mittlerer Einkünfte und einer Entlastung großer Einkommen beruht. Jusos und Parteilinke

Von Niels Annen, Juso-Bundesvorsitzender, lebt in Hamburg, und Rüdiger Scholz, Juso-Bundesgeschäftsführer, lebt in Berlin

haben dies stets kritisiert, mussten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass der Sonderparteitag im Juni in dieser Frage eine klare Entscheidung getroffen hat.

Weil aber die Partei vor allem damit beschäftigt war, nachträglich die Regierungspolitik zu akzeptieren und zu legitimieren – mit der Faust in der Tasche, wie viele gern betonen – blieb wenig Zeit und Raum für die Entwicklung eigener, erkennbar sozialdemokratischer Konzepte und Politikentwürfe. Viel zu sehr überlagerten die öffentlich gepredigten Maßhalte- und Verzichtsappelle nach dem Motto „Deutschland muss sich wieder rechnen“ die veröffentlichte Meinung – dabei irgendwie ignorierend, dass wir gerade mal wieder „Exportweltmeister“ geworden sind. Das fehlende sozialdemokratische Projekt und das Hinterherlaufen hinter der Regierungspolitik schwächte die SPD: In den öffentlichen Umfragen, in der Akzeptanz der Parteiführung bei der eigenen Mitgliedschaft und im Machtdreieck zwischen Regierung, Fraktion und Partei. Die größte Regierungspartei geriet immer mehr unter Druck. Die herben Niederlagen bei den Landtagswahlen in Bayern und den Kommunalwahlen in Brandenburg bildeten dabei die letzten Einschläge ins sozialdemokratische Kontor.

Einziger der vom Juni-Parteitag ausgegangene Prozess eines „Perspektivantrages“ bot konstruktiven Raum für eine Diskussion über die mittelfristige Ausrichtung sozialdemokratischer Politik. Dieser von Generalsekretär Olaf Scholz organisierte und verschiedenen TrägerInnen inhaltlich angereicherte Versuch einer mittelfristigen Konzeptentwicklung bildete den Rettungsring für die mehr und mehr ins Schwimmen geratene Partei: Jenseits des tagespolitischen Agierens wurde hier eine Zusammenführung der inhaltlich-programmatischen Ansätze im Zentrum der Partei gewährleistet. Hieran wird sich die Partei in den nächsten Monaten wieder aufrichten und ein Mehr an Politik- und Kampagnenfähigkeit über den Tag hinaus entwickeln müssen.

Das Wunder von Bochum blieb aus

Wer glaubte, mit dem Parteitag könne die Sozialdemokratie handstreichartig von ihren aktuellen Sorgen befreit werden, sah sich getäuscht. Das mögliche inhaltliche Signal wurde überlagert von fiesem Spielchen, kalten Putschversuchen und Wahlzettelaffären. Dennoch dürfen die positiven inhaltlichen Anhaltspunkte, die die Delegierten in einigen Fällen auch gegen die Voten von Antragskommission und Parteiführung durchsetzten, nicht verdrängt werden. Schließlich ist es gelungen, mit dem Perspektivantrag „Unser Weg in die Zukunft“ vernünftige Eckpunkte für eine innovative Reformpolitik durchzusetzen. Dazu gehören der künftige Umbau der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, die höhere Besteuerung großer Erbschaften und die Bürgerversicherung als fortschrittlicher Ansatz zum Umbau des Sozialstaats. Für Jusos von besonderer Bedeutung ist weiterhin die beschlossene Umlagefinanzierung zur Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze und die Bestätigung der Ablehnung von Studiengebühren durch die SPD. Ziemlich abgetaucht waren hier übrigens diejenigen, die dies wenige Tage zuvor noch als ihren „innovativen Ansatz“ zur Programmdebatte lauthals gefordert hatten... Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre wäre es aber naiv zu glauben, mit einem Parteitagsbeschluss sei die „Schlacht“ gewonnen. Vielmehr muss in den nächsten Wochen und Monaten weiter intensiv um Positionen – aber auch um die Kampagnenfähigkeit der Partei insgesamt – gerungen werden.

Wie weiter?

Im Jahre Fünf der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung befindet sich die SPD also weiterhin in einer schwelenden Krise: Es muss daher gelingen, die zentralen sozialdemokratischen Projekte der zweiten Legislatur zu identifizieren und entsprechende Botschaften nach innen wie nach außen zu kommunizieren. Hierfür sind mit dem Perspektivantrag

Fundamente gelegt. Zentral geht es nun darum, aus den „politischen Absichtserklärungen“ des Bochumer Beschlusses eine eindeutig identifizierbare politische „Handschrift“ zu formulieren und TrägerInnen zu formieren. Dazu muss eine Form der innerparteilichen Auseinandersetzung gefunden werden, die hinreichend offen für verschiedene Diskussionsansätze ist und gleichzeitig eine klare Abgrenzungskompetenz zur politischen Konkurrenz, d.h. zu neo-liberal angelegten Problemlösungsmustern aufweist. Daher erscheint es geboten, Wegmarken dort aufzustellen, wo sich die politischen Angebote der SPD mit denen der Konservativen/„Liberalen“ brechen, also – um im Bild zu bleiben – an den Weggebelungen der politischen Diskurse. Die diskutierten Politikangebote und Botschaften müssen dabei so angelegt sein, dass sie vor dem Hintergrund des Super-Wahljahres 2004 (und der Jahre 2005 und 2006) für die kommunal- und landes- und europapolitische Adaption genutzt werden können.

Wenn es sich bei den Bochumer Beschlüssen also nicht um reine Placebos für die geschundene Seele der Partei handeln soll, müssen konkrete Projekte zu den Themenschwerpunkten

- Bildung und Innovation,
- Kinder und Betreuung,
- Zukunft der sozialen Sicherheit,
- Gerechte Steuern und Finanzen sowie
- Reform der Mitgliederpartei

entwickelt und in den Mittelpunkt der Parteiarbeit gestellt werden. Damit einher geht eine notwendige Emanzipation der Partei vom Nachvollziehen des Regierungshandelns hin zur Eröffnung politischer Spielräume für das eigene Agieren in den öffentlichen Auseinandersetzungen und die Ausgestaltung des Regierungshandelns über den Tag hinaus. Im übrigen ist dies unerlässlich, will man sozialdemokratische Regierungsfähigkeit nachhaltig gewährleisten. Und hierfür muss die Partei kämpfen!

Notwendig ist eine an den Bochumer Beschlüssen ansetzende Kampagne, die der Partei ein eigenes Profil und den eigenen Leuten neuen Sinn für's Sozi-Sein liefert. Das ist nicht leicht – aber machbar. Hierfür müssen sowohl von der Berliner Parteizentrale wie von den politischen TrägerInnen in der ganzen Republik klare Orientierungslinien ausgehen und vor Ort diskutiert und verankert werden. Und es muss ohne jeden Zweifel deutlich werden, dass es sich hierbei um einen klar sozialdemokratischen Kurs der Erneuerung handelt, der die Grundlagen für das Agieren der Bundesregierung legt. Insofern bedarf es im nächsten Jahr einer kraftvollen Kampagne der SPD, die die Partei hinter den zentralen Projekten (und Abgrenzungsmerkmalen gegenüber der unsozialen Union) vereint und den Grundstein für ein Wiedererlangen sozialdemokratischer Mehrheitsfähigkeit in den Wahljahren 2004, 2005 und 2006 legt.

Niels Annen



Bildung, Forschung, Innovation – „Guter Geist“ der Agenda 2010?

Von Ernst-Dieter Rossmann

Sie soll ja immer noch etwas wert sein – die Beschlusslage. Nach dem Parteitag der SPD in Bochum lässt sich jedenfalls für alle, die gesellschaftliche, technologische und ökonomische Innovation für Deutschland als Chance ansehen und diesen Prozess vorrangig mit mehr Einsatz für Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung verbinden, konstatieren: Die Beschlusslage der SPD ist besser geworden. Und das im Allgemeinen und im Besonderen. Sowohl der umfangreiche Leitartikel „Unser Weg in die Zukunft“ wie das zweite wichtige Dokument dieses Parteitags, „Deutschland 2010 – Zukunft für Kinder und mit mehr Kindern“ sind fast einstimmig angenommen worden. Beide Dokumente geben Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung einen hervorragenden Stellenwert.

Die Beschlusslage und das Allgemeine

Schon in der Präambel des Leitartikels steht: „Unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zielt über die Gleichheit der Startchancen hinaus auf die Gleichheit der grundlegenden Lebenschancen für alle Menschen gleich welchen Alters.“ Und weiter heißt es: „Gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland mit einer langfristig abnehmenden und alternden Bevölkerung können Wachstum und Wohlstand nur über Investitionen in Wissen, Qualifikation und Kompetenzen über Ressourcen, effiziente Technologien und die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren erarbeitet werden.“ Aus der kritischen Diskussion im Vorfeld des Parteitages wurde ergänzt: „Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Innovation und individueller Emanzipation als Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe.“ Den Weg in die Zukunft fasste der Parteitag schließlich in vier allgemeinen Herausforderungen zusammen, von denen sich immerhin zwei mit Erziehung, Bildung und Forschung befassen: Zum einen: „Wir schaffen in Deutschland eine Innovationskultur und werden mehr in Bildung und Forschung investieren, weil Wissen und Innovation die Basis für Erfolge

auf den Märkten von morgen, für nachhaltiges Wachstum und dauerhaften Wohlstand sind.“

Zum anderen: „Wir sorgen für ganztägige Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen, denn Frauen und Männer sollen Kinder haben und gleichzeitig erwerbstätig sein können.“

Soweit der Verweis auf das Allgemeine, das Credo der SPD im Jahre 2003, in dem sich offensichtlich alle Lager und Strömungen der SPD wiederfinden können. Auch Gerhard Schröder gab diesem „guten Geist“ der Agenda 2010 in seiner Parteitagsrede breiten Raum. Innovation, Forschung und Entwicklung sollen nach dem Willen des Kanzlers und der Parteiführung jedenfalls die Debatten und das politische Handeln der nächsten Jahre beherrschen.

Das Konkrete und der Burgfrieden

Selbst wenn es kein Bildungsparteitag war, hat die SPD zu allen Handlungsfeldern in Bildungs- und Forschungspolitik konkrete Aussagen gemacht.

Die Erziehungs- und Bildungskette muss vom Elternhaus über Kindergarten, Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung einschließlich ihrer Finanzierung unter dem Gesichtspunkt eines besseren und nicht an die soziale Herkunft gekoppelten Bildungserfolges neu justiert werden, so der Parteitag. Die Formel, dass der „Umbau eines bewohnten Hauses... eine klare Linie und behutsame Umgestaltung“ gleichermaßen erfordert, lässt allerdings vieles noch offen. Insbesondere die konkrete Finanzierungsdebatte steht hierzu noch aus.

Das Schulsystem soll modernisiert werden. Dazu gehört die gezielte Förderung von Basiskompetenzen in unseren Schulen und die Einführung von schulformunabhängigen bundesweiten Bildungsstandards ebenso wie die regelmäßige Überprüfung der Leistungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen, die bessere Integration von Migrantinnen und Migranten wie der Aufbau einer regelmäßigen Bildungsberichterstattung. Dem Beobachter fällt auf: Die Ganztagschule soll



Ernst-Dieter Rossmann

die Gesamtschule offensichtlich als Markenzeichen sozialdemokratischer Schulpolitik ablösen. Der Mut zu einer neuen Strukturdebatte muss in der SPD erst wieder wachsen.

Für die Berufsbildung soll es ein möglichst wohnortnahes zukunftsorientiertes und ausbaufähiges Auswahlangebot an betrieblichen Ausbildungsstellen geben, das unabhängig von der demografischen Entwicklung und von kurzfristigen betrieblichen Ausbildungsentscheidungen und der Finanzierungsbereitschaft der Betriebe funktioniert, so dass jeder bzw. jede ausbildungswillige Jugendliche bis 2007 Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung haben muss. Die von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen Eckwerte für eine Ausbildungsplatzsicherung und eine Ausbildungsplatzumlage sind fast einmütig vom Parteitag bekräftigt worden. Wolfgang Clement blieb es vorbehalten, in harter Gegenrede zu bestätigen, dass ein stellvertretender Parteivorsitzender und ein Kabinettsmitglied neuerdings offensichtlich auch gegen klare Beschlüsse von Fraktion und Partei öffentlich agitieren darf. Das Stimmverhalten der Delegierten bei der äußerst mageren Wahl von Wolfgang Clement zum stellvertretenden Parteivorsitzenden nahm die Reaktion auf diese „Geisterfahrt“ vorweg. Das Projekt der Ausbildungsplatzsicherung wird durch diesen offenen Konflikt an höchster Stelle jedenfalls nicht leichter.

Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der daraus resultierenden Schwierigkeiten für die Volkswirtschaft wird es als unerlässlich angesehen, dass die Studierendenquote in den nächsten vier Jahren auf 40 Prozent erhöht wird. Deshalb bleibt ein gebührenfreies Erststudium für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unverzichtbar. Auch dieser Be-

Dr. Ernst-Dieter Rossmann, SPD-MdB, Mitglied im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, wohnt in Elmshorn

schluss wurde fast einstimmig vom Parteitag getroffen. Die „Zukunftsdenker“ vom „Netzwerk“, die jüngst erst mit der Forderung nach einer nachgelagerten allgemeinen Studiengebühr hervorgetreten sind, verzichteten wohlweislich auf jede Debatte. Bildungsministerin Edelgard Bulmahn plädierte demgegenüber sehr überzeugend und kämpferisch für den geraden Weg, wachsende Studienbereitschaft in Deutschland nicht mit Studiengebühren zu zerreiden. Bei den Wahlen zum Parteivorstand erhielt Edelgard Bulmahn nicht ohne Grund eines der überhaupt besten Ergebnisse. Florian Gerster schließlich, die Leitfigur der „Brave-New-World“ aus der zukünftigen Bundesagentur für Arbeit, musste als Delegierter mit einem Beitrag pro Studiengebühren einmal mehr zeigen, dass er in andere Richtungen denkt. Mit dem Begriff des „Burgfriedens“ hat er den Weg für den öffentlichen Streit in der Zukunft vorgezeichnet.

Veränderte Formen der Erwerbsarbeit, neue Chancen im Alter sowie wachsende Bildungsbedürfnisse und –ansprüche erfordern eine langfristig angelegte Strategie für eine neue Ausrichtung des Bildungssystems in Richtung lebensbegleitenden Lernens. Ein Rahmenkonzept Weiterbildung für gemeinsame Maßstäbe der Qualitätssicherung, die Anerkennung von Leistungen, mehr Internationalität und zukunftsfähige Trägerstrukturen muss Ausgangspunkt und Kernstück einer solchen Strategie für lebensbegleitendes Lernen sein. Längere berufsbegleitende Bildungszeiten sind notwendig. Die Wirklichkeit der dramatischen Einschnitte bei Fort- und Weiterbildung durch die Bundesanstalt für Arbeit drang allerdings nur in wenigen Delgiertenbeiträgen bis in die Mitte des Parteitages durch. Die betroffenen Arbeitslosen und Arbeitnehmer und die Mitarbeiter bei den Bildungsträgern werden nicht ohne Bitterkeit feststellen müssen, dass dies leider eine besondere Verdrängungsleistung der Sozialdemokratie in Bochum war.

Mit dem gleichen Ehrgeiz, mit dem der Parteitag beschlossen hat, dass Deutschland innerhalb der nächsten zehn Jahre wieder unter die ersten Fünf der Bildungsnationen aufrücken soll, ist von den Delegierten unterstützt worden, beim Forschungssystem für Deutschland zügig einen internationalen Spitzenplatz zu erreichen. Das konkrete Ziel: Bis 2010 sollen die Mittel für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden. Mit der einstimmigen Unterstützung für einen Initiativantrag, der aus der Parlamentarischen Linken und dem Netzwerk vorbereitet worden war, bekräftigte der Parteitag diese Absicht. Wenn diese überwältigende Zustimmung ernst gemeint war, muss sich dies jetzt in einem konkreten Finanzplan für den mittelfristigen Aufwuchs der öffentli-

chen Forschungsmittel um weitere vier Milliarden Euro niederschlagen. Dabei sollen Aufwendungen für Bildung und Forschung nach den Vorgaben des Leitantrages in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) endlich als investiv und nicht mehr als konsumtiv gewertet werden. Die Einsicht gab es schon länger, der Parteitag hat sie jetzt auch beschlossen.

Die Perspektive von Links

Mit der Ansage, dass aus der Agenda 2010 jetzt ein Jahrzehnt von Innovation, Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung erwachsen soll, hat die Linke eine große Chance. Sie kann und muss deutlich machen, was sie unter qualitativem Wachstum und unter staatlicher Verantwortung in diesem Prozess versteht. Diese Debatte kann die Linke und letztlich auch die SPD insgesamt endlich auch herausführen aus der Einseitigkeit, mit der die bisherige Auseinandersetzung um die Agenda 2010 den notwendigen gesellschaftlichen Wandel für die Zukunft befrachtet und auch belastet hat. Einreden aus dem „Netzwerk“ bis hin zu Florian Gerster gegen einen Eckpunkt der SPD-Zukunftspolitik wie das gebührenfreie

Erststudium zeigen gleichzeitig beispielhaft auf, welche Widerstände sich hier aufbauen werden und wie labil der Parteitagskonsens um eine neue Priorität von Bildung, Forschung und Innovation wirklich ist. Auch deshalb war es gut, dass aus der Parlamentarischen Linken heraus im Vorfeld des Parteitags zusammen mit prominenten Vertretern des DGB ein Positionspapier entwickelt worden ist, das unter dem Leitmotiv „Die Herausforderung annehmen – neuen Fortschritt gestalten“ einen eigenen Beitrag für die beginnende Diskussion um das neue Grundsatzprogramm skizziert. Grundsatzprogramme sind allerdings nur so gut, wie sie durch die konkrete politische Praxis bestätigt werden. Die Linke muss deshalb zwei Stärken entwickeln: Sie muss sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Grundsätze am Leitbild von Chancengleichheit, qualitativem Wachstum und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden und sie muss sehr wachsam und engagiert dazu beitragen, dass die konkrete Praxis der SPD zu einem überzeugenden Beleg für die neue Priorität Erziehung, Bildung, Forschung und Innovation im Regierungshandeln und der Gesamtpolitik der SPD wird.

Forum DL21

EUROSPOT

Perspektiven für ein soziales Europa

Auszüge aus dem Positionspapier der SPE-Fraktion, angenommen in Bologna am 17. September 2003
Ein stärkeres soziales Europas aufbauen, Europa seinen Bürgern näher bringen

(...) Unsere erste Verpflichtung gilt der Vollbeschäftigung. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir jedoch zunächst unsere Anstrengungen verdoppeln, das Wachstum der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Wir müssen auf dem Bedarf an einem effizienten europäischen Wirtschaftsmanagement bestehen. Dies gilt umso mehr nach der Einführung des Euro. In einem integrierten Markt mit 450 Millionen Menschen nach der Erweiterung muss Europa in der Lage sein, seinen „Wachstumsmotor“ zu verbessern und die interne Nachfrage zu stimulieren. Der Wachstums- und Stabilitätspakt sollte der Bewertungsmaßstab für eine Reihe von Wirtschafts- und Beschäftigungsmaßnahmen sein, die auf wachsende Investitionstätigkeit als Instrument positiver wirtschaftlicher Koordination abzielen.

Das Defizitkriterium sind anhand ihrer Strukturkomponenten zu bewerten. Bei öffentlichen Investitionen sollte die „goldene Regel“ in Betracht gezogen werden. Bildung und Ausbildung sollten Kernelemente eines neuen Sozialvertrags werden. In unserer sich wandelnden Wirtschaftswelt werden Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit in wachsendem Maße an unsere Fähigkeit geknüpft sein, Menschen Gelegenheiten zu kultureller, beruflicher und menschlicher Entwicklung zu geben.

(...) Wir weisen auch auf wesentliche Punkte im Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Sozialdumping hin: adäquate Mindesteinkommen, Mindestlöhne und Mindestrenten in allen Mitgliedsstaaten.

(...) In diesem Zusammenhang fordern wir mit Nachdruck auch eine eindeutige einheitliche EU-Zuwanderungspolitik und die wirtschaftliche, soziale und politische Integration von Bürgern aus Drittstaaten. Wir müssen die Diskussion umlenken vom Recht, das sich auf Fragen der öffentlichen Ordnung und sozialer Beunruhigung konzentriert, hin auf Aspekte, welche die Zuwanderung als wichtige Chance zur Weiterentwicklung künftiger europäischer Gesellschaften begreifen.

(...) Vor allem aber brauchen wir einen echten horizontalen Ansatz: Die soziale Dimension muss in allen anderen Politikbereichen der EU wie öffentliches Auftragswesen, Gesetzgebungsmaßnahmen für den Binnenmarkt, Dienste von allgemeinem Interesse, Wettbewerbs- und Fusionskontrollpolitik berücksichtigt werden.

Wir betrachten insbesondere den fairen Zugang zu hochwertigen Diensten von allgemeinem Interesse als eines der bürgerlichen Grundrechte. Daher wiederholen wir unsere Forderung nach einer Rahmenrichtlinie über Dienste von allgemeinem Interesse, die den sozialen Kernprinzipien gesetzlich bindenden Ausdruck verleiht.

Die Eingliederung der Sozialcharta in den Vertrag, die Anerkennung von sozialen Werten und Zielen sowie die Rolle der Sozialpartner und des sozialen Dialogs, als auch neue Kompetenzen im Bereich der Daseinsvorsorge sind alles sehr wichtige Erfolge des EU-Konvents, und wir werden klar gegen irgendwelche Bemühungen sein, diese im Verlauf der anstehenden Regierungskonferenz abzuschwächen. In jedem Fall fordern wir jedoch weiterhin Verbesserungen im Bereich der Politikinstrumente, um all das oben Genannte praktisch umsetzen zu können.(...)

Die Herausforderungen annehmen – neuen Fortschritt gestalten

Gemeinsames Papier von SPD-MdBs mit dem DGB

Von Michael Müller

Auf Anregung haben Mitarbeiter des DGB-Bundesvorstands und Vertreter der PL der SPD-Bundestagsfraktion einen Arbeitskreis „Neuer Fortschritt“ gebildet. Ihm gehörten unter der Leitung von Heinz Putzhammer und Michael Müller an: Andreas Botsch (DGB), Gernot Erler MdB, Jochem Langkau (Friedrich Ebert Stiftung), Andrea Nahles (Sprecherin DL 21), Konrad Klingenburg (DGB), Ralph Piotrowski (Friedrich Ebert Stiftung), Karin Roth MdB, Ortwin Runde MdB, Hans-Joachim Schabedoth (DGB), Prof. Hermann Schwengel (Uni Freiburg), Nikolaus Simon (Hans-Böckler Stiftung), Ludwig Stiegler MdB und Norbert Wieczorek.

Dieser Arbeitskreis will Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Gewerkschaften herausstellen, da beide Seiten überzeugt sind, dass Gewerkschaften und Sozialdemokratie gemeinsam Orientierung für mehr Wachstum und Innovationen sowie für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme geben müssen. Sie sind ebenfalls davon überzeugt, dass unser Land hierbei eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen muss. Deshalb geht es heute um das Konzept eines neuen Fortschritts, dass gegen die Zwänge der angelsächsischen Wirtschaftsverfassung, die für Europa untauglich ist, gestellt werden muss. Das Arbeitspapier trägt den Namen: Die Herausforderungen annehmen – neuen Fortschritt gestalten.

Weil es Unterschiede in der Bewertung der Lage gab, ist ein solcher Arbeitskreis gerade in einer Zeit wichtig, in der Teile der Union und vor allem die FDP zum Generalangriff auf grundlegende Rechte der Gewerkschaften bläst. Eine moderne Demokratie kann nur eine soziale Demokratie sein. Deshalb braucht sie auch starke Gewerkschaften, um immer wieder Gleichgewichte auszuhandeln,

die dem gesellschaftlichen Fortschritt zu Gute kommen. Hinzu kommt, dass mit der Globalisierung die soziale Frage in aller Schärfe zurückkehrt. Von daher stehen wir heute auch am Beginn einer neuen „Systemauseinandersetzung“ zwischen neoliberaler Ideologie in ihren unterschiedlichen Formen und einem nachhaltigen Modell der sozialen Demokratie.

In vier Hauptkapiteln beschäftigt sich das Papier mit: – Eine neue Qualität des Wachstums; – Innovationen und Bildung; – Die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie – ein soziales Europa. U. a. sprechen sich die Vertreter von SPD und Gewerkschaften für einen europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt nach dem Vorschlag von Jacques Delors und eine europäisch abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik aus, die auf zentrale Innovationsfelder und produktionsorientierte Dienstleistungen konzentriert wird. Eine zentrale Rolle nimmt hierbei das Konzept der öffentlichen Güter ein. Im Zentrum steht eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Material, Energie und Werkstoffen, durch die allein mindestens 500.000 neue und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Der AK fordert eine neue Bildungsrevolution, angefangen von besseren Betreuungs- und Vorschulangeboten bis hin zu einem lebensbegleitenden Lernen. Die Bildung muss an der Spitze der Reformen stehen. Innovationen sind auch eine soziale und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb ist der Kurs von CDU/CSU und FDP, die Gewerkschaften zu demontieren, auch ökonomisch unsinnig.

Bei den Sozialsystemen spricht sich der Arbeitskreis für eine Umfinanzierung auf einer stärkeren Steuerbasis aus. Dabei müssen auch Kapitalerträge herangezogen



Michael Müller

gen werden. Auch wird die Idee von „Grundfreibeträgen“ in den Zweigsystemen der sozialen Sicherung verfolgt. Ebenso spricht sich der AK für eine Bürgerversicherung aus.

Bei der Erneuerung der staatlichen und öffentlichen Institutionen muss jetzt der Weg in Europa „Mehr Demokratie wagen“ heißen. Dabei geht es dann auch um eine Sozialdemokratische Partei Europas und eine Europäische Gewerkschaften.

Innerhalb kurzer Zeit nach der Fertigstellung hat das Papier zahlreiche Unterstützung gefunden. Unter anderem gehören dazu: Walter Riester MdB, Bundesminister a.D. und früherer Stellv. IG-Metall Vorsitzender; Ingrid Arndt-Brauer MdB; Hans-Werner Bertl MdB; Lothar Binding MdB; Gerd Bollmann MdB; Klaus Brandner MdB, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh; Willi Brase MdB, DGB-Vorsitzender Siegen, Wittgenstein, Olpe; Hans Büttner MdB, ehem. DGB-Kreisvorsitzender in Ingoldstadt; Ulla Burchardt MdB, Parteivorstand der SPD; Peter Dreßen MdB, ehem. DGB-Kreisvorsitzender Freiburg und Breisgau; Gabriele Groneberg MdB; Ute Kumpf MdB, ehem. Gewerkschaftssekretärin IG Metall; Christa Lucyga MdB; Hilde Mattheis MdB; Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG; Rolf Mütznich MdB; Gerold Reichenbach MdB; René Röspel MdB; Ernst-Dieter Rossmann MdB; Axel Schäfer MdB; Angelica Schwall-Düren MdB; Christoph Strässer MdB; Wolfgang Thierse MdB, Bundestagspräsident, stellv. Vorsitzender der SPD; Hans-Jürgen Uhl MdB, Generalsekretär des Welt-Konzernbetriebsrats der VW AG; Heidi Wright MdB; Uta Zapf MdB; Manfred Zöllmer MdB.

Das vollständige Papier findet sich u.a. unter www.forum-dl21.de.

Keine EU-Gelder für verbrauchende Embryonenforschung

von René Röspe

Am 30.01.2002 erlebte der Deutsche Bundestag eine – wie es Kommentatoren bezeichneten – „Sternstunde“ des Parlaments. Fast fünf Stunden debattierten Abgeordnete auf hohem Niveau, ob die Forschung mit menschlichen Embryonen oder mit Embryonalen Stammzellen, zu deren Herstellung Embryonen zerstört werden müssen, in Deutschland erlaubt werden sollte. Die teils diametral gegenüber stehenden Positionen fanden sich in fast allen Fraktionen wieder. Deshalb gab es nicht die übliche Situation, dass Fraktionsmeinungen vertreten wurden, sondern eine fünfstündige Debatte, an der sich 40 Abgeordnete beteiligten, um ihre individuelle Entscheidung zu erläutern.

Am Ende setzte sich ein Antrag durch, der zwar die Zerstörung von Embryonen zu Forschungszwecken weiterhin verboten sehen wollte, sich aber dafür aussprach, unter strengen Bedingungen den Import von Stammzellen aus dem Ausland zuzulassen.

Dieser Grundsatzbeschluss führte zur Erarbeitung des Stammzellgesetzes, das am 26.04.2002 vom Bundestag beschlossen wurde. Demnach ist es in Deutschland nun möglich, embryonale Stammzellen zu Forschungszwecken aus dem Ausland zu importieren, wenn diese bereits vor dem 01.01.2002 hergestellt waren und die Forschung Kriterien wie Hochrangigkeit und Alternativlosigkeit genügt. Mittlerweile haben hierzulande fünf Forschergruppen die Genehmigung zum Import solcher Zelllinien erhalten. Auf europäischer Ebene allerdings lief die Diskussion anders. Das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP) sieht eine Förderung der Stammzellforschung vor. Die von EU-Forschungskommissar Busquin im Juli 2003 vorgelegten Leitlinien beinhalteten die Möglichkeit, Forschungsvorhaben in Europa mit EU-Geldern zu finanzieren, für die

Embryonen benutzt würden. Dies würde bedeuten, dass alle bisher etwa 100.000 bereits vorhandenen und auch die zukünftig im Rahmen einer künstlichen Befruchtung hergestellten und nicht verwendeten Embryonen für die verbrauchende Forschungsförderung freigegeben wären.

Von dieser Forschungsförderung wären Forscher in Deutschland ausgeschlossen, da sie sich aufgrund der nationalen Gesetzeslage nicht um eine derartige EU-Gelder bemühen könnten. Es ist auch forschungspolitisch nicht einzusehen, warum die Kommission die verbrauchende Embryonenforschung fördern will. Bisher gab es im Rahmen des 6. EU-FRP lediglich drei Anträge, die aufgrund wissenschaftlicher Unzulänglichkeiten nicht einmal genehmigt wurden. Den Äußerungen von EU-Kommissar Busquin, dass europäische Forscher abwandern würden, ist entgegen zu halten, dass die Brüsseler Behörde eine Reihe von Forschungsvorhaben auf anderen Gebieten abgelehnt hat, auch solche mit adulten Stammzellen, weil zu wenig Geld vorhanden sei.

Der Bundestag hat sich wiederholt eindeutig gegen eine Forschung an menschlichen Embryonen ausgesprochen. Zuletzt mit einem überfraktionellen Antrag vom Oktober 2003, der die Finanzierung durch EU-Mittel ausdrücklich ablehnt.

Bis Ende Dezember 2003 ist noch ein Moratorium in Kraft, das auf Initiative der Bundesregierung vor einem Jahr zustande kam. Das Moratorium für die Forschung mit embryonalen Stammzellen in der EU ist Ausdruck der Unsicherheit beim Umgang mit diesem sensiblen Thema.

Die EU-Forschungsminister konnten sich bisher nicht auf die Förderung von verbrauchender Embryonenforschung einigen. Mitte November hatte sich eine



René Röspe

Mehrheit im EU-Parlament für eine Liberalisierung der Embryonenforschung ausgesprochen.

Dieses Ergebnis konnte allerdings die Entscheidung des EU-Ministerrates am 26. November in Brüssel wenig beeinflussen. Der Bundesregierung ist es gelungen, zusammen mit Österreich, Portugal, Italien und Luxemburg den Vorstoß der EU-Kommission, Embryonenforschung zu fördern, zu verhindern. Schon Anfang Dezember 2003 soll über einen neuen Vorschlag aus Portugal beraten werden, der Förderregelungen entsprechend der deutschen Rechtslage vorsieht.

Mit seiner kritischen Haltung steht Deutschland nicht alleine. Wie sich nun gezeigt hat, wollen auch andere Staaten Europas keine Entscheidungen fällen, die eventuell nicht revidierbare Folgen zeitigen könnten. Von daher ist die deutsche Position keine schwache oder gar eine vereinzelt. Es wäre absurd, würde – nach einer Aufhebung des Moratoriums – mit deutschen Steuergeldern hierzulande verbotene Forschung finanziert.

Fortschritt und Innovation in der Biomedizin müssen nicht zwangsläufig verbrauchende Embryonenforschung zur Grundlage haben. Wer auf verbrauchende Embryonen-Forschung verzichtet, verzichtet nicht auf Therapie. Mit dem 6.FRP könnten erhebliche Mittel in die ethisch unbedenkliche Forschung mit adulten Stammzellen investiert werden. Es ist im Interesse aller Mitgliedstaaten, Europa zur weltweit führenden Region in diesem Bereich zu machen. Es muss das Ziel bleiben, dass ein Projekt, das – wie die Forschung an embryonalen Stammzellen – nicht von allen Staaten getragen werden kann, auch nicht gemeinschaftlich gefördert werden kann.

Hohmann ist kein Einzelfall

Geschichtsvergessene Relativierung als neue deutsche Normalität?

Von *Dietmar Nietan*

Waren wir nicht alle entsetzt: Ein CDU-Bundestagsabgeordneter verbreitet ausgerechnet zum Tag der Deutschen Einheit einen Antisemitismus der übelsten Sorte. Ein Aufschrei aller anständigen Deutschen. Eine CDU-Vorsitzende, die völlig versagt, indem sie glaubt sich mit einer laschen Rüge ihrer Verantwortung entziehen zu können, um dann unter dem Druck der veröffentlichten Meinung einzuknicken und das tut, was sie zunächst gar nicht tun wollte.

Nun ist Hohmann nicht mehr in der CDU/CSU Fraktion. Die deutsche Öffentlichkeit hat gezeigt, dass sie einem öffentlichen Repräsentanten seinen Antisemitismus nicht so einfach durchgehen lässt. Zeigt das nicht, dass es mittlerweile doch genügend Abwehrkräfte gegen rechte Demagogen in unserem Land gibt? Ist das nicht auch ein Stück der neuen deutschen Normalität?

Um diese rhetorischen Fragen gleich zu beantworten. Ja, die klare und deutliche Absage an den Hohmannschen Geist in der öffentlichen Debatte war und ist ein erfreuliches Stück unserer heutigen politischen Kultur. Aber es ist eben nur ein Bruchteil dessen was manche so gerne die neue deutsche Normalität nennen. Denn zu dieser Normalität gehört leider auch, dass sich kaum jemand dafür interessiert hat, warum Hohmann so lange „ungeschoren“ seine rechten Parolen innerhalb und außerhalb – also auch öffentlich – der CDU zum Besten geben konnte. Wie konnte ausgerechnet Hohmann in der CDU/CSU Fraktion für die Entschädigung der Zwangsarbeiter zuständig sein? Ist es ein Zufall, dass das Thema von Hohmanns Rede „Gerechtigkeit für Deutschland“ so verdammt ähnlich klingt, wie die Argumentationslinie mit der seine ebenfalls der Hessischen CDU angehörende Bundestagskollegin Erika Steinbach ihr Vorgehen in der Frage eines „Zentrums gegen Vertreibung“ verteidigt?

Auch das ist deutsche Normalität: Eine Sau wird durch den Blätterwald getrieben. Wenn sie erlegt ist, wird die nächste ge-

sucht. In die Tiefe gehen ist unzeitgemäß, verkauft sich schlecht. Erinnerung ist nicht mehr gefragt auf dem Weg in die neue deutsche Normalität. Und diese Attitüde ist längst nicht mehr nur ein Phänomen auf der rechten Seite des politischen Spektrums! Es hat auch etwas mit „der Geschichtslosigkeit einer hypermodernen Aktualitäts- und Inszenierungspolitik zu tun, mit der Totalisierung des Gegenwärtigen, wenn das historische Tabu kein großes Gewicht mehr zu haben scheint,“ wie es Jan Roß in der Wochenzeitschrift „DIE ZEIT“ (23/2002) sehr zureffend beschrieben hat. In dieser Zeit haben es die „Relativierer“ und „Schlussstrichzieher“ einfacher als früher.

Wen hat es schon interessiert, dass am 6. Mai diesen Jahres die CDU/CSU Fraktion unter der Federführung ihres Fraktionsvizes Wolfgang Bosbach einen Antrag zur Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter eingebracht hat. In diesem Antrag – zu dessen Unterzeichnern auch Martin Hohmann und Erika Steinbach gehören – wird die Bundesregierung aufgefordert endlich auch deutsche Zwangsarbeiter zu entschädigen. Es wird kritisiert, dass die Bundesregierung nicht mit den Staaten, die Opfer des deutschen Faschismus waren, Verhandlungen aufgenommen hat, „dass die noch lebenden Opfer durch diese Staaten mit einer humanitären Geste des erlittenen Vertreibungsschicksals bedacht werden.“ Ausdrücklich wird in der Begründung des Antrages auf die beschlossene Entschädigung von NS Sklaven- und Zwangsarbeitern hingewiesen. Diese Relativierung des NS-Unrechts ist unglaublich. Aber auch das ist die neue deutsche Normalität. Unrecht wird verglichen, um zu relativieren. Und jetzt sind endlich die deutschen Opfer in den Mittelpunkt zu stellen.

Da ist es schon bemerkenswert, wenn die CDU-Vorsitzende Merkel in der Generaldebatte zur Einbringung des Bundeshaushaltes am 10. September Bundeskanzler Schröder Verantwortungslosigkeit vorwirft, weil er sich gegen ein Zen-



Dietmar Nietan

trum gegen Vertreibung in der Form, wie es die Vertriebenenverbände wollen, ausgesprochen hat. Noch perfider wird Merkmels Vorstoß, wenn sie dem Bundeskanzler in diesem Zusammenhang vorwirft: „dass Sie die Besorgnisse, die es in Polen und Tschechien gab, genutzt haben, um einseitig Stellung zu beziehen und keinen Beitrag ... zur Versöhnung in dieser Frage leisten.“

Diese beiden Beispiele zeigen: es gab und gibt in der CDU/CSU Bundestagsfraktion eine Begleitmusik zur Hohmann-Affäre. Hohmann ist also kein Einzelfall. Sein „Fehler“ war, dass er sich bei seinem Versuch deutsches Unrecht zu relativieren antisemitischer Äußerungen bedient hat. Frau Merkel hätte ihn ja mit einer Rüge laufen gelassen...

Angesichts zunehmender geschichtsvergessener Relativierungen ist ein öffentlicher Diskurs über eine nationale Erinnerungskultur heute wichtiger denn je. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hier besonders gefordert. Dabei dürfen wir uns nicht in inhaltsleeren rückwärtsgewandten Erinnerungsritualen ergehen. Wir müssen gerade als Linke Geschichte umfassend begreifen, was z.B. bedeutet, dass wir uns dabei intensiv mit jedem Unrecht – also auch dem der Vertreibung von Deutschen als Folge des NS-Unrechts – befassen müssen, ohne zu relativieren oder den geschichtlichen Kontext zu vergessen. Und vor allem: Auf allen Feldern von Politik und Gesellschaft sollten wir Initiativen ergreifen, die junge Menschen für Geschichte begeistern. Unsere Geschichte ist eben nicht „normal“. Dies nicht als Last, sondern als Chance zu empfinden ist vielleicht der beste Weg aus der Vergangenheit heute für eine bessere Zukunft zu lernen. Und außerdem: Wozu brauchen wir eine neue deutsche Normalität?

Vormarsch der Sonnenenergie fortsetzen

Von Marco Bülow

Überfällige Energiediskussion

Jetzt werden die Weichen für die zukünftige Energiewirtschaft gestellt. In den nächsten zehn Jahren muss ein großer Teil des fossilen Kraftwerksparks erneuert werden und wir müssen zusätzlich die Energie der Atomkraftwerke kompensieren. Hinzu kommen die wachsenden Folgen des Klimawandels und das näher rückende Ende der fossilen Energieressourcen. Wir müssen jetzt reagieren, wenn wir mittel- bis langfristig auf diese Entwicklungen einwirken wollen. Doch es geht nicht nur um politische Einschätzungen und Visionen, sondern um knallharte Standortpolitik. Jedes Megawatt ist umkämpft, kein Zoll wird preisgegeben. Die Lobbys sind gerüstet und die Politiker aller Couleure geimpft. Vor diesem Hintergrund wird auch in der Regierung und innerhalb der SPD mit harten Bandagen über den richtigen Weg debattiert und gestritten. Die Erneuerbaren Energien haben durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine erhebliche Schwungkraft gewonnen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Innovation und Effizienzsteigerung der Erneuerbaren Energien-Branche in einigen Bereichen so groß sind, dass ihre Marktpreise mittelfristig konkurrenzfähig sein werden. Diese Konkurrenzfähigkeit wird dadurch beschleunigt, dass durch die Erneuerung des fossilen Kraftwerksparks und durch die Reduzierung von Subventionen die Marktpreise der fossilen Energieträger ansteigen werden. Wenn die Förderung des EEG fortgesetzt wird, entwickeln sich die Erneuerbaren Energien also auch zu einer ökonomischen Alternative. Also gab und gibt es ein massives Interesse, genau dort den Hebel anzusetzen.

Im Visier war vor allem die Windkraft. Sie stellt bisweilen die stärkste Konkurrenz zu den fossilen Energien dar, weil sie den größten Boom erlebte und ihre Marktfähigkeit abzusehen ist. Einige Medien und konservative Politiker stürzten sich auf das Thema. Falsche Zahlen, unfaire Vergleiche taten das Übrige. Auch in der SPD wurden die Stimmen lauter, diesem „Wildwuchs“ ein Ende zu setzen. In der Öffentlichkeit wurde dies gerne auf den Streit zwischen Clement und Trittin verkürzt. Die wirklichen Fronten wa-

ren unschärfer und rissen Auseinandersetzungen quer durch fast alle Parteien.

Gefährdung einer jungen Branche

Insgesamt führte die Kontroverse dazu, dass die Novellierung des EEG nicht wie geplant innerhalb dieses Jahres beschlossen wurde. Leidtragend ist die Erneuerbare Energien-Branche, die auf Planungssicherheit und auf permanente Aufträge angewiesen ist. Genau daran hapert es nun. Es war lange nicht klar, wie der politische Streit ausgehen würde. Im Extremfall wäre das EEG so weit gestutzt worden, dass ein Großteil der Betriebe jegliche Marktchancen eingebüsst hätte. Die Banken verweigerten eh schon die Kredite und die Kunden hielten sich mit Investitionen zurück. Darauf folgten erste Entlassungen und der durch die wirtschaftliche Lage abgeschwächte Boom drohte zur längeren Flaute zu werden. Für eine junge Branche ohne Rücklagen ein Desaster. Besonders hart traf es die Solarbranche. Ihre Hauptstütze war nicht das EEG, sondern das 100.000 Dächerprogramm. Dieses lief allerdings im Sommer 2003 aus. Deshalb sollte eine höhere Vergütung der Fotovoltaik in die novellierte Version des EEG übernommen werden. Ein Engpass von nun mindestens zehn statt sechs Monaten würde zumindest ein Teil der Solarbranche nicht überleben.

Vorläufige Einigung in letzter Minute

In der SPD-Bundestagsfraktion wurden die verschiedenen Richtungen in einen Kompromiss namens „Energiepolitische Agenda 2010“ eingebunden. Ohne alle Fragen zu beantworten oder gar alle Streitigkeiten zu beseitigen, ist es der erste gelungene Ansatz zu einem vollständigen Energiekonzept. Die Agenda wurde von einer deutlichen Mehrheit der Fraktion wie auch des Parteitags abgesegnet. Kurz nach der Verabschiedung der Agenda kam es dann auch endlich zu einer Einigung des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums. Dies allerdings nur, weil die Mehrheit der SPD-Fraktion den Vorschlägen seines Wirtschaftsministers zur EEG-Novellierung nicht folgen wollte und weil beide Regierungsfractionen den Druck auf die Ministerien erhöhten. Jetzt kommt also der Regierungsentwurf, der eine gute Grundlage für die parlamentari-



Marco Bülow

sche Debatte bildet. Der Entwurf versucht einen Spagat verschiedener Interessen. Es geht um den Ausgleich zwischen Natur- und Klimaschutz, aber natürlich hauptsächlich um die Frage, ob die Förderung zu hoch oder zu gering ist. Einerseits will man die Branchen dazu anhalten, ihre Effizienzsteigerung noch weiter zu forcieren. Das heißt, dass ihre Förderung jedes Jahr teilweise stärker als bisher reduziert und die Gesamtförderzeit in einigen Bereichen weiter abgesenkt wird. Andererseits soll die Anschubförderung ausreichen, um den Vormarsch der Erneuerbaren Energien fortzusetzen. Ergänzend sollen einige Vergütungssätze differenziert werden, um eine zielgenauere Förderung zu ermöglichen. Zudem wird die Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen ausgeweitet. Einhellig ist die Entscheidung gefallen, vor der Verabschiedung der EEG-Novelle ein Fotovoltaik-Vorschaltgesetz ins Parlament einzubringen. Dies soll den Fadenriss in der Solarbranche verhindern und die Zeit bis zur Novellierung überbrücken. Im Gegensatz zur ewig gestrigen FDP hat sogar die Union das Vorschaltgesetz begrüßt. Über 10.000 Arbeitsplätze könnten damit gerettet, weitere Tausende geschaffen werden. Das ungeheure Potential der Solarenergie ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft und es wäre fatal, unsere Spitzenposition in dieser Zukunftstechnologie leichtfertig aufzugeben.

Es gibt also eine vorläufige Entwarnung, obwohl die Diskussion über den zukünftigen Energiemix erst begonnen hat. So wie sich irgendwann die Erkenntnis durchsetzte, dass sich die Erde um die Sonne dreht, wird sich trotz aller Widerstände auch die Erkenntnis durchsetzen, dass die Kraft der Sonne unsere größte, unerschöpflichste und umweltfreundlichste Energiequelle ist. Diesmal haben wir allerdings nicht die Zeit darauf zu warten, dass auch die letzten Dinosaurier ihre Gegenwehr aufgeben.



25 Jahre spw zu feiern, lohnt sich. Zum einen bieten sie die Gelegenheit, sich des zurück gelegten Weges zu vergewissern, zum anderen geben sie Anlass, Wegmarken für Schritte in die Zukunft zu setzen. Für den zurück gelegten Weg sollen die jeweiligen Herausgeber an den markanten Stellen des Weges zu Wort kommen. Für die in der SPD erfolgreichste Phase der spw, dem Zusammenwirken mit anderen linken Strömungen in der sogenannten „Programmlinken“ zur Gestaltung des Berliner Grundsatzprogramms der SPD, lassen wir Peter von Oertzen, der das zugeordnete „historisch-theoretische Grußwort“ aus Krankheitsgründen nicht selbst halten kann, zu Wort kommen.

Das spw-Grundverständnis

„spw will eine Kopplung von sozialistischer Theorie und Praxis, will Anregungen für die Praxis geben und diese theoretisch reflektieren“ benennen die Herausgeber der ersten Ausgabe der spw das Ziel der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Dabei soll die Zeitung „kein Zentralorgan einer Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung“ sein, sondern will sie die Auseinandersetzung führen zwischen unterschiedlichen Positionen aller relevanten Strömungen der Linken als Voraussetzung „theoretischer Verallgemeinerungen politischer Praxis“.

Dabei nehmen die Herausgeber zwei Setzungen und zwei Verortungen vor:

Als Zielgruppe benennen sie die aktiven Mitglieder in SPD und Gewerkschaften. Als strategisches Instrument stellen sie den Reformismus ins Zentrum der Praxis. Er sei der konstruktive Beitrag der Sozialisten zur Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Handlungsstrategien. Sie stellen sich in die Tradition Paul Levis und begreifen spw als Forum zur Fortsetzung der Diskussion der „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“.

Die Gründerzeit: spw als Forum der Marxisten in der SPD

In einer Zeit, als die SPD mit dem Ausschluss des Juso-Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter signalisierte, sich von den „Marxisten in der SPD“ zu trennen, war der Rückbezug auf Paul Levi und seine von ihm 1923 gegründete „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (die 1928 mit der Zeitschrift „Der Klassenkampf“ um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz fusionierte) eine Kampfansage und eine bewusst dissidente programmatische und auch politische Positionierung. Paul Levi steht in der Geschichte der Arbeiterbewegung als Exponent der Linksoption in der SPD, der die Einheit und das Zusammenwirken der linken Kräfte in Institutionen mit dem sozialen linken Protest in der Gesellschaft verbinden wollte.

Noch provokanter war die Absicht, das Bekenntnis als Forum der Diskussion der Herforder Thesen, dem Projekt der „marxistischen Jusos“, an die bewusste Arbeit in der SPD zu koppeln.

Rückblickend kann gesagt werden, dass diese bewussten Verortungen oft ein Hindernis darstellten den Anspruch zu realisieren, die Linke zu gemeinsamen Handeln zu führen.

Trotzdem können die Herausgeber des Bandes 51 der spw im Januar 1990 mit Fug und Recht behaupten, spw habe sich als „Zeitschrift der linken Sozialdemokratie und als Forum verschiedener sozialistischer Optionen“ etabliert, obwohl sie 1978 als „Projekt vor allem marxistischer Jusos“ entstanden sei.

Heft 51 ist das erste Heft der spw in Form des politischen Magazins. Verbunden mit der neuen Form war der Umzug der spw von Berlin nach Köln.

Die Reformierung der SPD-Linken

Fortgeführt werden sollte auch in neuer Form die bewährte Verbindung von Theorie und Praxis. Mit der Präsentation und offenen Diskussion von konkreten Reformprojekten wie „Zu-

kunft der Arbeit“, „Anders Arbeiten, Anders Leben“, „Bündnis von Wissenschaft, Kultur und Arbeit“, „Perspektiven rot-grüner Politik“ sowie besonders der Diskussion und Mitgestaltung des Berliner Programms hat sich tatsächlich die Bandbreite der spw erweitert. Die Herausgeber nehmen sich vor, die erreichte inhaltliche Bandbreite besser zu nutzen und das inhaltliche Profil weiterzuentwickeln. Ziel ist es, ein zeitgemäßes Profil sozialistischer Politik in Bezug auf die Reformprojekte, die spw in den 80er Jahren diskutiert hat, neu zu entwickeln. Ziel ist die Re-Formierung der Linken als selbstbewusste sozialistische Linke und der SPD. Dazu gehört auch der kontinuierliche Austausch mit den verantwortlichen Kräften der Linken innerhalb und außerhalb der SPD.

Sicherlich ist das Selbstbewusstsein, das aus dem Editorial des Heftes 50 der spw ins Auge springt, stark geprägt durch die Erfolgsgeschichte der Linken in der Diskussion des Berliner Programms der SPD.

Die Konstituierung der „Programmlinken“ als Form der Kooperation der Linken in der SPD hat in der Tat wesentlich zur Prägung des Berliner Programms beigetragen.

Als damaliger Koordinator des Frankfurter Kreises bin ich gewissermaßen Zeitzeuge des Konsensprozesses im Frankfurter Kreis, die Diskussion des Programms zur gemeinsamen Sache der Linken zu machen. Es ging vor allem um ein mehrheitsfähiges Bündnis der sozialistisch orientierten und der eher ökologisch orientierten Parteilinken auf der Basis von Vorschlägen für einen „politisch-ökonomischen Minimalkonsens“. Zu Eckpunkten wurden die Neuorientierung der Energiewirtschaft, ein Sondervermögen Arbeit und Umwelt, Arbeitsumverteilung, ein gezieltes Programm zur Bekämpfung der Ausbildungsnot der Jugend.

„Programmlinke“ und das Berliner SPD-Grundsatzprogramm

Als Ergebnis kann sich das reformistische Berliner Programm als Zukunftsperspektive des sozialen und ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft mit den Wegmarken der Grundwerte des demokratischen Sozialismus und der Nachhaltigkeit als Reformprinzipien sehen lassen, auch wenn es kaum einer kennt. Peter von Oertzen bringt in einem spw-Interview (Heft 27) die Logik des Konsens der Programmlinken auf den Punkt:

spw: „Erhard Eppler und seine Freunde werfen Dir vor, daß Du die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zu sehr in das Zentrum der Debatte rücken willst. Verbergen sich dahinter Auseinandersetzungen zwischen den ökologisch und den eher gewerkschaftlich orientierten Sozialdemokraten?“

Peter von Oertzen: „Die Differenz zwischen Erhard Eppler und mir ist, daß Eppler aufgrund seiner Erfahrungen ausgeht von den Fehlentwicklungen im Verteilungssystem, auf dem Gebiet der Ökologie und schließlich in der Außen-, Sicherheits- und Rüstungspolitik. Hieraus leitet er System- und Strukturveränderungen ab, die nach meiner

Überzeugung nur in ein antikapitalistisches, sozialistisches Konzept münden können.

Ich dagegen gehe von einem marxistisch geprägten Bild der bürgerlichen Gesellschaft aus und neige von vornherein dazu, alle Fehlentwicklungen – ob in der Außenpolitik oder der Ökologie oder der Wirtschaft – auf die von mir vorausgesetzte Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zurückzuführen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Angesichts des Bewußtseins in unserer Gesellschaft können wir uns jedoch nicht den Frontalangriff auf den Kapitalismus leisten. Wir müssen die Überlegenheit unserer Analyse Problem für Problem begründen. Wenn wir etwa einen Eingriff in die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel rechtfertigen wollen, können wir dies nicht abstrakt aus unserer Analyse des kapitalistischen Verwertungsprozesses ableiten, Es sind also eher Differenzen im analytischen Ansatz, in den praktischen Konsequenzen bewegen sich die Überlegungen von Eppler und Lafontaine sowie von mir aufeinander zu.“

spw: „...und die Diskussionen über die Grenzen des Wachstums und des Sozialstaats, die Kritik des Industrialismus?“

Peter von Oertzen: „...die Frage heißt nicht industrielle Produktion ja oder nein, sondern in welcher Form, unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielsetzungen...“

Noch entscheidender ist, daß sowohl die klassischen ökonomischen wie die ökologischen Forderungen nur durchgesetzt werden können, wenn die Eingriffe in den Automatismus des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses unternommen werden... Das eigentliche Problem des Durchsetzens ökonomisch-sozialistischer wie ökologisch-sozialistischer Zielvorstellungen liegt nicht in der theoretischen Bemühung sie miteinander zu vereinbaren, sondern darin, daß Eingriffe in die kapitalistische Produktionsstruktur erforderlich sind. Beide Tendenzen müssen sich darüber klar werden, daß solche Eingriffe erstens unvermeidlich sind, daß diese Eingriffe in die Produktionsstruktur zweitens bei den gegenwärtigen ökonomischen, sozialen und politischen Klassenverhältnissen ohne harten Kampf nicht zu haben sind. ... Die Front-

stellung liegt also nicht zwischen Traditionsozialdemokraten und grünen Sozialdemokraten, sondern in beiden Lagern zwischen denen, die Reform im Kapitalismus wollen, und denjenigen, die eine Reform des Kapitalismus wollen, also eine Veränderung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsstruktur.“

Die „neue“ spw

Doch nun zur für die Gegenwart und Zukunft entscheidenden Wegmarke in der Geschichte der spw: dem Schritt, der Kooperation der linken Strömungen in der spw und dem neuen spw-Zusammenhang eine belastbare Form zu geben. Dabei war allen Akteuren klar, daß die Zusammenarbeit der Linken nach der Wende zu einer Überlebensfrage geworden war.

Das Editorial der Herausgeber des Heft 75 stellt ausführlich ein politisches Projekt dar, das Ergebnis eines solidarischen Prozesses ist, das bis heute trägt. Erstaunlich ist für mich, daß so viele aus der Vergangenheit der spw, den Schritt mitgemacht haben und dabei geblieben sind, sicherlich auch im Bewusstsein, daß die Gründung der spw eine Entscheidung war, bewusst in der SPD zu arbeiten, obwohl man dort nicht erwünscht war.

Das Aufeinanderzugehen ist ein Stück der Bearbeitung linker Vergangenheit, wie sie anderswo so solidarisch meines Wissens nicht geleistet worden ist.

Hier: Linke mit dem Bekenntnis zu einer ganz bestimmten marxistischen Traditionslinie, die in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ihren Ausdruck fand. Sie drückte sich in der Praxis in einem deutlichen Bezug auf die antifaschistische Tradition der Linken, scharfer Kritik am von den USA geführten Lager des westlichen Kapitalismus sowie einer relativ verständnisvollen und kooperationsbereiten Haltung gegenüber dem sogenannten realen Sozialismus aus – ungeachtet der prinzipiellen Kritik an dessen undemokratischen Strukturen. Dort: nicht wenige der neuen Herausgeber, die diesen Positionen skeptisch, kritisch oder sogar schroff ablehnend gegenüber standen, zumal wenn sie in der DDR die inhumanen Auswirkungen des „realen Sozialismus“ selbst erlebt haben. Gemeinsam wird die neue spw von der Überzeugung getragen, daß sich die ökonomischen, sozialen, politischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen sozialistischer Politik von Grund auf gewandelt haben, so daß es sinnlos geworden ist, alte politische und/oder organisatorische Frontstellungen aufrecht zu erhalten. Stattdessen sei eine grundlegende Neuorientierung der sozialistischen Linken erforderlich geworden.

Ergebnis einer intensiven Diskussion der neuen Herausgeber und des spw-Zusammenhangs insbesondere während einer Tagung in Springe war die Verständigung über Grundelemente zukunftsbezogener sozialistischer Politik:

- Die Zukunftsvorstellung einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist.
- Die Überwindung der Klassengesellschaft weltweit als Ziel.

- Die Zurückdrängung der Kapitalmacht zugunsten der Reproduktion von Mensch und Natur.

- Das Eintreten für die Emanzipation der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter.

- Die Überzeugung, daß die großen Menschheitsfragen wie Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, Frieden und gute Nachbarschaft zwischen den Einzelnen und den Völkern sich nur dann lösen lassen, wenn die Logik der ungebändigten kapitalistischen Marktwirtschaft gebrochen wird.

Dies alles sollen keine Versatzstücke linker Festveranstaltungen bleiben, sondern Maxime sein für praktisches politisches Handeln der SPD-Linken als Teil einer nationalen und internationalen Gesamtlinken.

Das neue Selbstverständnis

Zum Schluss noch zwei wörtliche Zitate, die das Selbstverständnis der Herausgeber ausmachen:

„Insoweit sind wir Sozialistinnen und Sozialisten im traditionellen Sinne und sofern wir die kritische Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen des politischen Handelns auf Theorie, Kategorien und Methode eines kritischen Marxismus stützen, bleiben wir auch der marxistischen Tradition verbunden. Wir wollen aber auch Impulse aus Strömungen und geistigen Kräften aufnehmen, die nicht traditionell der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung angehören, sondern anderen und neueren sozialen Bewegungen.“

Und zur Praxisorientierung:

„Von besonderer Bedeutung wäre es, wenn es gelänge, statt in die Sparfalle konservativer Fiskal- und Sozialpolitik zu rennen, Konzepte für einen Umbau des Wohlfahrts- und Sozialstaates zu entwickeln, der Staat und soziale Sicherungssysteme unbürokratischer, elastischer, leistungsfähiger und menschlicher aber nicht unbedingt teurer, weil effizienter, machen würde und sich mit den ökologischen Erfordernissen zu einem ökologisch-sozialen Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln lässt.“

Dieses ehrgeizige Ziel spiegelt sich wider in zahlreichen Schwerpunkten der spw-Hefte bis in die Gegenwart, insbesondere zur Weiterentwicklung des Sozialstaats, zum Konzept eines nachhaltigen Entwicklungsmodells als Gegenbild zur neoliberalen Globalisierung und zur Zukunft der Arbeit und Industriegesellschaft.

Wir haben in den 1990er Jahren die Diskussion mit den fortschrittlichen Kräften bei Bündnis 90/Die Grünen und PDS im Rahmen des Cross-over-Prozesses zu konkreten radikalreformerischen Fragen z.B. zur regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik gesucht. Die enger gewordene Zusammenarbeit mit der SPD-Linken, dem Forum DI21, drückt sich in der konkreten publizistischen Kooperation im Heft aus

Man muss schon einen Tunnelblick haben, wenn man behauptet, zur jetzigen Regierungspolitik gebe es keine Alternative. Dass es Alternativen gibt, wollen wir auch in den folgenden Beiträgen zeigen.



Herausforderungen für die Ökonomie im 21. Jahrhundert

Von Sigrid Skarpelis-Sperk

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren weltweit und in Europa von einer radikalen Umwälzung im ökonomischen Denken geprägt. Ein neuer wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Politikansatz war sein Versprechen, wollte die Unternehmen von der Staatsintervention befreien und die unsichtbare Hand der globalen Marktkräfte wirken lassen. Dafür sollten weltweit Inflation, Staatsverschuldung und Konjunkturschwankungen zugunsten eines anhaltenden Wachstums und von Armutreduzierung weichen.

Mit der Implosion der Sowjetunion und dem Fall der Berliner Mauer war diese Agenda weltweit auf der Tagesordnung. Diese neoliberale Politik wurde als erste in Lateinamerika mit Enthusiasmus angesetzt – und scheiterte dort kläglich – so der jüngste UNCTAD-Bericht.

Ein Blick in das vergangene Jahrhundert, vor allem auf die 20er Jahre, hätte gegen die Heilsversprechen vorsichtiger stimmen müssen, denn auch damals war versprochen worden: ausgeglichene Staatshaushalte, unabhängige Zentralbanken, flexible Arbeitsmärkte und eine schnelle Öffnung für internationalen Wettbewerb würden die Ökonomie wieder ins Gleichgewicht bringen.

In Lateinamerika sind die desaströsen Folgen zu besichtigen – „das verlorene Jahrzehnt“ mit breiter Verelendung. Und auch in Europa will die Wunderkur so recht weder mehr Wachstum noch mehr Beschäftigung, noch die Konsolidierung der Staatshaushalte bringen. Aber die Vertreter der neoliberalen Theorien wollen von einer Änderung des Kurses weder bei Rezession noch Stagnation wissen. Im Gegenteil, von den Arbeitgeberverbänden bis hin zur Bundesbank wird noch mehr Steuersenkung, Deregulierung, Entbürokratisierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Lohnsenkungen gefordert. Denn, so der spanische Philosoph Jorge Santayana: Der Fanatismus ruft im Angesichts des Fehlschlags nach einer Verdoppelung der Anstrengung.

Schon in den 20er Jahren verlangte John Maynard Keynes nach „neuer Weisheit für ein neues Zeitalter“ mit „einer neuen Politik und neuen Instrumenten, um die ökonomischen Kräfte zu kontrollieren und zu gestalten, damit sie nicht inadäquat auf die neuen Herausforderungen reagierten und um das

durchzusetzen, was gut und angemessen ist – im Interesse der sozialen Stabilität und sozialer Gerechtigkeit“

Wir befinden uns heute in schwierigen Zeiten für die Weltwirtschaft – speziell in Deutschland und Europa. Unsere Wirtschaft und Gesellschaft stehen in den kommenden zwei Jahrzehnten vor tiefgreifenden Herausforderungen, die teils weltweit begründet sind, zum Teil aber eher europäische bzw. nationale Ursachen haben. Sie sind von daher national bzw. europäisch prinzipiell gestaltbar oder zumindest beeinflussbar. Im wesentlichen sind das:

Als wichtigste weltweite Herausforderungen:

- Der Klimawandel
- Die Globalisierung der Weltwirtschaft und speziell der Finanzmärkte
- Die ökonomisch-soziale Spaltung der Welt und die politisch-militärische Hegemonie der USA und für Europa und Deutschland:
- Der demografische Wandel
- Der Strukturwandel von der Produktionsgesellschaft zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft
- Andauernde hohe Massenarbeitslosigkeit, niedriges Wachstum und damit prekärer werdende öffentliche Finanzen

Der weltweite Klimawandel

Wenn wir, d.h. die wichtigsten Industrieländer, in unserem Energieverbrauch so fortfahren und die großen Schwellenländer wie z.B. China in unser Verbrauchsverhalten hineinwachsen wird sich das Weltklima in diesem Jahrhundert irreversibel verändern. Bis 2100 wird ein Anstieg der mittleren Temperatur von 2,5 Grad erwartet, eine Verschiebung der Klimazonen mit einer nachhaltigen Störung im Öko-System, die Zunahme von Wetterextremen und damit absehbare negative Folgen auch für die Weltwirtschaft und die Weltgesellschaft.

Die Antworten auf diese Herausforderungen liegen – lange diskutiert – auf dem Tisch. Sie erfordern einen tiefgreifenden Strukturwan-

del in Produktion, Mobilität und bei den privaten Haushalten hin zu einer drastisch höheren Energieeffizienz in allen genannten Bereichen und ein energisches Umsteuern in Richtung auf erneuerbare Energien. (Energieeinsparpotentiale bei den privaten Haushalten im Bereich der Raumwärme bis zu 70%, in der Industrie ab ca. 30 % durch Pro-

dukt- und Verfahrenssubstitution, in der Elektrizität bis zu 20 % und beim Verkehr ca. 30 %)

Das alles ist nur mit hohen öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung, in industrielle Produktion, in Infrastruktur, in das

Transportwesen und die Gebäudebestände zu leisten. Energieeffizienz beispielsweise erfordert Umstrukturierungen und ein selektives, qualitatives Wachstum, um jenseits veralteter Strukturen für die Umwelt und künftige Generationen vertretbare Produktions- und Konsumstrukturen, aber auch Mobilitätsstrukturen zu schaffen.

Die Antwort ist nachhaltiges, selektives Wachstum, nicht ein weiter so bzw. Laissez-faire der Marktkräfte.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft

Die sogenannte Globalisierung der Weltwirtschaft, besser gesagt :in Tempo, Umfang und Reichweite deutlich zunehmende Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, ist in Wirklichkeit keine globale Veranstaltung. 80 % des Welthandels findet unter 20 % der Menschheit statt und der größte Teil der Integration der Wirtschaften fand innerhalb der drei großen Handelsblöcke USA/NAFTA, Europäische Union und unmittelbare Nachbarn und Japan/ASEAN-Raum statt. Gerade mal 26 % des Welthandels der Triade USA, EU und Japan – allerdings mit steigender Tendenz – wurde 1998 transkontinental gehandelt.

Die Europäische Union hat sich zu einem Wirtschaftsraum vergleichbar dem US-Binnenmarkt entwickelt. Der Außenanteil der EU beträgt nur etwa 10 %. In diesem Wirtschaftsraum lässt bzw. ließen sich eine relativ eigenständige – allerdings europäisch koordinierte – Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik machen.

Die bisherige Personalplanung der Betriebe ist jugendzentriert und löst ihre Beschäftigungsprobleme in der Regel durch staatlich subventionierte Frühverrentung

Die bisherige Internationalisierung bzw. Integration der Weltwirtschaft wurde von Wirtschaft und Politik forciert bzw. gestaltet, deswegen hängt die weitere Entwicklung stark von den anstehenden politischen Entscheidungen z.B. auf der nächsten WTO-Ministerkonferenz bzw. der Konferenz der internationalen Finanzinstitutionen in Dubai und dem G8 Gipfel ab.

Ob das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell eine kraftvolle und attraktive Alternative zum angelsächsischen neoliberalen Wirtschaftsmodell wird oder schrittweise bzw. schleichend von unseren eigenen Regierungen aufgegeben wird, ist keine Frage einer naturgesetzlichen oder gar eine wirtschaftlich zwingenden Entwicklung. Es geht vielmehr um die Frage, ob wir eine ökologisch faire und soziale Gestaltung Deutschlands, Europas und der Weltwirtschaft wirklich wollen und uns dafür im eigenen Land – auch in der eigenen Partei – in der EU und weltweit Bündnispartner suchen – nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch bei den Regierungen und den Zivilgesellschaften vieler Nationen.

Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des vergangenen 14. Deutschen Bundestages hat dazu 200 grundlegende Empfehlungen für die deutsche, die europäische und die Weltgemeinschaft gegeben. Ich möchte sie hier nicht wiederholen, aber doch auf sie verweisen.

Ganz generell nehmen im 21. Jahrhundert Unsicherheit und Risiko weltweit auf den Märkten zu. Schon im 20. Jahrhundert – „dem Jahrhundert der Extreme“, wie Hobsbawm es genannt hat – hatte durch Weltkriege, weltweite Depression und Massenarbeitslosigkeit die Unsicherheit deutlich zuge-

nommen. Im 21. Jahrhundert bleiben Kriege und Massenarbeitslosigkeit weiterhin, aber neue Unsicherheitsbereiche treten hinzu:

- Klimawandel/Klimakatastrophen
- Instabilität der Finanzmärkte durch weitgehende Deregulierung
- Terrorismus
- Demografischer Wandel

Risiko und Unsicherheit unterscheiden sich in ihrer ökonomischen Wirkung beträchtlich. Risiko – zum Beispiel ein Unfall – kann, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit bekannt oder abschätzbar ist, prinzipiell auf Märkten bzw. Börsen gehandelt werden (z.B. Versicherungspolice, Rückversicherungen). Unsicherheit, ein Ereignis, dessen Risiko dem Umfang nach nicht einschätzbar, ist auf Märkten prinzipiell nicht handelbar. Deswegen können Versicherungen z.B. nicht gegen Mas-

senarbeitslosigkeit versichern – auch nicht gegen Probleme wie Klimakatastrophen. Das Einzelindividuum kann gegen solche „Risiken“ schon gar nicht Vorsorge treffen. Deswegen ist es unsinnig, an die Verantwortung des Einzelnen zu appellieren oder das abzuschieben.

Alle vier Bereichen bedürfen, wenn sie in historisch neuen Konstellationen auftreten, vor allem der aktiven, häufig sogar proaktiven Gestaltung durch die Gemeinschaft, d.h. neue öffentliche Aufgaben entstehen.

Die Linke ist damit in der Pflicht, gemeinsam mit all denen in der Gesellschaft, die Zukunft gestalten und dabei die soziale Dimension und den Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten wollen, Optionen für die Rückeroberung des öffentlichen Raums zu entwickeln, für sie zu werben und umzusetzen.

Die ökonomisch-soziale Spaltung der Welt und die politisch-militärische Hegemonie der USA

Dazu wird auf dieser Tagung ausführlich Stellung genommen, deswegen hier nur wenige Sätze:

Im Zuge des Globalisierungsprozesses hat sich die Spaltung der Welt in Arme und Reiche nicht gemildert, sondern vertieft: Der Abstand zwischen den 7 Ärmsten und den 7 reichsten Ländern hat sich von 1 : 20 im Jahre 1965 auf 1 : 39 im Jahre 1995 erhöht. 1,2 Mrd. Menschen leben von weniger als 1 US-Dollar pro Tag, also im absoluten Elend, 200 Millionen müssen mit weniger als 2 \$ bzw. 2 pro Tag auskommen, leben also in bitterer Armut. Auf der Millenniumskonferenz 2002 in Monterrey haben die reichen Nationen sich verpflichtet, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren.

Dies wird – soll es nicht ein hohles Versprechen bleiben und damit weltweite Krisen und Kontinente erfassende Instabilität als Dauerzustand programmiert sein sollen – zu einem deutlichen Ressourcentransfer in Richtung der armen Regionen und Kontinente und zu tiefgreifenden Reformen im Weltfinanzsystem und seinen Institutionen sowie der Welthandelsorganisation führen müssen.

Die derzeitige Politik der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und deren mangelnde Bereitschaft, selbst bereits eingegangene Verpflichtungen wie beispielsweise das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren oder Konflikte um wichtige Ressourcen wie Energie, Nichteisenmetalle etc. auf dem Wege friedlicher multilateraler Verhandlungen zu lösen, haben die Institutionen der Weltgemeinschaft in eine tiefgreifende Krise

gestürzt. Solange die USA nicht auf ihren politisch-militärischen Hegemonieanspruch verzichten oder ihn zumindest in multilateralen Gremien und Institutionen diskutieren und ggf. ändern, wird die Welt ein ungemütlicher Ort sein und auf absehbare Zeit bleiben. Eine realistische, operationale Antwort derjenigen Nationen, die mit diesem Zustand nicht zufrieden sind, steht noch aus – auch die Antwort der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten.

Der demografische Wandel

In Deutschland, Europa und Japan stehen wir an einer demografischen Zeitenwende. Die Alterspyramide kippt: es entsteht eine historische neue Situation, in der es mehr ältere als jüngere Bürgerinnen und Bürger gibt. Deutschland ist im Vergleich zu den „alten“ Industrienationen kein Einzelfall, sondern lediglich Vorreiter. Allerdings trifft es Deutschland wegen der massiven Fehler in der Familienpolitik konservativer Regierungen und ihrer tendenziell frauenfeindlichen Politik früher und wesentlich härter als etwa Frankreich und Skandinavien: entscheidend war und ist der langdauernde Geburtenrückgang und die massive Abnahme kinderreicher Familien. Erstmals in der Geschichte der Menschheit werden fast 40 % der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein und diese Gesellschaftsentwicklung ist im kommenden Jahrzehnt nicht mehr umkehrbar.

Heute wird die öffentliche und politische Diskussion dominiert von Stimmen, die vor einer „Vergreisung“ der Bevölkerung warnen und den Eindruck erwecken, die zukünftige Bevölkerung werde maßgeblich durch alte, unproduktive, gebrechliche, ja senile Menschen geprägt und tiefe Einschnitte im Gesundheitswesen und in den Alterssicherungssystemen seien zukünftig unvermeidlich.

Die demografische Zeitenwende verlangt eine Revision der Leitbilder und der bisherigen Politikmuster, um die Zukunft unserer älter werdenden Gesellschaft zu sichern. Die bisherige öffentliche Diskussion konzentriert sich auf einzelne Aspekte der Sicherung der Rentenfinanzen z.B. durch späteres Renteneintrittsalter und die Gesundheitskosten älterer Bürger oder die Geburtenrate. Weitgehend übersehen wird dabei, dass eine radikal geänderte Alterszusammensetzung der Erwerbsbevölkerung auch radikal neue Herausforderungen an die Betriebe und die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stellen wird und damit an die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der klassischen Industriegesellschaften und die solide Sicherung des sozialen Netzes. Mit einer Politik des kurz- und mittelfristigen Anpassens und Durchwurstelns ist es nicht mehr getan. Das Kürzen und Sparen bei den Kleinen hilft – abgesehen von seiner Ungerechtigkeit – nicht und wenn, dann nur für kurze Zeit weiter. Die demografische Wende stellt eine Fülle

Zu den Märkten der Zukunft werden Gesundheitsdienstleistungen gehören, denn eine alternde Bevölkerung braucht mehr medizinische Versorgung und Prävention.

neuer Herausforderungen: Nicht nur an unsere Art zu produzieren, Dienste zu leisten und zu verteilen, sondern auch an unsere sozialen Gesundheits-, Alterssicherungs- und Familien-Solidarsysteme. Sie wird das Verhältnis der Völker zueinander neu bestimmen, weitere Wanderungsbewegungen auflösen, nationale und kulturelle Identitäten neu bestimmen. Am Arbeitsmarkt der Zukunft ist das beispielhaft belegbar anhand der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und der Frauenerwerbsarbeit.

Der Arbeitsmarkt bis zum Jahre 2020 wird sowohl durch einen Mangel als auch Überschuss an Arbeitskräften geprägt sein. Nur mit einer radikal geänderten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die nicht auf neoliberale Politikmuster, sondern auf Wachstum, Belegung der Massenkaukraft, mehr öffentliche Investitionen auch und gerade in Bildung, Forschung und Gesundheit, Umwelt- und öffentliche Infrastruktur von Städten und Gemeinden setzt, werden wir mit einem Rückgang der Massenarbeitslosigkeit rechnen können.

Sozial und wirtschaftlich brisant ist dabei die veränderte Alterszusammensetzung. Die Alten werden aussortiert. Die Arbeitsmarktchancen konzentrieren sich bei den knappen Jüngeren, die Aufstiegschancen der mittleren Jahrgänge werden blockiert und die Arbeitsmarktrisiken der über 40jährigen nicht abgestellt: sie sind „zu jung“ für die Rente und „zu alt“ für Qualifizierung.

Die bisherige Personalplanung der Betriebe ist jugendzentriert und löst ihre Beschäftigungsprobleme in der Regel durch staatlich subventionierte Frühverrentung – in einer Höhe, die nahezu einzigartig ist unter den Industrienationen. Die Beteiligung am Erwerbsleben ist stark altersabhängig und geht bei den Frauen (in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland) nur knapp über zwei Drittel der Erwerbsfähigen hinaus.

Dieses „Ex und Hopp“ an qualifiziertem Humankapital entlastet zwar den Arbeitsmarkt und erscheint angesichts der politisch nicht gewagten Vollbeschäftigungspolitik kurzfristig sehr wirksam, ist aber bei der absehbaren Altersstruktur mittel- und langfristig nicht bezahlbar.

Die Frauenerwerbstätigkeit wird dabei ein unverzichtbares Arbeits- und Innovationspotential sein, ohne sie werden die sozialen, solidarischen Sicherungssysteme nicht mehr bezahlbar sein. Aber weder die Betriebe noch die jungen Frauen sind auf die kommenden neuen Strukturen vorbereitet. Der

politische und soziale Druck hat vielmehr hunderttausende Frauen im Osten Deutschlands aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt.

Für alle Frauen in Deutschland gibt es – auch nach den familienpolitisch wichtigen Schritten der rot-grünen Bundesregierung – eine hohe Diskrepanz zwischen ihren auch Familie und Kinder einbeziehende Lebenszielen

und den Ansprüchen der Arbeitswelt. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich endlich umfassend den Ansprüchen der Familien an soziale Infrastruktur und Familienlastenausgleich zuwenden! Hier gibt es dringenden staatlichen Handlungsbedarf – qualitativ und quantitativ – und damit auch erhebliche,

bisher unausgeschöpfte Potentiale für öffentliche und private Investitionen und öffentliche wie private Dienstleistungen. Bisher – mit langanhaltender Massenarbeitslosigkeit – wurde aber die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht ermutigt, sondern systematisch entmutigt.

Entscheidend für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft ist die Arbeitsproduktivität. Nur mit einer hohen Arbeitsproduktivität werden wir international wettbewerbsfähig sein und unseren Wohlstand sichern können. Die Unternehmen der Zukunft müssen mit älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen Aufgaben lösen, die sie bislang Jüngeren vorbehalten haben. Staat, Betriebe und Tarifparteien müssen umdenken: Es geht darum, die Älteren zu altersgerechten Bedingungen hochproduktiv in den Arbeitsprozess zu integrieren und zu halten. Und das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine völlig neue Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsgestaltung und der Weiterbildung. Arbeit bis 65 Jahre muss nicht nur wieder möglich werden, sie muss auch attraktiv sein und wieder Spaß machen – sonst gibt es eine (politische) Rebellion älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zu den Märkten der Zukunft werden prinzipiell die Gesundheitsdienstleistungen gehören, denn eine alternde Bevölkerung braucht mehr

medizinische Versorgung und Prävention. Ob das allerdings in Deutschland wirklich der Fall sein wird, ist politisch derzeit fraglich. Wie viel den RentnerInnen wirklich für Gesundheitsdienstleistungen bleibt, hängt davon ab, wie die politischen Entscheidungen über Alters- und Gesundheitssicherungssysteme ausfallen und sich in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Die unabweisbaren Bedürfnisse werden jedenfalls bei nicht geringen Teilen der Bevölkerung über ihre Kaufkraft hinausgehen. Aber im Gesundheitsmarkt der Zukunft liegen auch erhebliche ökologisch und human wünschenswerte Wachstumspotentiale mit beträchtlichen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Der Strukturwandel von der Produktionsgesellschaft zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft

Ein weiterer denkbarer „Markt der Zukunft“, der für die Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand für alle und die lebenslange Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitszufriedenheit unerlässlich ist, wird die Weiterbildung sein. Es ist unbestritten, dass die hochentwickelten Industrieländer weitgehend auf dem Weg in eine wissensbasierte Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft sind. Deutschland ist zweifelsohne denkbar schlecht für die Herausforderung gerüstet, denn auf diese Herausforderungen des demografischen Wandels haben Wirtschaft, Staat und Gesellschaft noch gar nicht reagiert. Noch immer wird nach dem Rezept vorgegangen: mit den Jungen innovieren, mit den Älteren konsolidieren, die Alten Ex und Hopp.

Auch hier liegen riesige Herausforderungen und Gestaltungsnotwendigkeiten an unsere Bildungssysteme, Betriebe und ArbeitnehmerInnen – aber auch riesige Potentiale für Beschäftigung, Innovation und die intelligente Verwendung der IuK-Technologien und damit nachhaltiges Wachstum.

Das alles erfordert nicht nur die Umstrukturierung und Neugestaltung der bestehenden privaten und öffentlichen Systeme, sondern

Entscheidend für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft ist die Arbeitsproduktivität. Nur so werden wir international wettbewerbsfähig sein und unseren Wohlstand sichern können



Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Achim Brunnengraber (Hrsg.)
**Globale Öffentliche Güter unter
 Privatisierungsdruck**

Festschrift für Elmar Altvater
 2003 - 322 Seiten
 € 29,80 - SFR 51,00
 ISBN 3-89691-548-8

Michael Heinrich
Die Wissenschaft vom Wert

Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie
 zwischen wissenschaftlicher Revolution und
 klassischer Tradition
 3. korr. Auflage 2003 - 411 Seiten
 € 24,80 - SFR 44,50
 ISBN 3-89691-454-5

Christiane Leidinger
Medien - Herrschaft - Globalisierung

Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge
 transnationaler Konzentrationsprozesse
 2003 - 616 Seiten
 € 39,80 - SFR 67,50
 ISBN 3-89691-555-X

Albert Scharenberg/ Oliver Schmidtke (Hrsg.)

Das Ende der Politik?

Globalisierung und der
 Strukturwandel des Politischen
 2003 - 381 Seiten
 € 24,80 - SFR 42,90
 ISBN 3-89691-538-X

Jürgen Prott (Hrsg.)
Öffentlichkeit und Gewerkschaften
 Theoretische Ansätze und empirische Erkenntnisse
 (Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)

2003 - 253 Seiten
 € 24,80 - SFR 42,90
 ISBN 3-89691-558-4

Gerhard Hauck
Die Gesellschaftstheorie und ihr Anderes

Wider den Eurozentrismus der Sozialwissenschaften
 2003 - 209 Seiten
 € 20,50 - SFR 35,50
 ISBN 3-89691-551-7

*Thomas Heinrichs/ Heike Weinbach/
 Frieder Otto Wolf (Hrsg.)*

Die Tätigkeit der PhilosophInnen

Beiträge zur radikalen Philosophie
 2003 - 227 Seiten
 € 24,80 - SFR 42,90
 ISBN 3-89691-552-5

Hafenweg 26a - D-48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de
 www.dampfboot-verlag.de



auch erhebliche zusätzliche Investitionen und zusätzliche personengebundene Dienstleistungen bei der Entwicklung der Inhalte und der systematischen Begleitung und Beratung der Lehrenden wie der Lernenden.

Fazit: Eine Politik, die bloß auf Sparen und Kürzen setzt, wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Weder beim Klimawandel, Globalisierung, demografischen Wandel noch bei dem Übergang zu einer wissensbasierten Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft, geht es ohne die Mobilisierung von zusätzlichen finanziellen Ressourcen und ohne die Mobilisierung von qualifizierten oder zu qualifizierenden ArbeitnehmerInnen. Ohne erhebliche zusätzliche private und öffentliche Investitionen ist die Zukunft nicht wettbewerbsfähig und schon gar nicht sozial und ökologisch zu gestalten.

Andauernde hohe Massenarbeitslosigkeit, niedriges Wachstum und damit prekärer werdende öffentliche Finanzen

Die Realität in der Europäischen Union und besonders in Deutschland sieht allerdings anders aus:

1. Deutschland leidet seit längerem unter einem schwachen wirtschaftlichen Wachstum – auch im direkten Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn wie Frankreich. Das bewirkt auch eine deutlich höhere Arbeitslosenrate als in den anderen europäischen Ländern.
2. Gründe dafür sind neben den kurz- und mittelfristigen Nachwirkungen von gravierenden Fehlern im Prozess der deutschen Einheit, auch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, die Deutschland wegen seiner – europäisch gesehen – unterdurchschnittlichen Preissteigerungen mit deutlich höheren Realzinsen konfrontiert. Das verteuert private wie öffentliche Investitionen deutlich.

Wesentlichen Gründe sind:

Die im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländern schwache Entwicklung der Löhne und damit der Masseneinkommen. So sanken die realen Löhne pro Beschäftigten von 1993 – 1998 auf -0,165 und stiegen von 1999 bis 2003 auf + 0,101.

Das prozyklische Verhalten der öffentlichen Hand insgesamt, die mit ihrem Bestreben, die Haushalte zu konsolidieren, das gesamtwirtschaftliche Wachstum ebenso wie die Beschäftigung schwächt und damit wieder das angestrebte Konsolidierungsziel systematisch behindert, wenn nicht sogar verhindert. Das konnten wir in den letzten 3 Jahren sehen.

Besonders belastend dabei für Wachstum und Beschäftigung und damit die Konsolidierung der Staatshaushalte ist der Rückgang der Investitionen in Deutschland. Das Investitionsvolumen der öffentlichen Hand hat mittlerweile ein besorgniserregend niedriges Niveau erreicht. Bund, Länder und Kommunen investieren mittlerweile nur mehr 1,5 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes – in den 60er Jahren hatte die Quote noch bei 5 % gelegen. Auch durch die

**Wenn die rot-grüne
 Bundesregierung ihren
 Kurs fortsetzt, droht die
 Gefahr, aus Angst vor der
 Zukunft in der Gegenwart
 zu versagen und die
 Zukunft zu verlieren.**

Vereinigung wurde die Talfahrt der öffentlichen Investitionen nur vorübergehend gestoppt.

Während und nach der Rezession der 90er Jahre verschärften sich die öffentlichen Finanzprobleme und die Investitionsausgaben wurden nochmals deutlich gesenkt – in West wie in Ost. Von 1992 bis 2000

verringerten die westdeutschen Länder und Gemeinden ihre Sachinvestitionen (Bauten und Ausrüstungen) um knapp ein Fünftel, die im Osten um ein Drittel. Der Anteil der öffentlichen Investitionen liegt in Deutschland mit 1,7 % deutlich unter dem Schnitt der EU (2,4 %), der USA mit 2,8 % und Frankreich mit 3,3 %. Besonders stark gehen dabei die öffentlichen Investitionen bei den Gemeinden zurück. Damit kann in vielen Regionen noch nicht einmal mehr der Bestand erhalten werden.

Durch diese völlig unzureichende öffentliche Investitionsdynamik der letzten Jahre wurden die zukünftigen Generationen bereits erheblich belastet; denn der wichtigste Beitrag einer aktiven Generation für die Zukunft besteht in privaten und öffentlichen Investitionen für einen wettbewerbsfähigen Kapitalstock, eine angemessene öffentliche Infrastruktur und ein hochqualifiziertes Humankapital (d.h. Staatsausgaben für Bildung, Forschung und Weiterbildung) sowie eine intakte Umwelt.

Fazit: Das Absinken der öffentlichen Investitionen vermindert also nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder, sondern ist auch einer der Gründe für die geringe wirtschaftliche Dynamik und für das unterdurchschnittliche Wachstum in Deutschland und damit auch die in Krisenzeiten nicht mögliche Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Wollen wir Wachstum, Beschäftigung und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen müssen wir diesen Trend entschieden umkehren und die öffentlichen Investitionen zumindest auf den europäischen Schnitt erhöhen.

Wenn die rot-grüne Bundesregierung diesen Kurs fortsetzt, droht ihrer Politik die Gefahr, aus Angst vor der Zukunft in der Gegenwart zu versagen und die Zukunft zu verlieren.

Wir brauchen eine Diskussion über die Regulierung der sich ändernden Arbeitsverhältnisse

Statement von Klaus Dörre

Wir erleben im Moment die erste Krise in einem Kapitalismus neuen Typs. Damit will ich das restrukturierende Element in dem Prozess betonen, den Michael Guggemos angesprochen hat, als er auf die Veränderung in den Arbeitsverhältnisse hingewiesen hat. Und ich glaube, dass es das gravierendste Problem der Linken ist, dass sie auf diese Restrukturierungsfähigkeit des Kapitalismus zu wenig Antworten hat. In dieser historischen Situation wirken hergebrachte Regulierungs- und Sicherungselemente nicht mehr, weil sie ihr gesellschaftliches Fundament verloren haben. Und wer sich an diesen festkrallt und sie nur verteidigt, vergrößert nur die Krisenpotenziale.

Moderne Produktion und Dienstleistungen

Wenn man die stofflichen Veränderungen in den industriellen Sektoren überhaupt antizipieren kann, dann spielt die Musik künftig wohl dort, wo industrielle Produktionscluster zusammenwirken mit Dienstleistungen. Den Begriff der „wissensbasierten Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft“ finde ich sehr gut, weil er nicht so tut, als wenn wir von heute auf morgen etwas völlig anderes hätten.

Einer der stärksten Leit-„cluster“ in Deutschland ist zum Beispiel die Automobilindustrie, also die fordistische Leitindustrie, die sich aber natürlich erheblich gewandelt hat. Man sollte nicht so tun, als ob man ohne diese „fordistische Industrie“ ökonomische Entwicklung betreiben können.

Wenn ich mir auf der Ebene regionaler Strukturpolitik, die ich mit meinem Institut untersuche, anschau, welche Organisationen definieren, in welche Richtung ökonomische Entwicklung gehen, dann haben wir faktisch immer da, wo die progressiven Gewerkschaften sitzen, Interessen der alten Industrien vertreten. Aber da, wo wir im Moment die größten Beschäftigungszuwächse haben, etwa in der Gesundheitsindustrie, also zum Beispiel in der Produktion von hochwertigen medizinischen Geräten und Dienstleistungen – im Ruhrgebiet gibt es da die größten Beschäftigungszuwächse –, da findet sich nicht eine Organisation, die Interessen for-

muliert, die sind in den regionalen strukturellen Gremien überhaupt nicht vertreten. Wir sehen da zumeist überhaupt keine Gewerkschaften, und wir sehen da auch andere Akteure nicht.

Ich sehe die größten Möglichkeiten, auch in Bezug auf die angesprochenen Probleme – das Produktionsproblem, das Demographieproblem, plus die Vernutzung der Arbeitskräfte eines Produktionsapparats, der auf die kurzfristigen Profite abzielt – in der Expansion sozialer, personennaher Dienstleistungen. Das hat natürlich Konsequenzen für die Geschlechterpolitik, für sozialstaatliche Dienstleistungen. Was will es sich die Gesellschaft kosten lassen, in diesen Bereichen zu wachsen? Das ist meines Erachtens eine zentrale Frage.

Der Bedeutungszuwachs dezentraler Strukturen

Das Grundproblem der Regierung kann man schnell auf den Punkt bringen: sie übernimmt vom angelsächsischen System die Dominanz des Marktes und adaptiert vom skandinavischen Modell verschiedene repressive Elemente. Zusammengenommen zerstört dies den Kern des gesellschaftlichen Entwicklungspfad, der früher mal „Rheinischer Kapitalismus“ hieß. Und das verhindert gleichzeitig die Entwicklung eines sozialdemokratischen Blocks, weil auf der einen Seite die verunsichert sind, die Innovationen wollen, als auch diejenigen, die ihren Schwerpunkt auf die Frage sozialer Gerechtigkeit legen. Gewonnen wird also weder das klassische Klientel, noch die neuen Gruppen, die man braucht, um zumindest regierungsfähig zu sein. Von Hegemoniefähigkeit wollen wir ja gar nicht reden.

In der linken Politik müssen wir unterschiedliche Strategien zusammen bringen, da führt kein Weg dran vorbei: keynesianisches Umsteuern, wirtschaftspolitische Wende, die Innovationsproblematik – das ist ja eher eine neo-schumpeterianische Frage. Der alte keynesianische Ansatz hat auf das Innovationsproblem keine Lösung, das hängt u. a. damit zusammen, dass wir heute sowohl in der Produktion als auch in den Dienstleistungen eine ganz erhebliche Dezentralisierung ha-

ben, von Betriebsformen, von Entscheidungsprozessen, von Kapital- und Entscheidungsmacht auch auf transnationaler Ebene. Das bedeutet, dass auch vom Gesellschaftsmodell her die steuernden Impulse von unten her angesetzt werden müssen. Das beinhaltet einen Bedeutungszuwachs dezentraler Ebenen, der Mikroebenen. Das darf eine linke Politik überhaupt nicht aus den Augen verlieren, zumal das ja auch Chancen hat für einen direkteren Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, mit sozialen Bewegungen. Die europäische Frage ist sehr weit weg und man hat immer den Eindruck, dass man sich dort mit Regierungen einig werden muss, die nicht nur konservative sind, sondern auch neofaschistische oder rechtspopulistische Formationen, und die solche Schritte auf dezentraler Ebene eher kaputt machen würden.

Die notwendige Re-Regulierung der Arbeitsverhältnisse

Das bringt mich zum nächsten Punkt: es braucht natürlich eine Politik, die auf der betrieblichen Arbeitsebene wieder ansetzt. Also die Debatte um „gute Arbeit, gesundheitsförderliche Arbeit, altersgerechte Arbeit“ muss mit dem Innovationsproblem verbunden werden. Wenn ich mir die Belegschaft z. B. im Montagewerk Rastatt ansehe, die haben mit einem Durchschnittsalter von unter 30 Jahren angefangen, die werden natürlich auch immer älter und ich weiß nicht, wie lange die die Über-Kopf-Arbeit am Band aushalten. Oder nehmen wir den IT-Bereich in den großen Banken, in hochentwickelten Dienstleistungsbereichen. Wir haben Interviews mit Betriebsärzten durchgeführt und erfahren, dass sich der Medikamenteneinsatz in den letzten Jahren verdreifacht hat. Und einer hoher Anteil davon sind Psychopharmaka. Das sind insgesamt Stress-Situationen, die mit dem althergebrachten Taylorismus nichts zu tun haben, sondern mit projektförmiger, diskontinuierlicher Arbeit, ständiger Überschreitung von Arbeitszeiten, Gerangel in den Teams und so weiter. Es mischt sich Druck von außen, interne Konkurrenz, mit dem Wunsch, seine Arbeit möglichst gut, möglichst professionell machen zu wollen. Wenn wir über eine Neu-Regulierung von Arbeitsverhältnissen sprechen, dann müssen wir darauf eine Antwort finden. Da liegt noch eine intensive Diskussion vor uns, die wir führen müssen.

Wir müssen auf das territoriale Produktionsverhältnis „Europa“ orientieren

Statement von Michael Guggemos

Ich will zunächst auf drei Punkte eingehen. Erstens: Es ist davon auszugehen, dass wir sowohl in den USA als auch in Europa eine konjunkturelle Schwäche haben, die sich an einer Scheidelinie hin zu einer deflatorischen Entwicklung befindet. Und wer sich an der Schwelle zu deflatorischen Entwicklung befindet, sollte die Debatte über konjunkturell oder strukturell gar nicht mehr führen. Es gibt ökonomisch eigentlich nur eine Möglichkeit, nämlich relativ kurzfristig und in aller Konsequenz zu reagieren – und das ist das eigentliche Problem dieser Bundesregierung.

Diese Maßnahmen, sofort zuzuschlagen mit konjunkturellen Maßnahmen, muss natürlich eingebunden sein in Politikbereiche und eine Strategie, die nicht nur relativ schnell wirkt, sondern auch in der Lage ist, strukturelle Defizite, die wir haben, aufzunehmen.

Entscheidend bleibt die Frage: wie kommen wir relativ schnell wieder zu öffentlichen Investitionen? Das ist die einzige Maßnahme, mit der wir sowohl deflatorischen Entwicklungen entgegen wirken, als auch strukturelle Verhältnisse zu verändern. Das kann man schnell runterbrechen auf die Frage nach einer Gemeindefinanzreform.

Zweitens: Die Linke in Deutschland diskutiert noch zu sehr allein über nationalstaatliche Regulierungsmöglichkeiten. Als Gewerkschaftler, der sehr stark mit dem industriellen Sektor zu tun hat, halte ich es für notwendig, auf das territoriale Produktionsverhältnis „Europa“ zu orientieren. Daraus ergeben sich zahlreiche Notwendigkeiten, z. B. wie geht man mit öffentlichen Investitionspolitik weiter. Ist es wirklich sinnvoll, das nur auf nationalstaatliche Ebene zu diskutieren, oder muss man so etwas wie die Gemeindefinanzreform, so notwendig das nationalstaatlich ist, nicht auch im europäischen Maßstab diskutieren?

Die gleiche Aufgabe taucht natürlich in einem ganz anderen Bereich auf. So rich-

tig die Diagnose von Sigrid Skarpelis-Sperk ist, dass sich die Lohnverhältnisse und die Lohnsumme sich in der Vergangenheit unterproportional zu dem entwickelt hat, was eigentlich möglich gewesen wäre, so stellt sich doch die Frage, wie wir das im europäischen Rahmen auch angesichts europäischer Geldpolitik diskutieren. Ist es dann überhaupt möglich eine Tarifpolitik zu betreiben, die versucht, das was in den letzten Jahren unterproportional verteilt wurde, in den kommenden Jahren überproportional zu erreichen. Und dann stellt sich für Lohn- und Tarifpolitik eine ganz andere Frage im Verhältnis von Lohn-, Zins- und Geldpolitik, nur um die zentralen Begriffe mal anzudeuten.

Der dritte Punkt: Wie regulieren wir eigentlich Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Und in dieser Frage der Regulierung haben wir zumindest meiner Meinung nach den höchsten Bedarf an Veränderung. Um es etwas provozierend zu sagen: die Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses vergangener Zeiten und die Flexibilisierung in Arbeitsverhältnissen, wie wir sie heute in vielen Bereichen sehen, ist eben nicht nur ein Ergebnis neoliberaler Politik, also politisch induziert, sondern zugleich auch eine Erfordernis, die sich als Notwendigkeit ergibt aus der Entwicklung der Produktivkräfte. Das alte Normalarbeitsverhältnis, wie wir es hatten, muss als altes Produktionsverhältnis gesprengt werden und in ein neues überführt werden. Ich weiß, dass wir die Debatte sehr kontrovers führen müssen.

Wie gestalten wir einen Produktivitätspakt?

Im Moment haben wir eine Situation, dass die sozialpolitischen Verteilungsfragen dominieren gegenüber der Frage, wie wird Wertschöpfung überhaupt kriert? Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird diese Frage immer weniger gestellt.

Gewerkschaften haben sich zu sehr von einem Akteur der Wirtschaftspolitik zu einem Akteur der Sozialpolitik gewandelt. Und damit haben sie ihre eigentliche Kompetenz verloren.

Die Frage ist doch: Wie kann so etwas wie ein Produktivitätspakt gestaltet werden? Diese Frage wird aktuell anderen Fragen untergeordnet, weil wir uns zu sehr mit Verteidigungsfragen beschäftigen. Wir erschöpfen uns zu sehr in der Verteidigung alter Verhältnisse als in der Schaffung neuer. Das ist in der Sozialpolitik so, das ist in der Wirtschaftspolitik so, das ist bei Wertschöpfungsfragen so.

spw 6 / 2003



FANTOMAS
magazin für linke debatte und praxis - 4,50 €
Nr. 4 - Winter 03/04

**Soziale Klassen,
soziale Kämpfe**

www.akweb.de

Klassenkämpfe, die Schule machen könnten.
Imaginäre und real existierende Klassen,
Informelle Ränder der Weltökonomie.
Utopische Überschüsse, die erinnert werden
wollen. Multitude und Feminismus.
Und: Muße statt Arbeit und Disziplin!

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen
(Fantomas ist im ak-Abo enthalten)

Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?

Von Wolfgang Zellner

Zu Beginn meines Vortrags möchte ich zwei Vorbemerkungen machen:

Zum ersten hat der Begriff „Geopolitik“ eine konservative, wenn nicht sogar reaktionäre Tradition. Hier werden außen- und sicherheitspolitische Strategien mit Interessen aus der geographischen Lage begründet, die zumeist aber eher politischer oder sozialer Natur sind.

Zum zweiten sollten wir uns nicht zu stark an den USA abarbeiten oder uns negativ gegen die US-Politik definieren, sondern lieber über eigene Interessenlage nachdenken. Hier will ich Akzente setzen

Wenn man über Friedens- und Sicherheitspolitik spricht, muss man über den Charakter der Konflikte reden. Dies wiederum erfordert zumindest ein grobes Bild der Entwicklung des internationalen Systems und der Kräfte, die diese Entwicklung treiben.

Wir stehen in der Mitte, vielleicht auch erst am Anfang einer neuen, nicht mehr industriellen, sondern wissenschaftlich-technologischen Revolution, die auch die internationalen Kräfteverhältnisse und Problemlagen zutiefst beeinflusst. Stichworte sind nicht nur IT, auch Biotechnologie, Mikro- und Nanotechnologie – und natürlich die Rückwirkungen auf die Natur. Darüber habe wir in der ersten Runde mit Sigrid Skarpelis-Sperk diskutiert.

Die Internationale Lage zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Es gibt keine geschlossene Theorie der Entwicklung des internationalen Systems. Es gibt lediglich Trends, die obendrein ganz unterschiedliche Interpretationen finden

Der Prozess der Globalisierung

Globalisierung meint *Interdependenz*, also wechselseitige Abhängigkeit, nicht nur Interaktion. Interdependenz bezieht sich zum einen auf Probleme, die wir gemeinsam in einer Welt haben, bezieht sich aber auch auf Chancen, auf Kooperationschancen. Und wenn man von Interdependenz redet, dann ist es ganz wichtig, sofort hinzuzufügen, dass diese Interdependenz natürlich nicht sym-

metrisch ist zwischen gleich starken, sondern sehr stark asymmetrisch zwischen extrem unterschiedlich starken Partnern oder auch Gegnern. Die reichen Länder haben mehr Mittel, um mit den Gefahren fertig zu werden. Das heißt also: die reichen Länder, die OECD-Länder haben in diesem Prozess der Globalisierung sehr viel mehr Chancen, Gefahren abzuwehren, die aus diesem Prozess entstehen, als die armen Länder.

USA- die verbliebene Großmacht

Wenn wir über die USA sprechen, dann müssen wir einfach feststellen: Die USA sind die einzige Großmacht, die den Anspruch erheben können (in jeder Hinsicht: Wirtschaftlich, politisch, ideologisch, militärisch), Großmacht zu sein. Was die militärischen Kapazitäten betrifft – in einem früheren Leben habe ich mich sehr viel damit auseinandergesetzt – kann man sagen, dass die amerikanischen militärischen Kapazitäten heute um mindestens eine qualitative Dimension besser sind als alles, was danach kommt, das schlägt sich natürlich in den Rüstungsausgaben nieder, und dass es von daher schon völlig verfehlt und auch zum Scheitern verurteilt wäre, diese Lücke – etwa im Sinne einer Anschlussfähigkeit an amerikanische Kapazitäten – schließen zu wollen. Das ist nur in Generationen veränderbar und meines Erachtens weltgeschichtlich nur von einem einzigen Staat, wieder nur in Generationen, nämlich von China, keineswegs von Europa. Die USA sind heute weniger ein wohlwollender Hegemon, sondern sie sind ein robust auftretender Hegemon, der für sich in Anspruch nimmt, mit allen geeigneten Mitteln ihre Ziele durchzu-

setzen, was ganz grundsätzlich auch militärische Mittel einschließt, und zwar nach einem Utilitarismusprinzip, was auf völkerrechtliche Bindung oder multilaterale Bindung wenig Rücksicht nimmt.

Das sind Tendenzen, die nichts zu tun haben mit dem aktuellen Kampf gegen den Terrorismus. Aber man hat natürlich jetzt mit dem Kampf gegen den Terrorismus eine beliebig füllbare Chiffre gefunden, diesen Wunsch der Einsetzbarkeit militärischer Mittel dann auch in die Praxis umzusetzen. Die amerikanische Regierung – oder überhaupt das amerikanische Politik-Establishment – ist sich sehr bewusst darüber, dass es diese Vor-

herrschaft in der Welt hat, und strebt sehr bewusst danach, diese Vorherrschaft gegen jede andere Kräftegruppierung zu verteidigen bzw. jede Kräftegruppierung daran zu hindern, diese Monopolstellung in der Welt in irgendeiner Weise zu gefährden.

Das richtet sich strategisch in erster Linie gegen China, weil China das einzige Land ist, das das Potenzial mittelfristig hat, um so was zu ma-

chen, das richtet sich aber natürlich auch – versehen mit anderem Instrumentarium – gegen Europa; wir haben ja noch in Erinnerung diese Einteilung in ein neues und ein altes Europa, dieser ganz bewusste Versuch der Spaltung Europas, das Hineinregieren in Europa.

Wenn wir von dieser Großmacht sprechen, dann muss man sich aber gleichzeitig natürlich bewusst sein über die Grenzen amerikanischer Macht. Und die Grenzen amerikanischer Macht werden und zur Zeit am Beispiel Irak in nahezu beispielhafter Weise vorgeführt: Nach einem relativ kurzen Krieg, der sehr viel kürzer war, als die meisten von uns prognostiziert haben, erweist sich eben doch, dass diese Großmacht keineswegs in der Lage ist, die Anschlussaufgabe, nämlich Frieden zu schaffen, in derselben Weise

Wir stehen in der Mitte, vielleicht auch erst am Anfang einer neuen, nicht mehr industriellen, sondern wissenschaftlich-technologischen Revolution, die auch die internationalen Kräfteverhältnisse und Problemlagen zutiefst beeinflusst.



durchzuführen. Und wenn man die mit dem Krieg verbundenen strategischen Ziele – ich erinnere nur: Demokratisierung des Irak, Lösung des Palästina-Problems – noch mit einbezieht, dann, muss ich sagen, wird dieser Krieg für die amerikanische Regierung aus der ursprünglichen Zielsetzung heraus nicht weniger als zu einem Desaster.

Regionalisierung

Regionen sind für mich nichts als Verdichtungsräume von Interdependenzbeziehungen. Das kann in einem weiteren Sinne sein, dann sind die Beziehungen nicht so stark, das ist etwa im Bereich des „großen Europas“, des OSZE-Europas, der Fall, oder in einem sehr viel engeren Bereich, wo alle gesellschaftlichen Teilbereiche vernetzt sind – EU-Europa.

Ein paar Anmerkungen zur EU: Die EU, meines Erachtens – deshalb bin ich froh, dass Detlev von Larcher noch darauf zu sprechen kommt – auch ein Thema, das in der linken noch immer nicht hundertprozentig angekommen ist, (die EU)

(ist) für mich ein Faszinum: Züge von Staatlichkeit, im ganz täglichen Leben, ohne ein Staat zu sein, wachsende Elemente immer noch internationaler, also zwischenstaatlicher, Kooperation, wachsende Bedeutung transnationaler Bezüge – das alles durcheinander, als eine sui-generis-Konstruktion innerhalb der Staaten, zwischen den Staaten, über den Staaten, die noch niemand wirklich auf den Begriff gebracht hat.

Wir arbeiten da gerade intensiv an der Universität, wir haben Tausende von Seiten Literatur intensiv durchgesehen: Niemand ist in der Lage, die EU bisher auf einen Begriff zu bekommen, außer auf den Begriff „sui generis“ was nur ein Etikett ist und nichts aussagt. Es gibt darüber hinaus weitere subregionale Zusammenschlüsse: Ostseerat, Visegrad,

Verlierer, und wir haben es im Moment – keineswegs nur in Afrika, sondern in weiten Teilen, im Kaukasus, in Zentralasien, im Nahen Osten, aber hinein in bestimmten Aspekten bis nach Osteuropa – mit massiven Prozessen von Staatsschwäche und auch Staatszerfall zu tun – das berühmte Syndrom „failed“ und „failing state states“. Staatsschwäche heißt nichts anderes, als dass Staaten nicht mehr in der Lage sind, elementare Grundfunktionen für ihre Bevölkerung wahrzunehmen, also zum Beispiel „human security“, Ausbildungsfunktion etc.

Ich sag dazu mal ein paar Zahlen: In Tadschikistan, also einem der ärmsten Staaten, wohl dem ärmsten Staat in OSZE-Europa mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 180 Dollar im Jahr, kriegt ein Lehrer, wenn er überhaupt was kriegt, 8 Dollar im Monat; und die werden dann meistens auch noch nicht gezahlt, das heißt natürlich unterhalb der Armutsgrenze. In Georgien haben sich die Bildungsausgaben pro Jahr und Schüler von 1990 bis 1995 von 804 \$ auf 30 \$ reduziert. Wir haben

es also mit Staaten zu tun, wo es kein Bildungssystem mehr gibt, wo es kein Gesundheitssystem mehr gibt, von einem Sozialsystem ganz zu schweigen.

Es hat aber solche Prozesse auch näher bei uns gegeben, ich erinnere: Wir hatten es 1997 – nicht lange her – mit einem komplet-

ten Staatszusammenbruch in Albanien zu tun, ein Land, wo man in wenigen Stunden auch mit dem Flugzeug hinkommen kann. Oder kommen wir zu Staaten, wie Afghanistan, die von den dümmsten, ungebildetsten Elementen der Gesellschaft regiert wurden. Das kann nur als zivilisatorischer Rückfall bezeichnet werden, wo neue Raubritter entstanden sind.

Bedeutsam sind diese Prozesse von Staatszerfall deshalb, weil daraus eine ganze Reihe von transnationalen Bedrohungen ent-

Zentraleuropäische Initiative oder auch in anderen Kontinenten Regionalisierungsprozesse: NAFTA, ASEAN

Fragmentierung

Ich hab am Anfang gesprochen von asymmetrischen Interdependenzbeziehungen, das kann man auch klarer sagen: Es gibt Gewinner und Verlierer. Die Schwachen sind die

stehen können. Afghanistan hat nicht nur als Rückzugsraum für Terrorismus gedient hat, sondern als Anbaugelände von Drogen, als Transfergebiet von Drogen. Also hier entstehen durch den Zerfall schwacher Staaten völlig neue Bedrohungslagen, die mit den klassischen Bedrohungen wie wir sie aus der Zeit der Ost-West-Konfrontation kennen, überhaupt nichts mehr zu tun haben. Dies führt zu sogenannten komplexen humanitären Notlagen, deshalb komplex, weil die meisten oder viele Teilsysteme dieser Gesellschaften nicht mehr funktionieren.

Es entwickeln sich stattdessen ethnopolitische Muster, gemischt mit religiösen Aspekten bieten diese sich als Bruchlinien dieser Zerfallsprozesse an und stellen gleichzeitig eine Mobilisierungsressource in primär wirtschaftlichen Verteilungskämpfen dar.

Zusammenfassung kann also festgestellt werden:

- Internationale, transnationale und innerstaatliche Konfliktpotentiale verschränken sich immer häufiger;
- Wir beobachten wachsende Asymmetrien, aber auch wachsende Kooperationszwänge, die komplexe, multidimensionale Strategien erfordern.
- Dies alles geschieht mit einem hohen Tempo und übt einen großen Druck aus.

EU-Europa: Zivilmacht, Militärmacht oder Friedensmacht?

Es ist der Begriff der Zivilmacht eingeführt worden in die Themenstellung, der Friedensmacht, und ich würde mal versuchen, das zu definieren:

- Wir haben ja hier ein Spektrum zwischen Zivilmacht und Militärmacht, beides eingeführte Begriffe über Jahrzehnte in der Diskussion: Zivilmacht wird verstanden als eine Macht, die ausschließlich mit zivilen Mitteln operiert. Dieser Begriff wurde lange Zeit auf die EU angewendet – das kann man wahrscheinlich heute nicht mehr. Eine Militärmacht – ein Begriff, den ich heute insbesondere auf die USA anwenden würde – ist dagegen eine Macht, die primär mit militärischen Mitteln operiert.

- Eine Friedensmacht liegt für mich dazwischen, näher an der Zivilmacht, und ich würde da folgende Kriterien setzen:

- Eindeutige Priorität für den Einsatz ziviler Mittel, Einsatz militärischer Mittel nur als Ultima Ratio und auf einer klaren Legitimationsgrundlage für Gewaltanwendung, und zwar von innen und außen:

- Legitimationsgrundlage von außen wäre für mich ein Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, da führt nichts drumherum, also das ist die Bildung eines Völkerrechts in einem multilateralen Ansatz. Die Legitimationsgrundlage von innen ist natürlich eine klare Entscheidung des Parlaments, und auch Kontrolle durch das Parlament, das ist ja auch aktuell vor wenigen Tagen durch eine Äußerung des Verteidigungs-

Die USA sind die einzige
Großmacht, die den
Anspruch erheben können
– in jeder Hinsicht:
wirtschaftlich, politisch,
ideologisch, militärisch –,
Großmacht zu sein.

gungsministers wieder in die Debatte gekommen.

Anhand dieser Kriterien wird man entscheiden müssen, ob die EU eine Friedensmacht ist – oder nicht.

Sicherheitspolitische Herausforderungen für EU-Europa

Ich will jetzt auf einige sicherheitspolitische Herausforderungen für EU-Europa eingehen, will es exemplarisch machen anhand von drei Regionen und drei inhaltlichen Feldern; es gibt viele andere, aber darüber zu reden, erlaubt die Zeit nicht. Man wird sehen, dass diese Herausforderungen Weitestteils nichtmilitärischer Natur sind.

Ich fang mal an mit dem Balkan. Das ist ein Bereich, der heute durch Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit der EU verbunden ist. Diese Länder haben eine grundsätzliche Integrationsperspektive. Diese Integrationsperspektive löst aber noch nicht die ganz unterschiedlichen Fragen. Wir haben mindestens drei bis vier unterschiedlich ineinander fließende, einander beeinflussende Problemlagen, die ich nur ganz kurz, ohne Lösungen anzudeuten, skizzieren will.

Wir haben in Mazedonien im Verhältnis zu der Zeit vor dem Minibürgerkrieg 2001 eine Art „kalten Status quo minus“. Ich erkenne keine Strategie der EU, das aufzulösen. Ansatzpunkt wäre eine wirtschaftliche Perspektive, die für dieses Land nicht existiert aus meiner Sicht. Mazedonien, über die albanische Frage eng verbunden mit dem Kosovo: Auch hier fehlt eine wirtschaftliche Perspektive generell. Die meiste Beschäftigung ist die Beschäftigung bei den dort tätigen internationalen Organisationen. Und dazu kommt ein ungelöstes – und derzeit auch unlösbares – Statusproblem, also entweder Unabhängigkeit oder Autonomie.

In Bosnien haben wir ein westliches Protektorat unter dem „High Representative“, also dem Hohen Vertreter, und wir haben es bisher noch nicht geschafft, den Ausweg aus dieser Protektorsfalle – muss man schon mittlerweile sagen – zu finden, bei der nicht die Bosnier Demokratie entwickeln können, sondern wir eigentlich anzugeben haben, was dort passiert.

Kroatien ist das einzige Westbalkanland neben Slowenien, das eine ganz andere Rolle spielt –, wo eine direkte Beitrittsperspektive zur EU erkennbar ist.

Wenn man für diese Ländergruppe von einem Gesamtansatz spricht, dann würde der heißen: Stärkung deren Kooperations- und

Integrationsfähigkeit mit der und in die EU. Der entscheidende Faktor ist hier die Integrationskraft der EU. Militärische Mittel sind notwendig zur Absicherung der Rahmenbedingungen und reichen von einer symbolischen Präsenz – im Bereich von 150 Leuten in Mazedonien –; bis zu einer realen und faktischen Präsenz wie etwa im Kosovo, wobei man sagen muss, dass der militärische Kräfteinsatz über die Jahre hin kontinuierlich und relevant sind.

Die neuen Grenzen der EU

Die erweiterte EU, und das ist ja schon eine Position oder Lage, von der wir ausgehen müssen, wird neue Nachbarn haben, die heißen Belarus, Ukraine, Moldau und auch Russland. Und es wird um eine große Frage

gehen: Abschottung und/oder Kooperation bzw. um die Frage, komplexe, neue Grenzregime einzurichten, wobei Grenzregime für mich nicht nur was Trennendes haben muss (müssen?), sondern auch was Verbindendes. Auch hier geht es um multidimensionale Kooperation. Hier

muss man sagen, dass die Integrationskraft der EU schon weniger wirksam ist und dass militärische Mittel und Kräfte überhaupt keine Rolle spielen.

Die Peripherie: Kaukasus und Zentralasien

Das dritte Problemfeld ist das, was man von Europa aus als Peripherie sehen kann, in dortigen Perspektiven wird das natürlich anders gesehen: Kaukasus und Zentralasien. Es sind Regionen von hoher strategischer Bedeutung, die ich will das jetzt nicht ausführen, auch Regionen in denen es sehr viele Rohstoffe gibt. Es sind Regionen, in denen strategische Stabilität im Sinne der gesicherten Abwesenheit zwischenstaatlicher Kriege noch nicht als gewährleistet gelten kann. Es sind Regionen, in denen es viele so genannte „eingefrorene Konflikte“ gibt, also Konflikte, wo nicht mehr geschossen wird, die aber seit einem Jahrzehnt nicht mehr gelöst werden

Es gibt klare Interdependenz im Verhältnis Kaukasus – Zentralasien, konkret z. B. Tschetschenien, die können wir nicht länger totschweigen. Wir haben es hier mit autoritären bis totalitären Regimen zu tun, die gleichzeitig schwache Regime sind. Dort herrscht drückende Armut für die breiten Massen, während sich kleine Eliten herausbilden.

Auch hier ist ein Gesamtansatz: erforderlich, die die kooperative Stärkung von Binnenstabilität mit einer strategischen Stabilität ver-

bindet. Erforderlich ist eine Förderung regionaler Kooperation, und da die Integrationskraft der EU sehr viel weniger wirksam ist, kommt Russland eine entscheidende Rolle zu.

Die EU ist ein Kooperationspartner in diesem Bereich, der ein wenig Geld in diese Regionen bringt, um eine Zahl zu sagen: Die EU wird in den kommenden Jahren pro Jahr für alle zentralasiatischen Länder fünfzig Millionen Euro ausgeben. Das ist nicht sehr viel, obwohl es schon eine Verdoppelung darstellt zu den Jahren zuvor.

Und man müsste weiter sprechen über Russland, den Mittelmeerraum, den Nahen Osten, Afrika oder auch Asien, wo es große Konfliktpotentiale auch im zwischenstaatlichen Bereich gibt.

Drei zentrale inhaltliche Felder für EU-Stabilitätspolitik

Hier gibt es in gewisser Weise drei Aspekte desselben Problemsyndroms

(1) Der Umgang mit autoritären/totalitären Staaten

Nach mehr als einer Dekade internationaler Demokratisierungspolitik ist die Lage ernüchternd. Nehmen wir nur zwei Beispiele: In Aserbaidschan gab es massive Wahlfälschungen, trotzdem gab es Glückwünsche der französischen Regierung, auch Russland und die USA scheinen mit den Ergebnissen dort sehr zufrieden.

In Turkmenistan gibt es eine Volldiktatur, dank der das russische Gasgeschäft ungestört abgewickelt werden kann. Internationale Reaktionen bleiben aus.

Erforderlich wäre in beiden Fällen meines Erachtens eine Orientierung auf die Herstellung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, statt einer übermäßigen Konzentration allein auf Wahlen.

Die Trennlinien zwischen innen- und außenpolitisch generierten Bedrohungen werden unscharf, ebenso wie zwischen militärischen, polizeilichen und zivilen Mitteln.



Hier gibt es in der EU noch keine Strategie, sondern nur viele Einzelinteressen.

(2) Umgang mit failed and failing states

Die (Wieder)Herstellung fundamentaler Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, wie bereits erwähnt, ist hier ebenso erforderlich wie eine Institutionenbildung, und die Reform der Sicherheitssektoren.

Große Bedeutung haben zudem die Bildung der breiten Massen und die Einbeziehung der vorhandenen Eliten

(3) Umgang mit neuen Bedrohungen

Wir müssen drei unterschiedliche Bedrohungen unterscheiden: internationale Konflikte, primär innenpolitisch gelagerte Konflikte und transnationale Konflikte

Der Schmuggel von Menschen, Waffen und Drogen, das organisierte Verbrechen, unkontrollierte Migrationsströme und Terrorismus sind interdependent und international vernetzt. Die Trennlinien zwischen innen- und außenpolitisch generierten Bedrohungen werden unscharf, ebenso wie zwischen militärischen, polizeilichen und zivilen Mitteln, wie wir es aktuell an Beispielen wie Afghanistan sehen. Überhaupt haben wir hier oft eine starke Verbindung zum failed states-Syndrom.

Gibt es eine alternative EU-Strategie gegenüber den USA?

Die US-Strategie lässt sich kennzeichnen durch die Nutzung von technologischer und militärischer Überlegenheit, um Überlegenheit zu erhalten. Ihr wirksamstes Instrument ist die präventive militärische Aktion oder Nutzung von Asymmetrie, um Asymmetrie zu erhalten. Letztlich ist dies eine konfrontative Strategie, die notwendigerweise eine Tendenz zu unilateralem Handeln bedeutet.

Die EU-Strategie müsste, um alternativ zu sein, die Nutzung von wirtschaftlicher und politischer Macht vorsehen, um Asymmetrien abzubauen. Sie müsste also im Gegensatz zu den USA die vorhandenen Asymmetrien nutzen, um sie zu beseitigen. Dies beinhaltet zumindest grundsätzlich einen kooperati-

ven Ansatz, der notwendigerweise in einen multilateralen Ansatz mündet

Wie entwickelt sich daraus ein Umgehen mit

US-Strategie? Entscheidend ist nicht allein derzeitige US-Regierung, sondern entscheidender ist ein langfristiger gesellschaftlich-politischer Dialog. Hier gibt es unstreitbare Defizite. Wir brauchen mehr Kenntnis und Verständnis dissidenter Positionen, wie sie zum Beispiel bei der Rede von Susan Son-

tag bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Letztlich müsste Europas Antwort eine asymmetrische Antwort auf die US-Strategie sein, die eben nicht anstrebt, militärische Stärke zu kopieren, sondern weiter primär auf zivile Mittel setzt. Dies hat nichts mit Pazifismus zu tun, sondern mit modernem außenpolitischen Denken.

spw 6 / 2003

Europas Antwort müsste eine asymmetrische Antwort auf die US-Strategie sein, die eben nicht anstrebt, militärische Stärke zu kopieren, sondern weiter primär auf zivile Mittel setzt.

US-Politik, die Re-Islamisierung und die Aufgabe Europas

Statement von Sabine Kebir

Ich möchte schärfer ins Bewusstsein bringen, dass sich das neoliberale Dogma, das von den USA ausgeht, wie ein Mehltau über die Politik legt und dass es deshalb nicht zu einer Befriedung, sondern zu einer immer schärferen Konfliktualisierung des Nahen Ostens kommen wird.

US-Strategien im Nahen Osten

Das sozusagen programmatisch festgeschriebene Auslassen von systematischer Strukturpolitik und die grundsätzliche Ablehnung der Idee, dass der Staat bestimmte Sektoren haben müsste und gesamtgesellschaftlich etwas zu steuern hätte, wenn diese Vorstellung ausgeblendet wird, und wenn dann die praktische Politik auch nichts macht, dann führt das in die Katastrophe. Der Nahe Osten hat nicht nur das Problem des schrecklichen Krieges selbst, sondern dieses Problem kommt jetzt noch dazu und

blockiert meiner Meinung nach jegliche positiven Lösungsansätze.

Die Verbrechen von Saddam Hussein haben nicht nur in der Vergasung eigener Bevölkerungsteile und in der schrecklichen Diktatur bestanden oder im Krieg und dem Eroberungsversuch von Kuwait – das waren natürlich wirkliche Verbrechen. Aber als ‚Verbrechen‘ gilt im Westen auch, dass er sich hinsichtlich seiner Erdölindustrie offensichtlich nicht den Wünschen angepasst hatte, die die transnationalen Erdölgesellschaften hegten, nicht nur dem Irak, sondern auch anderen Ländern gegenüber. Die Ölmultis wollen immer mehr als 51% der Anteile besitzen, um bestimmen zu können, was mit diesem Erdöl passiert, vor allem, zu welchem Preis es wem verkauft wird. Das ist also auch ein wichtiges ‚Verbrechen‘ von Saddam Hussein gewesen, der eigentliche Kriegsgrund. Wir haben ja gesehen, dass zwar nicht alle, aber

bestimmte andere Vorwände wie ein Karntenhause zusammengefallen sind.

Die Nachkriegspolitik im Irak ist jetzt vollkommen kindisch: Der Irak ist ja eigentlich ein hochentwickeltes Land, das überhaupt keine Wirtschaftshilfe braucht. Sie benötigen dort auch keine Spezialisten oder ausländischen Firmen, die Brücken aufbauen, das Elektrizitäts- und Wassersystem wieder organisieren, oder das Krankenhaussystem – das können die Iraker alles selbst. Und eigentlich hat der Irak auch die Geldmittel, um das selbstständig in die Wege zu leiten.

Und wenn Europa sagt: „Wir müssen da wirtschaftlich unbedingt mitmischen, damit wir auch später – wirtschaftlich unsere Füße drin haben“, dann ist das auch eine neokoloniale Beihilfe, und ein Versuch, in ein neokoloniales Projekt mit einzusteigen. Wenn das ganze Gebiet nun zu einer reinen Privatwirtschaft, oder sogar zu einer Freihandelszone werden soll, – was übrigens auch ein öffentlich proklamiertes Kriegsziel von Bush gewesen ist –, ist das natürlich auch eine Absurdität: Keine Wirtschaft der Welt, die einen Krieg

erlebt hat, kann nach dem Krieg auf starke staatliche Regularien verzichten, und die müssen eben auch souveränstaatlich sein.

Schließlich müssen wir noch berücksichtigen, dass der Irak über ein Jahrzehnt Embargo hinter sich hat, was die Menschen auch nur überleben konnten, weil es eine starke staatliche Verteilungspolitik der Dinge gab, die künstlich verknappt waren.

Es ist also ein Land, das überhaupt nicht vorbereitet ist auf das, was ökonomisch jetzt immer vorgeschlagen wird, und was das Allheilmittel der Nachkriegspolitik sein soll: rasche Privatisierung und Entstaatlichung. Ähnliche Probleme stellen sich aber für die gesamte Region.

Es ist auch keine zukunftsfähige Politik der USA, wenn sie in den zentralasiatischen Ländern nun nur versuchen, mit den Regierungen bestimmte Deals auszumachen, die teilweise vor allem strategische Erdölinteressen betreffen, teilweise lediglich die Stationierung von Truppen, Soldaten usw., um beispielsweise das Afghanistan-Problem in den Griff zu kriegen.

Die Re-Islamisierung geht von Saudi-Arabien aus

Während die Strukturpolitik der islamischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion zusammengebrochen ist, findet dort, – wie auch schon angedeutet wurde – eine Re-Islamisierung statt. Sie kommt nicht von selbst, weil die Leute plötzlich eine Offenbarung Allahs empfangen haben, sondern weil Saudi-Arabien die Moscheenstruktur seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion finanziert.

Saudi-Arabien ist eine große Finanzmacht, die schon seit 30 Jahren über den Moscheebau in der gesamten islamischen Welt nach Hegemonie strebt. Da werden aber nicht nur Ko-

ranschulen und -universitäten eingerichtet. Dort entsteht dann auch ein minimales Fürsorgesystem, eine Sozialhilfe, finanziert von Saudi-Arabien. Wo sonst alles zusammengebrochen ist, ist das für die Menschen die letzte Zuflucht. Das scheint sogar ein etwas menschlicheres System, als das, was Amerika anbietet. Die USA treten nur mit ein paar Führungskräften in Kontakt, die dann natürlich auch was davon haben, während die einfachen Menschen nur Niedergang erleben.

Saudi-Arabien ist dagegen für die Gesamtbevölkerung wahrnehmbar und befördert dadurch die Re-Islamisierung. Wer diese Sozialhilfe haben will, muss den weiblichen Teil der Familie verschleiern. Ein größeres Geheimnis steckt da nicht dahinter. Es können dadurch aber auch lokale Konflikte forciert werden, wenn man die jungen Männer, statt ihnen Arbeit zu geben, bewaffnet und sie da hineinzieht. So entstehen auch in Zentralasien zunehmend gefährliche Konstellationen. Bis vor wenigen Jahren ging die Re-Islamisierungspolitik der Saudis mit der strategischen Wirtschafts- und Militärpolitik der Amerikaner Hand in Hand. Jetzt sind da Konflikte aufgebrochen, hinter die wir im Einzelnen noch gar nicht schauen können. An manchen Stellen kooperieren sie auch wieder, wenn man sieht, dass Saudi-Arabien auch wieder Geld für den Irak geben will. Aber in Wirklichkeit gibt es Konkurrenz und ein tiefes Konfliktpotential. Gerade in den zentralasiatischen Republiken kann man nicht mehr von Interessensübereinstimmung reden.

Das zivilisatorische Potential Europas

Wir hatten in Europa im Verlauf des Kalten Krieges, im Konflikt mit dem Ostblock einen relativ friedlichen Kampf, wo zivilgesellschaftliche Werte in den Vordergrund gestellt wurden, die sich sogar als effizient er-

wiesen haben. Man muss sogar sagen: Der Ostblock verteidigte sich nicht mit Waffen, sondern hat sich zivilgesellschaftlich friedlich aufgelöst. Das ist ein enormes – jetzt mal ganz abgesehen von anderen Gesichtspunkten – zivilisatorisches Potential, das Europa heute als strategische Konfliktlösungsvorschlag weltweit einbringen könnte.

Daher hat in diesem und letzten Jahr eine ganz erstaunliche Bevölkerungsmobilisierung gegen den Krieg gegeben und gegen die Behandlung, die die USA dem gesamten Nahen Osten verpassen. Es ist ja nicht Gerhard Schröder gewesen, der diese zivilgesellschaftliche Bewegung ausgelöst hat. Sie war schon zu Buschs Besuch im Frühjahr 2002 durch tagelange Demonstrationen in der Hauptstadt präsent, ein sehr beachtliches Potenzial. Es muss unsere Regierung weiterhin beeinflussen. Wobei das schwieriger ist, denn die Notwendigkeit, den Krieg zu verhindern ist einfacher für diese zivilgesellschaftlichen Kräfte gewesen, als jetzt diese wirtschaftspolitischen Fragen in ihrer Tragweite zu beurteilen.

Der Krieg, wie Busch ihn versteht, ist vorbei, dafür hat eine Art Partisanenkrieg begonnen. Das ist es, was sich Saddam ausgedacht hat, anstelle großen militärischen Widerstands, der ja von vornherein sinnlos war. Wahrscheinlich mischt auch El Quaida mit – ein Begriff, von dem niemand weiß, welche Kräfte wirklich dahinter stecken. Nur eins ist sicher: ein ‚Krieg gegen den Terror‘ trifft wahrscheinlich meist ins Leere.

Europas und Deutschlands Chance besteht nur darin, sich nicht in neokoloniale Prozesse einbinden zu lassen. Unsere Erfahrungen mit den zivilgesellschaftlichen Konfliktlösungsstrategien sollten wir als aktive Vermittler für gerechte Verhandlungslösungen einbringen.

spw 6 / 2003

Wir müssen den Diskussionsprozess der europäischen Linken organisieren

Statement von Detlev von Larcher

Der Verein „Soziale Republik Europa“

Begonnen hatten wir vor einigen Jahren mit einer Diskussion zwischen französischen und deutschen Sozialdemokra-

ten und Sozialisten, und wir haben ziemlich schnell linke Sozialdemokraten und Sozialisten aus anderen europäischen Ländern zur Diskussion hinzu geholt. Daraus ist 1999 der Verein „soziale Republik Euro-

pa“ gegründet worden. Wir sind noch immer nicht ganz fertig damit, weil außer dem großen Spaß, den die gemeinsame Diskussion nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten gemacht hat, und auch den Erfolgen – denn wir haben verschiedene Stellungnahmen zur europäischen Politik, zur Veränderung der SPE gemeinsam beschlossen und veröffentlicht – ist es aber doch auch zu Schwierigkeiten gekommen, weil wir natürlich unterschiedli-

Detlev von Larcher, Co-Vorsitzender des Vereins Soziale Republik Europa und des Forum DL 21 e.V., spw- Mitherausgeber, lebt in Weyhe bei Bremen.

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

SKLAVEN- ARBEIT.

BAYER beutet Kinder aus.

STICHWORT BAYER

**Widerstand gegen
Konzernmacht. Konkret,
spannend, international.**

**Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org**

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

che politische und kulturelle Traditionen haben.

Letztendlich ist die große Schwierigkeit dann im letzten Jahr und im vorletzten Jahr dadurch entstanden, dass nach der großen Wahlschlappe der sozialistischen Partei in Frankreich die französische Linke in der sozialistischen Partei nichts Besseres zu tun hatte, als sich in drei Richtungen aufzuspalten. Statt zu sagen: Im Verlust, in der Krise muss man sich zusammentun, haben die gesagt: „Jetzt müssen wir uns aufteilen, in die, die rechtgläubig sind, die weniger rechtgläubig sind, die

überhaupt nicht mehr rechtgläubig sind...“ – so sag ich's jetzt mal ganz polemisch.

Das hat zu einer Lähmung auch im Verein geführt, die erst wieder überwunden werden muss. Aber von dieser Diskussion insgesamt ziehe ich schon die Schlussfolgerung, dass wir sie dringend weiterführen müssen, und dass sie auch erfolgreich sein kann, dass sie erfolgreich sein muss. Denn wer soll eigentlich die treibende Kraft sein, um eine wirkliche grundsätzliche Änderung der Politik in Europa herbeizuführen, wenn nicht die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, getrieben von einer zivilgesellschaftlichen Bewegung. Ich glaube, es geht nur so, und das wird dann eben auch Auswirkungen haben auf die Probleme, die wir hier angesprochen haben.

Welche ökonomische Perspektive hat die EU für die Beitrittsländer?

Die Beitrittsländer müssen sich völlig anpassen an die europäischen Bedingungen! Ich bin unsicher darüber, ob die jeweiligen Länder – und erst recht, ob die Völker in den Ländern – überhaupt wissen, was das für ihr eigenes Wohlergehen bedeutet. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich glaube, es führt gar kein Weg um die Erweiterung Europas herum, weil ich auch erlebt habe – gerade in Osteuropa – dass die Menschen das wollen: Die wollen in die EU, weil sie sich goldene Zeiten davon versprechen.

Aber welche Perspektive ist das? Es ist die der Markterweiterung, es ist, glaub ich, eine ziemlich egoistische Perspektive, die Europa da verfolgt, und es ist überhaupt nicht eine damit verbunden, vom neoliberalen Dogma wegzukommen. Ich will

ein Beispiel sagen, aus einem Land, das wahrscheinlich erst in der dritten Stufe zu Europa gehören wird, nämlich aus Rumänien. Da ist es im Moment so: Wenn in Rumänien das Schweinefleisch knapp wird, dann wäre ja eigentlich die normale Reaktion: Die Schweinepreise steigen, und die Bauern, die Schweinezüchter, verdienen besser an der Schweinezucht. In Rumänien geht es genau umgekehrt: Wenn das Schweinefleisch knapp wird, dann werden die Export-Tore aufgemacht, es kommen unheimlich viele Importschweine aus den EU-Ländern ins Land, der Schweinefleischpreis sinkt – und die rumänischen Schweinezüchter gehen ein. Was ist das für eine ökonomische Strategie für das Land?!

Zweiter Punkt: Natürlich glaube ich, dass die Linke mitdiskutieren muss, wenn es um die Wehrpolitik, die Rüstungspolitik geht. Natürlich muss die Linke auch darüber mitdiskutieren, ob wir der Meinung sind, dass die Bundeswehr im Verbund der Eingreiftruppe an jeder Stelle der Welt auch militärisch aktiv werden muss.

Bewegungen wie die „Sozialforen“ als Chance nutzen

Der dritte Punkt, den ich ansprechen wollte: Ich glaube, Bewegungsstrategie oder parteiliche Strategie dürfen kein Gegensatz sein. Parteiliche Strategie betreiben wir beide ja, wie überhaupt alle im Saal, sehr intensiv. Aber ich frag mich schon, warum zum Beispiel auf dem 2. Weltsozialforum ganz viele französische Mitglieder der sozialistischen Partei und auch ganz viele Mitglieder der französischen Nationalversammlung anwesend waren, und aus Deutschland nur zwei, nämlich Hermann Scheer und ich. Ich glaub schon, dass wir uns darum kümmern müssen, was auf solchen Weltsozialforen, auf europäischen Sozialforen geschieht, wir sollten da auch mitdiskutieren. Und wiewohl solche Bewegungen auch skeptisch gegenüber Berufspolitikern sind, auch mit einigem Recht wahrscheinlich, sollten wir wenigstens dort zuhören und anwesend sein – und nicht einfach nur aus der Zeitung davon lesen.

Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, dann sind wir nicht nur auf den innerparteilichen Diskurs angewiesen, nicht nur auf die innerparteiliche Aktion, sondern wir sind – wie es schon immer gewesen ist – davon abhängig, was außerhalb der Partei diskutiert wird, was außerhalb artikuliert wird, worüber außerhalb der Partei berichtet wird. Wir stellen ja fest, dass Europa im Grunde genommen keine Presse hat. Ich hab kurz berichtet, was wir in Verein „Soziale Republik Europa“ gemacht haben – darüber konntet Ihr fast nie in der Zeitung lesen. Das ist auch ein Punkt, der uns sehr zu schaffen macht.



Wo steht die SPD?

Rede von SPD-Generalsekretär Olaf Scholz

Wie geht die Zukunft für die SPD weiter? Diese Frage kann nicht diskutiert werden, ohne sich darüber klar zu werden, dass wir natürlich in einer ziemlich schwierigen Lage unserer Partei sind. Dass, was wir gegenwärtig an Mitgliederbewegung in unserer Partei erleben, geht nicht nach vorne, sondern rückwärts. Und das ist etwas, was alle, die so lange in dieser Partei aktiv sind wie wir, bedrücken muss.

Dass uns das jetzt trifft hat sicher damit zu tun, dass wir uns in ganz gewaltigen gesellschaftlichen Umbruchprozessen befinden und die Sozialdemokratische Partei führt meines Erachtens stellvertretend für die deutsche Nachkriegsgesellschaft die Debatte darüber, wie wir unseren Sozialstaat weiter entwickeln wollen und welche Aufgaben sich daraus ergeben. Das ist nicht einfach, denn unabhängig von den verschiedenen Sichtweisen, die man zu diesem Thema haben kann, ist eines ziemlich klar: bloß am status quo festhalten und darauf hoffen, dass alles von alleine besser wird, das will keiner und das kann auch nicht funktionieren. Das bedeutet aber, dass es, egal welchen Weg wir einschlagen, es schwierig werden wird.

Aber wir wollen und müssen damit die Voraussetzungen schaffen, Perspektiven für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und unsere Gesellschaft zu entwickeln. Auf dem nächsten Parteitag wollen wir dafür die Felder definieren.

Eine sozialdemokratische Innovationsstrategie formulieren

Das erste große Thema ist „Innovation“. Es ist nicht nur der Sache, sondern auch für das Gefüge der Gesamtpartei notwendig und richtig, weil es ein Thema ist, über das die SPD von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten aus zusammenfinden kann: das ist zum ersten ein zentrales Thema für diejenigen, die zurecht darauf hinweisen, dass wir voran kommen müssen im Bereich der technologischen Entwicklung, dass wir eine neue Dynamik für die Gesellschaft entwickeln müssen. Innovation, das ist zum zweiten ein Thema das diejenigen entwickeln und unterstützen können, die das aus einer Perspektive der Nachhaltigkeitsstrategie formulieren, von Effizienzgewinn und alles was dazu gehört. Und Innovation, das ist drittens ein Thema für diejenigen die sagen, dass es in unserer Gesellschaft ein Trägheitsphäno-

men gibt, dass es zuwenig nach vorne weisende Unternehmensgründungen gibt. Diese unterschiedlichen Ansätze können in eine Innovationsstrategie der Sozialdemokratischen Partei gebündelt werden.

Interessant ist aus meiner Sicht, dass die Skepsis vorbei ist, die dem Thema Wachstum über lange Zeit in der sozialdemokratischen Debatten gegenüber geäußert wurde. Das ist auch gut und hilfreich für die Debatte, ohne dass wir jetzt in die Zeit ungesteuerter Wachstumsstrategien früherer Jahrzehnte zurückkehren.

Es gehört zum Innovationsthema aber auch aus meiner Sicht noch ein ganz anderes Thema, das für die Sozialdemokratische Politik in der Zukunft von ganz großer und entscheidender Bedeutung sein wird, nämlich die Frage „Bildung“. Und da müssen wir uns von einigen Illusionen befreien, die nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch viele andere in Deutschland teilen. Die Illusion nämlich, dass wir in Deutschland bildungspolitisch vorbildlich seien. Deutschland ist nicht mehr das Land, das im wesentlichen auf seine geistigen Kräfte zurückgreifen kann und auf die gute Qualifikation und Bildung der Menschen, die in diesem Lande tätig sein wollen, sondern wir sind zurück gefallen gegenüber anderen Gesellschaften, weil wir die Prioritäten, die hier zu setzen waren, nicht mehr richtig gesetzt haben.

Unsere Gesellschaft muss kinderfreundlicher werden

Deutschland ist erkennbar eine der kinderunfreundlichsten Gesellschaften Europas, im Vergleich mit vielen anderen gibt es hier Probleme für die Ziele und Lebensverhältnisse berufstätiger Eltern, die sich anderswo nicht aufbürden.

Deshalb ist dies das zweite große Kapitel: Familienpolitik und die Frage nach einer kinderfreundlichen Gesellschaft.

Einige befürchten ja, wir kämen zurück in die falschen Debatten und Frontstellungen der 50er und 60er Jahre und dass wir die Gefahr laufen, Geschlechtergerechtigkeit allein un-

ter das Thema Familie zu packen. Damals hat es Ausgangsbedingungen gegeben, wo die Verweisung von Frauen auf das Thema Familie politisch-inhaltlich und sozial-faktisch gemeint war. Dieses Verständnis war eher ein reaktionäres, das auch in unserer Partei bekämpft und verändert werden musste. Heute finden wir aber eine ganz andere Situation vor. Familie und die Wünsche von Kindern und Eltern befinden sich heute völlig im Gegensatz zu dem, was heute die Selbstver-

ständlichkeiten und Eigengesetzlichkeiten unserer wirtschaftlichen Verfassung mit sich bringen. Vielleicht ist Familie eine der letzten antikapitalistischen Institutionen unserer heutigen Gesellschaft. Denn das, was die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge unseres Landes eigen-

entlich verlangen, sind die berufstätigen Singles. Und das Modell des berufstätigen Singles ist in Konflikt mit den Anforderungen und Wünschen derer, die Kinder haben wollen, die mit Kindern berufstätig sein wollen, die Partnerschaft haben wollen. Ich glaube deshalb, dass es richtig ist, das als eine sehr progressive Strategie zu begreifen. Und deshalb ist das eines der Schwerpunkte unserer Zukunftsdebatte. Wir wollen, Verhältnisse schaffen, wie wir sie in den fortschrittlichen Ländern Europas vorfinden, wenn wir z. B. nach Skandinavien in dieser Frage schauen.

Steuer- und Finanzpolitik

Drittens: wir müssen an Fragestellungen weiterarbeiten, die mit dem Thema Steuern und was an Einnahmen und Verteilungsfragen damit zusammenhängen. Das, was sich über unsere letzte Steuerreform hinaus ergeben hat, müssen wir diskutieren unter dem Gerechtigkeitsaspekt.

Wir versuchen das mit dem Perspektivantrag auch hin zu bekommen. Ich will deshalb ein paar Entscheidungslinien darstellen, die darin sich wieder finden. Eine ist zu sagen, wir finden, dass dort, wo Vermögensübertragungen stattfinden, eine Besteuerung sein soll. Und das ist insbesondere auch dann der Fall bei der Versteuerung von Veräußerungsgewinnen. Unsere Vermutung, Abgeltungssteuern seien etwas unübliches, ist völlig falsch, die Erhebung von Abgeltungssteuern von Veräußerungsgewinnen ist ein weltweit

Die Sozialdemokratische Partei führt stellvertretend für die deutsche Nachkriegsgesellschaft die Debatte darüber, wie wir unseren Sozialstaat weiter entwickeln.

üblicher Vorgang, nur in Deutschland bleiben diese Gewinne weitgehend unbesteuert und ich glaube, dass es deshalb richtig ist, wenn wir sagen, das wollen wir auch, so wie es in den USA, wie es in fast allen anderen europäischen Ländern der Fall ist: wir wollen, dass man Veräußerungsgewinne versteuert. Wir haben versucht, das gesetzgeberisch zustande zu bringen, das ist im Bundesrat gescheitert, nicht nur bei dem sogenannten Steuervergünstigungsabbaugesetz, sondern auch danach noch mal. Aber ich glaube, die politische Debatte ist nicht völlig aussichtslos. Wenn man mal die absurden Teile der ganzen Vorschläge von Merz, Kirchhoff & Co. Beiseite lässt, dann ist denen auch klar, das ist nur unser Land, das da auf einem Sonderweg begeben hat.

Und der zweite Vorgang, der hier von Bedeutung ist, ist die Diskussion über Erbschaftsbesteuerung. Um es mit den Worten des Sprechers des Manager-Kreises der Friedrich-Ebert-Stiftung zu sagen: Die Besteuerung großer Erbschaften ist heute in Deutschland geringer als zu Zeiten von Ludwig Erhard. Ob sich das sozialwissenschaftlich erhärten lässt, habe ich nicht geprüft. Wir jedenfalls denken, dass man da etwas an

Veränderung vornehmen muss, selbstverständlich unter Berücksichtigung von solchen faktischen Problemen wie, wie vererbt man Omas Haus in Düsseldorf, was macht man bei mittelständischen Betriebsübergängen. Ich glaube jedenfalls, dass das ein Thema ist, mit dem man was voranbringen kann.

Enttäuschenderweise muss man sich eingestehen, dass die ganzen Finanzierungsprobleme unseres Staates sich durch diese Dinge nur begrenzt lösen lassen, weil das nur teilweise zusätzliche Einnahmen sind. Trotzdem ändert das nichts an der Richtigkeit unserer Grundentscheidung.

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme Und das vierte große Thema, das wir auf unserem Parteitag haben werden, das ist die Frage: wie entwickeln wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiter, wie können wir eine Form der solidarischen Finanzierung auf den Weg bringen?

Ich finde, dass wir, bevor wir das alles im Detail diskutieren, dass wir uns letztlich zu einem strategischen Bekenntnis durchringen müssen. Ich will meine abgeben: Ich glaube, dass wir zu dem historischen Pfad, der in Deutschland beschritten worden ist, nämlich dass wir soziale Sicherheit zu einem großen Teil über die Sozialversicherung gewährleisten, stehen sollten.

Es gibt ja ganze viele, teilweise auch illusionäre Vorstellungen, man könne ganz abkeh-

ren von der Beitragsfinanzierung sozialer Sicherheit. Das halte ich in der Grundannahme für völlig falsch, wenn man davon absieht, dass man natürlich immer Relationen verschieben kann – da ist jede Diskussion spannend. Man muss sich das auch einmal nur dann angucken, bei denen, die das am extremsten vorschlagen, bei Meinhard Miegel zum Beispiel und auch Herrn Biedenkopf. Die sind aber zumindest so ehrlich, anders als manche Debatte bei den Grünen und auch bei Zusammenhängen in unserer eigenen Partei, dass sie zuende denken, dass eine aus Steuern finanzierte Soziale Sicherheit nur bei massiver Leistungskürzung möglich ist. Denn es ist nicht vorstellbar, dass das, was heute an Sozialversicherungsbeiträgen finanziert wird, aus Bundessteuern finanziert werden könnte, die wir neu erheben müssten.

Der Bundesetat hat heute ein Volumen von ungefähr 250 Mrd. Euro, davon sind nicht alles Steuern, sondern ein großer Teil Schulden

und relativ viele andere Einnahmen. An Beitragseinnahmen bei den sozialen Versicherungsträgern in Deutschland haben wir 350 Mrd. Euro. Das heißt mehr, wir müssten zusätzliche Bundessteuern von über 350 Mrd. Euro erhe-

ben. Es mag Gesellschaften geben, in denen man das politisch erfolgreich bewerkstelligen kann, die deutsche zählt meines Erachtens nicht dazu. Und wir würden deshalb im Interesse der Menschen nicht handeln, für die wir angetreten sind, wenn wir diesen Pfad beschreiten würden.

Es muss deshalb bei den Reformen die wir formulieren, darum gehen, ob der Steueranteil noch erhöht werden kann in einem bestimmten Rahmen, aber es kann nicht um eine vollständige Abkehr vom bisherigen System sozialer Sicherheit gehen. Das glaube ich jedenfalls, wäre ein Fehler.

Trotzdem müssen wir in diesem System die Problem lösen, die sich uns wirklich stellen. Dazu zählt natürlich auch das Problem der demographischen Entwicklung, dazu zählt vieles andere, was mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, und dazu zählt der strukturelle Nachteil, der unser hohe Sicherheit garantierendes System mit sich trägt, der strukturelle Nachteil ist eben die Beitragsfinanzierung, die dazu führt, dass Arbeit, die nicht hoch qualifiziert ist, und deshalb in keinem System der Welt besonders gut bezahlt sein kann, zusätzlich mit diesen Beiträgen belastet ist.

Wenn man es mal mit einem krassen Beispiel konfrontieren will: der englische Hilfsarbeiter muss zu seinem Lohn nicht noch seine Krankenversicherung und seine Rentenabsicherung verdienen, das, was er an ziemlich

schlechten Leistungen bekommt, das ist steuerfinanziert schon für ihn vorhanden. Der deutsche Hilfsarbeiter muss das an Beiträgen zusätzlich noch bewerkstelligen. Und darum haben wir ein Problem im Bereich von schlecht bezahlter, gering qualifizierter Arbeit. Und das ist der Reformbedarf, den wir jetzt bewältigen und in der Zukunft bewältigen müssen.

Wir glauben, dass Veränderungen im Bereich der Rentenversicherung, was die Einnahmenseite betrifft, sich nicht empfehlen. Mehr Beitragszahler führen nur zu weiteren Anspruchstellern. Das kann man diskutieren aus Gesichtspunkten der sozialen Ordnung, der Gerechtigkeit, weil man es gut findet, aber niemals aus Finanzierungsgesichtspunkten. Sie führen nicht zu einer zusätzlichen Stabilisierung der sozialen Sicherheit. Auch dann nicht, wenn Besserverdienende hereinkommen, es sei denn, man verfolgt das wohl auch hier im Saal nicht mehrheitsfähige Modell, dass die zwar reinkommen, aber weniger dafür kriegen. Bisher ist es jedenfalls bei der Rentenversicherung so, dass es einen strikten Zusammenhang gibt zwischen Einzahlungen und Auszahlungen. Wer mehr zahlt, kriegt proportional auch mehr raus. Und man müsste das kappen, man müsste also wollen, dass ein großer Teil der Mittelschichten gewissermaßen hohe Beiträge zahlt und nicht mehr dafür bekommt. Das schlägt kaum einer vor, denn das ist politisch nicht vorstellbar in Deutschland.

Und das andere Thema, das dazu gehört, ist das Thema Krankenversicherung. Da haben wir uns entschlossen, vorsichtig den Pfad Bürgerversicherung zu beschreiten.

Ich bekenne mich zu dem System, in dem wir aufgewachsen sind, das mehr als hundert Jahre gut funktioniert. Ich finde es wäre ein politischer Fehler, diesen Pfad unseres Landes zu verlassen. Wir müssen mit den Menschen, um die es geht, mit der Wirtschaft, mit den Arbeitnehmern behutsam umgehen. Man sollte Sozialpolitik nicht so betreiben, dass man sich morgens an eine Staffeln stellt, und an neues Bild malt. Man muss eine Weiterentwicklung betreiben. Und deshalb finde ich richtig, dass wir begreifen, dass wir an einer Wegkreuzung angekommen sind.

Wir haben die Möglichkeit, bei der Krankenversicherung drei Weg zu beschreiten: Wir können erstens so weiter machen wie bisher, das wird schwierig, das kann man sich glaube ich klar machen. Wir können zweitens versuchen den Weg zu gehen, wie es die Herzog-Kommission oder es der Genosse Rürup vorschlägt, nämlich ein Kopfprämien-System verfolgen. Oder man kann drittens sagen, man will die Richtung Bürgerversicherung beschreiten, ohne dass man jetzt schon sagt, worauf das letztendlich im Einzelnen hinausläuft.

Im Kern muss das auf alle Fälle bedeuten, dass sich Einzelne nicht durch eine bloße

Die Skepsis, die dem Thema Wachstum über lange Zeit in der sozialdemokratischen Debatten gegenüber geäußert wurde, ist vorbei.

Willensentscheidung aus der Solidaritätsbeziehung verabschieden können. Wenn sie das können, dann tun sie das auch, irgendwann ist die Scham nicht mehr groß genug und man geht rüber in die private Krankenversicherung. Und das ist eine Entscheidung, die über 2 Millionen abhängig Beschäftigte bereits getroffen haben und die heute, weil sie oberhalb der Versicherungspflichtgrenze verdienen, 5,4 Millionen treffen können, jeden Tag, plus 4 Millionen weitere Familienangehörige. Da ist viel Unheil anzurichten, wenn man unvorsichtig ist, und alle kurz vor Schluss noch in die PKV treibt, weil man sie mit radikalen

Forderung verängstigt, denn wir haben ja bereits zwei Versicherungssysteme nebeneinander. Ein einkommensbezogenes Modell, das ist die gesetzliche Krankenversicherung, es werden Beiträge nach Einkommen gezahlt, und ein Kopfprämienmodell, das ist die private Krankenversicherung.

Nun muss man aus meiner Sicht auch sehen, wie kann man das zusammenbindet, ich glaube, ein Finanzausgleich zwischen beiden Systemen ist das Mindeste. Alles andere lässt sich diskutieren, zum Beispiel könnte man auch andere Einkommen zur Finanzierung einbeziehen. Das haben wir in unserem Leittragstext auch formuliert, wobei wir offen gelassen haben, ob das über Steuern geschehen soll oder über Beitragserhebungen. Das ist eine Diskussion, die kann man vorsichtig beschreiten, aber eben nicht so, dass man alles umstürzt, was so sorgfältig gewachsen ist und wo so vieles miteinander zusammen hängt.

Das ist die eine Debatte, das sind die Themen, um die es in Zukunft gehen wird. Nach der Agenda-Diskussion können diese großen Fragestellung der SPD Unterstützung und auch Begeisterung zuführen. Auch der Wettbewerb um Kopfpauschale oder Bürgerversicherung muss uns nicht schaden in der Auseinandersetzung mit der Union.

Die CDU verändert ihr Profil

Ich beobachte, dass sich bei der Union eine Veränderung verfestigt, die ein Traditionsbruch mit der Geschichte der Christdemokratischen Union in Deutschland bedeutet. Sie ist nämlich immer eine recht soziale Volkspartei gewesen, was zu tun hat mit der Integration des Zentrums. Es gibt einige, die analysieren, dass die Wahlniederlage von Helmut Kohl nicht nur was mit „16 Jahren“ und „zulange an der Macht“ zu tun hatte, sondern dass dies die ersten Erfolge der Merz' und Schäubles waren, mit ihren geringen Bereitschaft weiter zu machen mit Sozi-

alstaatlichkeit in Deutschland. Ihre Strategie, sich davon zu entfernen, sei von den Wählerinnen und Wählern irgendwie wahrgenommen worden.

Friedrich Merz, der unverblümteste von allen, in Interviews gesagt, das sei schlimm gewesen mit dem Kohl; 16 Jahre lang habe er den Blüm mit Geschick die Parteitage der CDU beherrschen lassen, die ganze Sozialpolitik der Ära Kohl sei falsch gewesen, es müsse endlich Ordnungspolitik herrschen. Und damit meint er natürlich die Aufgabe dessen, was man als das Soziale in der Marktwirtschaft begreifen kann. Ich

glaube, dass man das verstehen sollte: der meint das ernst und er ist dabei nicht alleine. Ich sehe so etwas wie eine Entwicklung der CDU in die ideologische Richtung der Tories, die nämlich konservativer Politik schon mit einer Abkehr von Sozialstaatlichkeit verbunden haben. Und das muss man sehr sorgfältig beobachten. Das wäre natürlich eine erhebliche Veränderung in Deutschland, wenn der politische Wettbewerb zwischen einer wie auch immer veränderten Sozialstaatspartei SPD und einer konservativen Partei besteht, die manches von dem übernommen hat, was die Tories vertreten.

Was heißt das für unsere politische Strategiebildung? Da will ich aus meiner Sicht mit einem Vorurteil über Maggi Thatcher aufräumen, das bis in die Linke hinein in Deutschland sehr verbreitet ist. Nämlich dass sie eine notwendige Durchlüftung und Öffnung der

vertrockneten und eingefahrenen Strukturen Großbritanniens zustande gebracht habe. Was die gemacht hat, war ein ganz schöner Extremismus. Der sowieso schlecht entwickelte englische Sozialstaat und die ganze damit zusammenhängende Infrastruktur ist durch ihre Politik vollends zugrunde gegangen. Und deshalb muss man sich auch von mancher Faszination vor so einer Frau fürchten, denn eigentlich ist die Existenzbedingung Frau Thatchers die Reformunfähigkeit der damaligen Labour-Party gewesen. Weil man die Tories als Alternative nicht ernst genommen hat, weil man sich den Problemen der englischen Gesellschaft nicht gestellt hat, darum ist Frau Thatchers Extremismus möglich gewesen.


Und ich bin dagegen, dass wir uns eine Geschichte erzählen, das geht vom rechten bis zum linken Sozialdemokraten, unser eigentliches Problem sei, dass die notwendige Reinigung nicht von einer Frau Thatcher gemacht worden sind und der Kohl eben so bräsig war wie er war, und wir nun nicht auf dieser bereinigten Basis ordentliche Reformpolitik machen können. Die Geschichte ist, glaube ich andersrum, richtig: Wir müssen dafür sorgen, dass wir selbst die notwendigen Reformen auf den Weg bringen, dass eine solche extremistische Position von Merz bis Thatcher in Deutschland nicht als Alternative mehrheitsfähig ist und die CDU in ihren inneren Strategie möglicherweise auf so etwas wie ihre vergangene Position zurückziehen muss.

Die SPD braucht eine Grundsatzprogramm-Debatte

Wir werden uns im Anschluss an das, was wir auf dem Parteitag diskutieren, was sich für Themen damit verbinden, dann auch um unser Grundsatzprogramm weiter kümmern.

Deutschland ist eine der kinderunfreundlichsten Gesellschaften Europas. Es gibt hier Probleme für die Ziele und Lebensverhältnisse berufstätiger Eltern, die sich anderswo nicht auftürmen.





Die USA - Anatomie einer Weltmacht
Deutschland, Engländer und Brasilien

Malcolm Sylvers: Die USA – Anatomie einer Weltmacht
ISBN 3-89438-240-6
333 S.; EUR 16,90


Die USA im Zeichen von Neoliberalismus und Globalisierung: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opposition



The Big Stick

Werner Biermann/Arno Klönne: The Big Stick
ISBN 3-89438-256-2
270 S.; EUR 15,50

Imperiale Strategie und globaler Militärismus - Wie stark sind die USA? Grundlagen und Grenzen der US-Militärmacht



Asche auf vereisten Wegen

Conrad Taler: Asche auf vereisten Wegen
ISBN 3-894-263-5
154 S.; EUR 12,90

Der Frankfurter Auschwitzprozeß: Über das Jahrhundertverfahren gegen Täter der Todesfabrik

PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202 – 50937 Köln
Tel.: (02 21) 44 85 45, Fax: 44 43 05 – mail@papyrossa.de



Kreislauf und Krise

Joachim Vockel: Kreislauf und Krise
ISBN 3-89438-253-8
131 S.; EUR 15,00


Die großen Wirtschaftstheorien im Überblick – eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre



Wie Reichtum Armut schafft

Karl Georg Zinn: Wie Reichtum Armut schafft
226 S.; EUR 14,80
ISBN 3-89438-249-X

Überfluß und Mangel – Das Paradoxon kapitalistischen Wohlstands und wie es überwunden werden kann



Immer Ärger mit den Kids

Michael Höhn: Immer Ärger mit den Kids
ISBN 3-894-181-7
170 S.; EUR 12,90

Welche Jugendkulturen sind gerade „in“? Was zeichnet sie aus? Wie können Erwachsene damit umgehen?

Das Programm soll beschlossen werden Ende 2004, Anfang 2005. Das funktioniert nur, davon bin ich fest überzeugt, wenn es davor eine breite Debatte in der SPD gegeben hat. Ein Programm, das nur ein schön geschriebener Text ist, ohne Diskussion, ohne Meinungsverschiedenheit, ohne alles, was damit zusammenhängt, ein solches Programm ist relativ wenig wert. Und deshalb will ich dazu sagen, dass aus meiner Sicht jedenfalls eine breite Programmdebatte mindestens ein Jahr stattfinden sollte, bevor wir endgültig zur Beschlussfassung kommen.

Wir wollen den Versuch dazu machen, indem wir mit einem Text anfangen, über den man diskutieren kann, der aus dem Parteivorstand heraus kommt. Ob uns das dann gelingt, wird man sehen, ich bin aber relativ optimistisch.

Gerechtigkeit und Bildungschancen

Meine größte Sorge, was die Zukunft der europäischen Gesellschaft betrifft ist, dass sie die Fähigkeit zur Integration verliert. Das ist das, was uns eigentlich unterscheidet vom amerikanischen Modell. Wir sind letztlich relativ integrierte Gesellschaften. Ob man das im sozialen Zusammenleben, im wirtschaftlichen Leben nimmt, oder an der Frage der Beteiligung an Wahlen. Denn die amerikanische Gesellschaft hat ihre fehlende Integration ja auch mit einer geringen Wahlbeteiligung bezahlt. Ein sozialdemokratischer Weg kann nicht sein, dass wir uns einrichten auf die immer weniger werdenden Mittelschichtsteile, die an Wahlen teilnehmen, sondern wir müssen politisch gestaltend zustande bringen, dass Deutschland ein inklusive, dass Europa eine inklusive Gesellschaft bleibt. Das ist aus meiner Sicht gefährdet.

Die Gefährdungspotenziale, die Alarmzeichen sind sehr groß. Ich nehme wachsende Segregation wahr – in den Stadtteilen. Es ist ja auch so, dass wir unsere schönen Geschichten falsch weiter erzählen, z. B. von den traditionellen Arbeiterquartieren. Die traditionellen Arbeiter wohnen heute woanders – im Reihenhaus, manchmal nicht einmal mehr in der Stadt. Und es sind nur noch wenige in den alten Quartieren geblieben. Wie gehen wir eigentlich damit um? Die fortschrittlichen SPD-Gliederungen sind diejenigen, wo es schön ist? Und woanders, wo es immer weniger sind, da gibt es zwar noch Rückhalte, aber da sind die Zahlen derer, die sich an politischen Prozessen und Wahlen beteiligen, geringer geworden. Das ist doch ein Maß von Segregation, die real stattfindet und noch viele größere

Bedeutung hat. Und darüber muss man sich Sorgen machen. Ich finde, das erschreckendste Ergebnis der PISA-Studie ist aus meiner Sicht nicht das schlechte Leistungsniveau der deutschen Schulen gewesen, das ist auch so erschreckend, sondern festzustellen, dass in kaum einem vergleichbaren OECD-Land festgestellt werden kann, dass die Bildungschancen eines Menschen so sehr von der Herkunft abhängen, wie in Deutschland.

Wir wissen doch, dass eine große Bildungsexpansion stattgefunden hat, von der auch jemand wie ich profitiert hat, wo man in erster Generation zu denjenigen zählt, die ein Abitur machen durften und studieren konnten. Mittlerweile betrachten diejenigen, die diesen sozialen Aufstieg geschafft haben, offenbar diese Sache für sich als abgeschlossen. Man heiratet auch untereinander, man entwickelt untereinander Beziehungen, auch die Freunde der Kinder kommen wieder aus dem gleichen Umfeld. Das, was nachgeblieben ist aus der Expansion, dass die Kinder der aufgestiegenen Facharbeiter, dass die wieder zur gut qualifizierten Generation gehören, typischerweise. Aber dass diejenigen, die neu dazukommen in unserer Gesellschaft in gleicher Weise von der Mobilität, von der Möglichkeit des Aufstiegs begleitet werden, wie das in den 60er und 70er Jahren der Fall war, das nehme ich immer weniger wahr.

Es ist ein Problem wenn man sieht, dass die großen Städte Deutschlands im wachsenden Maße bestimmt werden durch Kinder von Migranten und wir es nicht schaffen, Bildungskulturen zustande zu bringen. Vom Spracherwerb bis zu den Bildungschancen und den guten Bildungsabschlüssen, die dabei möglich werden, müssen auch künftig Kinder aus Haushalten, die bildungsfern geblieben sind, aufsteigen können, in besser gebildete Strukturen kommen. Wenn uns das nicht gelingt, dann haben wir ein Problem.

Und man kann sich das auch übersetzen auf Arbeitsmärkte. Im Gegenteil zu dem, was in Deutschland öffentlich erzählt wird, nehmen Arbeitsplätze für Leute mit geringer Qualifikation ab und nicht zu. Aber die Zahl der Menschen, die diese Arbeitsplätze nachfragen und dort Arbeit suchen, nimmt zu. Denn wenn wir feststellen

Bildung und Teilhabe an Arbeit spielen meines Erachtens die entscheidende Rolle für die Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie.

müsse, dass wir in Deutschland fast über 10 % keinen Hauptschulabschluss bekommen, und sie mit einem Hauptschulabschluss heute kaum noch die Chancen haben, die ihre Eltern und Großeltern mit dieser Qualifikation hatten, dann ist ein Problem da, das man sich gar nicht ausmalen mag. Mit kei-

nerlei Organisation von Transferleistung, mit keinem sozialen Ausgleich, mit nichts, was wir uns ausdenken könnten, können wir herstellen, dass Menschen, die in einer solchen Ausgangslage sind, wirtschaftlich gut zu recht kommen.

Ich jedenfalls denke, Armut ist, wenn man vom Gehalt oder besser Geld eines Medizinstudenten sein ganzes Leben leben muss. Der Medizinstudent, der wenig Geld hat, ist nicht arm, wer sein ganzes Leben lang aber bestenfalls den Bafög-Satz verdient, der hat

richtige Probleme. Und deshalb glaube ich, müssen wir in diesem Zusammenhang etwas zustande bringen. Bildung und Teilhabe an Arbeit spielen dabei meines Erachtens die entscheidende Rolle für die Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie.

spw 6 / 2003

Die SPD muss den Tunnelblick der Alternativlosigkeit überwinden

Statement von Horst Peter

Die Bürgerversicherung wird nicht die Klammer rot-grüner Regierungspolitik sein können. Sie darf nicht überschätzt werden als die grundlegende Reform des sozialen Sicherungssystems, sondern sie ist eigentlich vor allem eine solidarischere, gerechtere Finanzierungsform. Insofern sind die vorsichtigen Schritte, die Olaf anmahnt, für diejenigen, die sich schon länger damit beschäftigen, eine falsche Vorsicht.

Will man ein anderes Finanzierungssystem – nicht mehr die Pflichtversicherung, der ja ungefähr 90 % angehören, sondern auch die anderen 10 % in ein solidarisches System einbeziehen –, dann hat das folgende Konsequenzen: die Konkurrenz zwischen den Kassen, einschließlich der Privatversicherungen, konkurrieren bei gleichen Beiträgen um die Qualität der Leistungen. Und das wäre überhaupt erst der Einstieg in eine wirkliche Strukturreform der Krankenversicherung.

Im sogenannten „Lahnstein“-Kompromiss hat es 1993 mit der Deckelung der Ausgaben einen ähnlichen Versuch gegeben. Da ist gesagt worden: ihr könnt aus der Budgetierung nur dann ausbrechen, wenn bestimmte Standards erreicht werden. Diese Vereinbarung von Standards und der Wettbewerb darum könnte ein Feld von Korrekturen darstellen, das die Sozialdemokratie sich nun vornimmt.

Und dann kann man fragen welche Formen von Zuzahlungen sind unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten förderlich und welche sind kontraproduktiv. Reine Abzocke und gesundheitspolitisch blödsinnig ist die Einführung von Praxisgebühren.

Die Chancen alternativer Perspektiven nutzen

Wir hatten ja mal in spw die Diskussion über das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur als eine Orientierung, wie man Zukunftsperspektiven innovativ organisieren kann. Dabei ist spw auch anschließend nicht untätig gewesen in dem Versuch, thematische Schwerpunkte und neue Autorinnen und Autoren für spw zu gewinnen.

Ich will mal nennen, was wir in spw bei den Schwerpunktthemen in den letzten Jahren so bearbeitet haben: wir hatten elfmal das Thema Sozialstaatsentwicklung, darin beinhaltet auch arbeits- und sozialrechtliche Fragen bei neuen Beschäftigungsverhältnissen und –typen, wir haben siebenmal Nachhaltigkeitsthemen bearbeitet, Globalisierungsthemen viermal und Bildung und Ausbildung auch viermal.

Wir haben bei den Schwerpunktthemen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Wort haben kommen lassen. Es gibt einen ganzen Strauß von alternativen Perspektiven, in denen Fragen von Nachhaltigkeit, Innovation und Gerechtigkeit zusammengeführt werden. Aber es gibt die große Enttäuschung dass das, was politisch umgesetzt wird, immer als alternativlos dargestellt wird. Das ist, glaube ich, der Kern: man verschreckt damit diejenige, die produktiv an einem Zukunftsprojekt mitarbeiten wollen.

Das ist auch die große Herausforderung für die öffentliche Diskussion. Hält es die SPD mit Helmut Kohl „mögen die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter?“ Wie bekommt man wieder eine Vertrauensbasis, damit die in der Wählerschaft wahrgenommene

Konvergenz von SPD und CDU aufgebrochen wird? Wenn man sich die Umfragen ansieht, dann trauen die Wählerinnen und Wähler der SPD in Sachen sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu, aber der CDU auch nicht, dass sie es besser macht.

Hier möchte ich auf den Diskussionsprozess zum Berliner Grundsatzprogramm zu sprechen kommen. Wir hatten damals einen Vorsitzenden der Programmkommission und einen Vorsitzenden der Partei, die gegenüber den Mitdiskutierenden in der Gesellschaft keinen Tunnelblick hatten, sondern die bereit waren, mit ihnen zu diskutieren. Das ist auch heute notwendig und es gibt ja auch thematische Zuspitzungen, an denen sich solche Diskussionen für die SPD lohnen.

„Nachhaltigkeit“ und „Bildung“ sind Schlüsselthemen

Wir haben im letzten Jahr ein spw-Heft zum Schwerpunkt Nachhaltigkeit gemacht und die rot-grüne Politik der ersten vier Jahre einen Nachhaltigkeitstest unterzogen. Und das erstaunliche ist: hier schneidet die SPD auch besser als die Grünen ab. Warum versuchen wir nicht, das Bildungsthema zum Beispiel unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit diskutiert? Es geht hier auch um die Entwicklung der Potenziale für Arbeit und Eigenarbeit. Das wäre eine Diskussion über Bildungspolitik, die auch über die Diskussion um Gerechtigkeit hinaus geht.

Und wenn man die Diskussion um eine Bildungsreform ernsthaft führen will, muss man sie eigentlich mit der Diskussion um eine Reform des Föderalismus verknüpfen.

Wenn Gerechtigkeit ein Prinzip ist, dann kann man am Begriff der Gerechtigkeit wenig ändern. Das ist auch im Berliner Programm vom Godesberger Programm übernommen worden. Man muss seine Politik nach dem Prinzip so ausrichten, dass sie bei der Bevölkerung als gerecht ankommt.

spw 6 / 2003

Wir müssen Profil und Aufgabe der SPD klären

Statement von Susi Möbbeck

Die Behauptung dass es zur aktuellen Politik keine Alternative gäbe, wird ja nicht nur nach außen kommuniziert, sondern wirkt vor allem nach innen in die Partei. Parteimitglieder und Funktionsträger haben den Eindruck, dass ihnen nur noch Ergebnisse vorgestellt werden, sie aber selbst an der Diskussion nicht beteiligt sind. Und wenn diese Ergebnisse dann auch noch immer verschieden ausfallen, stehen sie ebenso hilflos da wie die Wählerinnen und Wähler. Da tauchen manche ab, die sich mit der Politik unserer Regierung nicht mehr im einzelnen auseinandersetzen wollen oder können. Ich glaube, dass die Parteimitglieder und die Funktionsträger ihre Multiplikatorenfunktion zum Teil gar nicht mehr wahrnehmen können, weil sie in die Politikentwicklung zu wenig einbezogen werden. Insofern muss Antwort auf die Frage gegeben werden, welche Aufgabe bei der gesellschaftlichen Willensbildung die Partei künftig haben soll. Zur Frage nach dem Profil gehört natürlich die Debatte, die Olaf Scholz angestoßen hat: Was versteht die SPD heute unter sozialer Gerechtigkeit. Problematisch war, dass es zu

Beginn der Debatte Unklarheit gab, ob zum Beispiel der Begriff des Demokratischen Sozialismus in Frage gestellt werden sollte. Aber letztendlich ist die Frage entscheidend, wie wir den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit definieren. Das ist und bleibt der zentrale Begriff, mit dem wir uns von den anderen Parteien unterscheiden und an dem wir unser Profil schärfen müssen. Das hat dann auch Konsequenzen sowohl für unsere Bündnisstrategie in der Gesellschaft als auch unsere organisationspolitische Strategie.

Glaubwürdigkeit ist die Voraussetzung für die Programmdebatte

Die Grundsatzprogrammdebatte ist deshalb so wichtig, weil der Verständigungsbedarf über die Identität der sozialdemokratischen Bewegung enorm ist. Ich glaube, dass wir dafür mehr Zeit benötigen, als zunächst angedacht ist. Mir ist ein länger angelegter Prozess, der damit auch ernsthafter ist, lieber, als jetzt schon auf einen Termin Ende 2004, Anfang 2005 fixiert zu sein.

Und ein solcher Prozess setzt auch voraus, dass in der Partei wieder der Eindruck ent-

steht, dass die Beteiligung der Mitglieder gewollt ist. Das ist ein Prozess der Vertrauensbildung, der noch organisiert werden muss. Insofern ist die Frage der Glaubwürdigkeit auch nach innen, in die Partei hinein, eine ganz wichtige Kategorie.

Viele können sicherlich inhaltlich dem zustimmen, was Olaf hier heute gesagt hat. Wenn wir das Thema Teilhabe an Arbeit und Bildung so in den Mittelpunkt des Gerechtigkeitsthemas rücken, wie Olaf das getan hat, dann muss das aber auch in der praktischen Politik der Bundesregierung sichtbar werden. Ich weiß nicht, ob wirklich jemand davon ausgeht, dass durch die aktuell beschlossenen Arbeitsmarktmaßnahmen ein so großer Anstieg der Beschäftigtenzahl erzielt wird. Wir werden aber an dieser Frage gemessen. Und bei dem Bildungsthema müssen unsere Prioritäten auch in der politischen Praxis erkennbar und für die Menschen fühlbar sein.

Unsere Programmdebatte wird nur erfolgreich sein können, wenn sie sich in der praktischen Politik der Bundesregierung widerspiegelt. Das bedeutet: Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern, aber auch gegenüber den eigenen Mitgliedern herzustellen, ist die erste Aufgabe, die angegangen werden muss.

spw 6 / 2003

Susi Möbbeck, leitende Landesgeschäftsführerin SPD Sachsen-Anhalt, spw-Mitherausgeberin, lebt in Walbeck (Ohrekreis).

Das richtige tun!

Statement von Andrea Nahles

Olaf Scholz beschreibt eine „Politik der Mitte“ der SPD, die ich in der Realpolitik der Partei im Moment nicht feststellen kann. Das, was von Olaf formuliert wurde, ist auf der einen Seite Inklusion und auf der anderen Seite das Upgrading im Bereich von Bildung und Qualifikation. Das entspricht dann auch dem Programm von „Innovation und Gerechtigkeit“.

Was ist die Basis der SPD?

Wir hatten unter dem Bundesgeschäftsführer Machnig eine interessante Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage beschäftigt hat, was ist eigentlich die Basis der SPD. Die setzt

sich zusammen aus drei Bereichen. Das sind diejenigen, die auf Transfer und Unterstützung angewiesen sind, das sind zum zweiten die traditionellen Arbeitermilieus und zum dritten die neuen Arbeitnehmermilieus. Die haben unterschiedliche Anforderung an Politik.

Die, die auf Inklusion angewiesen sind, das sind diejenigen, die Transferleistung und soziale Unterstützung erwarten. Die traditionellen Arbeitnehmer hingegen haben auf der einen Seite das Bedürfnis, dass ihr Lohn stimmt und zum anderen ihre bescheidenen Wohlstandsperspektiven gesichert werden. Die neuen Arbeitnehmer wiederum sehen

das anders, denn die verdienen oft gut, die erwarten vielmehr gute Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, und die wollen vor allem ihre neue Flexibilität, die ihnen in der Arbeitswelt abverlangt wird, die wollen sie in ihrem Privatleben verwirklichen, ohne dabei materielle Einbußen hinnehmen zu müssen.

Was ist das Politikangebot der SPD?

In der politischen Realität stößt die SPD im Moment all diese Gruppen vor den Kopf. Und das führt dazu, dass wir zur Zeit erheblich an Unterstützung verlieren. Da können wir uns fast noch am ehesten auf die Traditionsarbeiter stützen, weil die am treuesten ist.

Die neuen Arbeitnehmer sind verunsichert, die sind mit Optimismus in die New Economy reingegangen, was sie jetzt als

Andrea Nahles, Vorsitzende des Forum DL21 e. V., spw-Mitherausgeberin, lebt in Berlin und Weiler/Eifel

neue Unsicherheit zurück bekommt. Diese Unsicherheiten werden nun aber von der SPD nicht aufgegriffen, sondern wir sagen ihnen: wir brauchen jetzt noch mehr Flexibilität, wir können Euch auch für die Zukunft keine sozialen Garantien geben, keine Rente, weniger Krankenversicherung und so weiter. Ihr müsst mehr Eigenverantwortung übernehmen, mehr Zuzahlungen, mehr Unsicherheiten, obwohl sie gerade die Erfahrung machen, dass sie diese Eigenverantwortung strukturell überfordert. Die akzeptieren das zwar ideologisch, merken in ihrem Alltag aber, dass sie das nicht so hinbekommen, wie sie das vielleicht noch vor fünf Jahren gedacht haben. Darauf geben wir keine andere Antwort, als dass wir ihre Situation noch verschärfen.

Und wir sagen als Linke hier: es gibt bei diesen Leuten zwar nicht das Bedürfnis nach mehr Staat, aber den Wunsch nach sozialer Verfasstheit. Eigenverantwortung wird akzeptiert, aber in den Phasen von Lebensumbrüchen, wo es um Bildungs- und Ausbildungs- oder Familienphasen geht, da erwarten sie trotzdem ein Angebot von der Sozialdemokratie, die erwarten Sicherheiten. Da haben wir als Linke Angebote wie die Arbeitsversicherung erarbeitet, die

das System der Arbeitslosenversicherung weiterentwickelt. Dieser Vorschlag, den wir in die Diskussion der Partei eingebracht hat, wird aber vollständig ignoriert. Wir werden sogar beschimpft, wir hätten auf die gesellschaftlichen Umbrüche, auf flexibilisierte Arbeitsmärkte und so weiter keine Antwort.

Die SPD denunziert ihren sozialen Kern

Die andere Gruppe, die Traditionsarbeiter, die in der SPD immer so etwas wie den Anwalt der eigenen Interessen gesehen hat, die fühlen sich von der SPD nicht mehr vertreten, weil wir allein schon von den verwendeten Begriffen her gar keine Sprache mehr haben, und diejenigen, die dieses Prachgefühl noch haben, werden von der eigenen Parteiführung als Traditionalisten verunglimpft. Plötzlich wird Otmar Schreiner zum Helden der kleinen Leute, die Parteiführung macht ihn dazu, aber der will das eigentlich gar nicht. Denn er war doch nie ein Betonkopf. Was hat der sich in den 90er Jahren noch mit den damals angeblichen Traditionalisten über neue Arbeitsformen gestritten. Das Projekt „Zukunft der Arbeit“ hat der Otmar mit Regine Hilbernat zusammen geleitet. Es ist schon peinlich, wenn wir in der SPD den sozialen

Kern schlecht machen und uns dann wundern, wenn in Dortmund oder Gelsenkirchen keiner mehr versteht, wo denn das Soziale in der SPD ist und wir bei Umfragen zur Sozialen Gerechtigkeit bei nur noch 23 % Glaubwürdigkeitszuweisung sind. Da muss man sich doch fragen, ob das was mit der eigenen Politik zu tun hat.

Kommen wir zu denjenigen, die Inklusion brauchen. Die hatten wir faktisch an die PDS delegiert. Die „Fußlahmen und Kranken“, da haben wir uns nicht drum gekümmert. Wenn die das dann in den Ausschüssen getan haben, haben wir gegähnt und gesagt, gut dass sich da jemand drum kümmert. Aber die PDS ist ja nun dummerweise bei der letzten Wahl nicht mehr in den Bundestag reingekommen. Plötzlich hatte die SPD das Problem wieder und stellte fest, dass sie für diese Personen keine einzige Antwort hat. Nicht einmal in einer betulichen „Bestätigungsretorik“, die kritikwürdig sondern, sondern die SPD hatte bestenfalls ein „Fördern und Fordern“, wo nur noch das „Fordern“ übrig geblieben war.

Wenn man sich also ansieht, was man braucht, um mehrheitsfähig zu sein, machen wir im Moment alles falsch, auch wenn das alles richtig ist, was Olaf in seiner Rede ausgeführt hat.

spw 6 / 2003

Franz Nuscheler, Doyen der deutschen Entwicklungs- und Friedenspolitik, feiert in diesem Jahr seinen 65. Geburtstag. Mit der vorliegenden Festschrift wird er von Wegbegleitern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft mit persönlichen und wissenschaftlichen Beiträgen für sein Werk und sein Engagement geehrt.

Mit vielen kritischen Beiträgen zu den aktuellen weltpolitischen Entwicklungen und ihren Konsequenzen für die Realisierung von Global Governance, für nachhaltige Entwicklung, friedliche Konfliktlösungen und interkulturelle Dialoge.



Thomas Fues / Jochen Hippler (Hg.)

Globale Politik Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft

Festschrift für Franz Nuscheler

400 Seiten
geb. mit Schutzumschlag
Euro 19,80
ISBN 3-8012-0339-5

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de



Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn

www.dietz-verlag.de – e-mail: info@dietz-verlag.de – Tel. 0228/23 80 83 – Fax 0228/23 41 04

„Lula wird gegen die Vorgaben der USA kämpfen“

Interview mit Alvaro Comin

spw: Alvaro Comin, kann man nach 10 Monaten der Regierung Lula immer noch eine Euphorie in der Bevölkerung feststellen?

Comin: Ja. Ich glaube es gibt in der Mehrheit der Bevölkerung ein Verständnis dafür, dass Lula eine sehr schwierige Situation geerbt hat und das er sich in einer sehr korrekten, sehr verantwortungsvollen und intelligenten Weise verhalten hat. Ohne Zweifel, die Menschen sind sehr begierig nach Resultaten, allerdings sind sie sehr überzeugt davon, dass mit Lula eine neue Ordnung einziehen wird und verstehen, dass er zunächst die ganz dramatischen Notwendigkeiten angefasst hat um mit seiner Regierung zu beginnen. Ich weiß nicht, wie lange diese euphorische Hochzeitsreise dauern wird; sie hängt wesentlich von den politischen Ergebnissen ab.

spw: Hat sich denn die politische Situation bereits konsolidiert, hat sich die Regierung Lula mit den Kurs, politische Kompromisse nach mehreren Seiten zu machen, stabilisiert und kann einen klaren Linie fahren, oder reagiert sie nur auf den Druck der Umstände?

Comin: Das ist eine sehr gute Frage. Es ist als würdest du fragen, wie man Umzüge in einem politischen System machen kann, welches selbst nicht umgezogen ist, welches strukturell also unverändert geblieben ist. Effektiv macht Lula mit genau den Instrumenten seiner Vorgänger Politik. Das bedeutet im Kongress Allianzen mit Sektoren zu schmieden, die keineswegs links sind, manchmal nicht einmal aus der Mitte entstammen, also eher dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Und so gibt es also heute auch Konservative, die Lula unterstützen, die mit ihm Politik machen wollen. Es ist wichtig klarzustellen, dass

einige dieser Gruppen Lula unterstützen, weil sie nicht wüssten, wie sie fern der Macht leben sollten. Auch gibt es einen Zufluss von Unterstützung, der mit dem nationalistischen Charakter der eher traditionellen brasilianischen Rechten zu tun hat. Die Politik des Militärs war immer sehr nationalistisch auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Das Militär hat sich um Entwicklung gekümmert, hat Binnenmärkte gefördert, hat die staatliche Industrie abgesichert. Dieser Sektor hat neoliberale Politiken immer zutiefst abgelehnt, da über diese eigentlich alles angegriffen oder zerstört wurde, was sie aufgebaut haben. Die Idee des autoritären Staates implizierte auch immer eine starke Wirtschaft in staatlichen Händen. Es gibt also auch Teile des Militärs und der traditionellen Rechten, die Lulas Politik unterstützen, weil sie sich mit seinem nationalistischen Diskurs der Verteidigung der wirtschaftlichen Souveränität identifizieren. Die Situation ist also recht stabil und Lula kann handeln.

spw: Was stellt sich denn in diesem Sinne die soziale Situation dar, welche Hoffnungen der

unterschiedlichen Gesellschaftsschichten muss Lula zuerst beantworten?

Ich glaube Lula ist es gelungen, die moralische Frage nach den Gründen materieller Armut und den Kampf gegen sie in den unterschiedlichsten

Gesellschaftsschichten neu zu verankern. Die Gesellschaft macht sich zunehmend klar, dass wir nicht weiter mit einer solchen Armut weiterleben können und dass es nichts bringt, sie zu unterdrücken oder einfach den Blick abzuwenden. Es gibt eine Art moralischen Konsens, weniger eigentlich in erster Linie ein politischer Konsens, der besagt, dass es notwendig ist, Probleme wie extremen Armut heute anzugreifen. Darüber ist es zweitens gelun-

Die Politik des Militärs war immer sehr nationalistisch auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Dieser Sektor hat neoliberale Politiken immer zutiefst abgelehnt.



gen über ein neues Modell von ökonomischer und sozialer Entwicklung zu diskutieren. Große Teile des brasilianischen Bürgertums hat mit der Politik des Neoliberalismus sehr viel verloren. Brasilien hat eine Etappe sehr brutaler neoliberaler Politik hinter sich, in der dem nationalen Bürgertum und dem nationalen Kapital keine Zeit eingeräumt wurde, sich die Mittel zum Überleben anzueignen und konkurrenzfähig zu werden. So gibt es eine weithin geteilte Diagnose, dass für die Politik der Marktliberalisierung ein sehr hoher auch sozialer Preis gezahlt wurde. Wir haben zehn Jahre mit kaum Wirtschaftswachstum gesehen, mit sehr hohen Bankzinsen, mit irrsinnigen Entlassungs- und Arbeitslosenzahlen, so dass der Diskurs der Ablehnung des Neoliberalismus sehr breit und sehr positiv rezipiert wird.

spw: Wie sehen denn Arbeitslosen und Armutszahlen heute aus?

Comin: Die Arbeitslosenquote in den zentralen Metropolen und ihrem Umland liegt um zwanzig Prozent. Das ist eine recht glaubwürdige Ziffer, die eine Menge Menschen bedeutet. Wir müssen bedenken, dass es nicht annähernd eine Arbeitslosenunterstützung wie etwa in Europa gibt. Wir sprechen hier von einer sehr mageren Unterstützung, die eine dramatische soziale Situation für die Betroffenen bedeutet. Es gibt also eine klare Hoffnung, dass das Land ein Rezept entdeckt um zurück zu einer dynamischen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu gelangen, die wir vor gar nicht allzu langer Zeit gelebt haben.

spw: Ist denn, auch wenn das ökonomische Modell des Neoliberalismus gescheitert ist, etwas von der neoliberalen Kultur, von den sozialen Ideen neoliberaler Politik übrigge-

Das Interview führt für spw Lennart Laberenz in Mexiko Stadt

Alvaro Comin ist Professor für Soziologie an der Universität zu Sao Paulo und wissenschaftlicher Direktor des Centro Brasileiro de Análise e Planejamento (Cebrap), in dem viele progressive Wissenschaftler und Intellektuelle während der Militärdiktatur überlebten. Comin besuchte Ende Oktober México um an einem Seminar der Friedrich Ebert Stiftung teilzunehmen.

blieben? Muss Lula also ein Programm verwirklichen, dass vielleicht im Widerspruch gegen eine soziale Stimmung steht?

Tatsächlich, wir können mit dem wirtschaftlichen Neoliberalismus einen umfangreichen Solidaritätsverlust innerhalb einer sozialen Gemeinschaft feststellen. Aus dieser Sicht ist Lulas Programm ziemlich gegenläufig zu den Zeittendenzen. Es gibt einen Appell, der sich gegen das Modell neoliberaler Modernisierung richtet, dass da heißt, alles nach Marktfunktionen auszurichten. Es gibt einen Diskurs, der die Ungerechtigkeiten aufzeigt, die durch den brutalen Markt in einem dritte Welt-Land wie Brasilien provoziert werden. All dies gliedert sich langsam in den moralischen Konsens ein, von dem ich sprach.

spw: Aber gelingt es Lula, jenen neoliberalen Appellen der Marktöffnung und Privatisierung entgegenzutreten?

Comin: Zunächst handelt es sich hier um eine Position welche die PT (Arbeitspartei, der Lula vorsteht) von Beginn an sehr eindeutig behandelt hat. Die PT hat immer schon gegen die Politiken der neoliberalen Regierungen artikuliert. Dadurch ist ihr politischer Appell überzeugend und ist nicht etwa ein Diskurs, der sich nur aus Tagesaktualität ernährt, sondern ein Diskurs, der sich vielmehr durch die ganze Existenz der Partei zieht. Es ist also nicht überraschend, dass die PT solche neoliberale Politik ablehnt – und sie finden breite Zustimmung dafür. Nervös werden einige Gruppen weiter links, die weniger glücklich mit dem Wirken der PT sind und vielleicht auch verkennen, dass die PT auf regionaler und lokaler Ebene noch längst keine Macht ist. Auf der anderen Seite sind es nicht nur die neoliberalen Ideen, die den gegenwärtigen Stand der Dinge ausmachen. Vielmehr befinden wir uns in einer vorgegebenen wirtschaftlichen Situation – die politischen Strukturen der Wirtschaft erschöpfen sich keineswegs in den Ideen des Neoliberalismus. Die zentrale, staatliche Entwicklung in den Jahrzehnten zuvor war keineswegs eine politische Laune, sondern vielmehr eine Vielzahl an sozioökonomischen Umständen, die dem Staat erlaubten eine spezifische Rolle hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu spielen. Die großen staatlichen Wirtschaftskomplexe, die vor und während des Militärregimes verfestigt wurden, also alle Schlüsselindustrien wie etwa der Öl- und Energiesektor, Luftfahrt, Telekommunikation haben einen staatlich organisierten Kapitalismus in Brasilien wesentlich geprägt.

spw: Ein Kapitalismus, mit dem die Vorgaben von IMF und WTO brachen...

Comin: ...absolut! Die Privatisierungen kamen einer wirtschaftlichen Katastrophe gleich, aber auch einer Politik, die sich gegen traditionelle Überzeugungen und Vorbilder richtete. Das Militärregime hatten jene riesigen Industrien genutzt um das private Kapi-

tal in Brasilien zu strukturieren. Privates Kapital assoziierte sich mit staatlichen Industrien und internationalen Unternehmen. Dies war das Dreieck des brasilianischen Entwicklungsmodells: eine Mischung aus staatlichem, national-privatem und multinational-privatem Kapital. All die Stabilität und die Ordnungsmechanismen existieren nun nicht mehr, alles wurde zugunsten multinational-privatem Kapital umgeschichtet, einem Kapital, dem die soziale Entwicklung vor Ort gleichgültig war und ist.

spw: Und nun?

Comin: Müssen Entwicklungsmodelle neu und sehr anders durchdacht werden. Die Privatisierung brachten Wirtschaftswachstum, dass an die Flugkurve von Hühnern erinnert, kurze Höhenflüge mit rascher Landung und einer darauffolgenden Stagnation. Die Wachstumsvorgaben haben dem Land nichts gebracht, sondern höchstens dem multinationalen Kapital. In diesem Zusammenhang kann die Aufgabe der Regierung allerdings aber nicht sein, nur in die Vergangenheit zu blicken, sondern eine neue Vorstellung für die Zukunft zu entwickeln.

Welche Gefahren erwachsen denn für Lula aus genau diesen Umschichtungen, gibt es In-

teressen mächtiger Eliten, die einer Regierung Lula und einer Idee der Umverteilung von Reichtum entgegenstehen? Eliten, die ihre Macht durch Lula bedroht sehen?

Comin: In einem gewissen Sinn ist die ganze Rechte bedroht und plötzlich aus dem Kern der Macht ausgeschlossen. Der gesamte Block, der sich seit der Transition (die Entwicklung Brasiliens aus der Militärdiktatur nach 1984) eben dort aufgehalten hatte, ist nun komplett zurückgewiesen. Ein entscheidendes Moment, denn gleichzeitig sind die Instrumente ihrer Macht suspendiert, ihre traditionellen Waffen zur Reproduktion ihrer Vormachtstellung und so ihre politische Existenz sind wertlos geworden. Es gab viel Unsicherheit im System des Finanzkapitals, im Bankensektor, welcher teilweise staatlich, teilweise transnational ist, da hier die einzigen saßen, die, während alle wirtschaftlichen und sozialen Sektoren mit der Politik des Neoliberalismus verloren hatten, einen unerhörten Reibach machen konnten. Das gleiche trifft für die Großindustrie zu, sie kritisieren Lulas Politik vor dem Hintergrund, dass sie nun in ihrer Macht beschnitten wer-

den und in ihren Gewinnen Einbuße machen werden.

spw: Lula steht also einerseits für das Ende der Transition und andererseits als Produkt des wirtschaftlichen Kollaps eines neoliberalen Traums dar?

Comin: Ohne Zweifel. Ein Produkt des Kollaps und gleichzeitig eines Zusammenfalls der bürgerlichen Klassen. Die Vormachtstellung des Finanzkapitals hatte die Interessen der bürgerlichen Klassen beschädigt und unterdrückt. Tatsächlich finden sich diese Szenarien auch international, IMF und WTO zeigen sich sogar selbstkritisch, was genau solche Prozesse angehen: die Diagnose einer Schädigung grade der Interessen bürgerlicher Klassen zugunsten des Finanzkapitals und somit einer ideologischen Schwächung des neoliberalen Modells bei wichtigen sozialen Ansprechpartnern finden sich in ganz

Lateinamerika. Sogar alte Kader des IMF tragen diese Selbstkritik. Es ist also schwer gegenwärtig eine konservative oder neoliberale Kampagne gegen Lula zu fahren und es stellt sich gegenwärtig selbst international als schwierig dar, von dieser Seite gegen Lula zu opponieren.

spw: Wie sehen denn jene internationalen Perspektiven aus? Wie stellt sich die Position der Regierung Lula gegenüber dem ALCA dar? Wie stehen die Verhandlungen mit IMF und WTO?

Comin: Brasilien hat zum

Ende des vergangenen Jahres ein Notabkommen mit dem IMF abgeschlossen. Lula und seine Mannschaft haben – obwohl noch nicht im Amt – an diesem Abkommen mit der Regierung Cardoso mitgewirkt. Ein Abkommen über einen Kredit von ungefähr 30 Mrd. US\$, der als Reserve der Regierung zur Verfügung steht. Tatsächlich hat Lulas Politik die Wirtschaftskrise in den Griff bekommen, Brasilien hat nur etwas weniger als die Hälfte des Kredits in Anspruch nehmen müssen. Die Idee ist, die Verschuldung nicht weiter voranzutreiben und genau zu überlegen, wofür die Kredite eingesetzt werden sollen. Sollte es aber eine internationale Turbulenz geben, steht uns der Kreditrahmen zur Verfügung – eine sehr komfortable Situation.

spw: Tatsächlich ist es Lula auch gelungen eine erstaunlich Finanzpolitik einzuleiten, oder?

Comin: Sehr erstaunlich. Sowohl für die extreme Linke wie für die Konservativen, welche von einem Chaos durch die neue Regierung ausgingen. Lula hat die Zinsen angehoben, eher ein Zeichen keine Verrücktheiten einzugehen. Ein bisschen war das ein kon-

Brasilien hat fast alles, was es konsumiert, bis in die späten 1980er Jahre hinein selbst produziert. Wir sind in vielen Sektoren konkurrenzfähig und hängen nicht von staatlichen Subventionen ab, wie dies etwa die europäische oder amerikanische Agro-Industrie tut.

servativer Schock, ein Symbol. Aber es hat auch dazu beigetragen, Börsen und Finanzmärkte zu stabilisieren. Lulas Politik wurde dort begrüßt und siehe da, es gibt Kapitalzufluss und wir haben eine positive Außenhandelsbilanz. Die Inflationsrate, die auf 15% prognostiziert worden war, liegt bei stabilen 8%. Die internationalen Direktinvestitionen steigen auf ein signifikantes Niveau.

spw: Ist Lula ein rein von den Umständen getriebener, oder treibt er vielmehr die Umstände voran?

Comin: Ohne Zweifel unterliegt seine Politik einem gerüttelt Maß an Ausgangssituationen. Aber die wirtschaftliche Situation gewährt ihm Spielraum und Stabilität für strategische Optionen. Wer ein Land für vier, vielleicht für acht Jahre regieren will, muss zeigen, dass er keine Abenteuer vorhat. Lula muss Schritt für Schritt vorgehen und nichts überhasten.

spw: Eine andere Entscheidung, die in Kürze ansteht, sind die Verhandlungen über den ALCA. Wie steht Lula dazu?

Die Regierung hat bereits sehr klare Zeichen dafür gegeben, dass sie gegen die Vorgaben der USA ankämpfen wird. Es steht bereits fest, dass der Zeitplan für die neue Freihandelszone nicht eingehalten werden kann.

Die USA müssen mit allen Ländern an den Tisch, wobei die Verhandlungen im Sinne eines *fast track* zur Integration abgelehnt werden. Der *fast track* bedeutete, ein generelles Abkommen zu schließen und den Rest nachher zu organisieren. Eine Strategie innerhalb derer Mexiko eine unrühm-

liche Rolle gespielt hat, denn nachdem die Protokolle einmal unterschrieben sind, gibt es nichts mehr zu verhandeln. Das wird Brasilien nicht machen. Der Kalender des Alca sollte effektiv 2005 beginnen, dies wird nicht geschehen und daran glauben auch selbst die USA nicht mehr.

spw: Also eine Verzögerungsstrategie, indem der Nahkampf aufgenommen wird?

Comin: Ich glaube die brasilianische Strategie wird die Verhandlungen nicht blockieren, sondern sie verzögern. Jeder einzelne Punkt wird bis zur Erschöpfung verhandelt werden. Eine Strategie, die jeden einzelnen Punkt diskutiert und somit viel Zeit in Anspruch nehmen wird, keine allgemeinen Abkommen akzeptiert und zu den USA einen Gegenpol aufzubauen versucht. Es muss definierte Grenzen geben und bestimmte Optionen müssen konserviert werden, allerdings: um etwas zu gewinnen, muss etwas verloren werden, auf allen Seiten. Die Frage wird also sein, was sind wir gewillt zu verlieren? Industriezweige werden auf ihre strategische

Wichtigkeit für die nationale Ökonomie untersucht, wir werden dafür kämpfen die wichtigen zu bewahren. Einige Sektoren werden sicherlich auch geopfert werden müssen, dass muss man auch sagen. Eine solche Auswahl unter den Überlebenden des Schiffbruchs zu machen, ist nicht einfach. Es ist aber kein technischer Vorgang, sondern ein politischer Vorgang, der Verhandlungen mit den Unternehmern und Geschäften bedeutet. Dafür muss klargestellt werden, welche Industriezweige in Brasilien ausgebaut werden können, welche wohlmöglich aber auch nicht. Natürlich, diejenigen auf hohem technischen Niveau, die qualifizierte Arbeitsplätze bedeuten. Hier muss der Staat für Infrastruktur im Sinne etwa von Bildung sorgen. Wir haben keine Monostruktur, sondern eine sehr differenzierte Ökonomie. Brasilien hat fast alles, was es konsumiert, bis in die späten 1980er Jahre hinein selbst produziert. Die Entscheidung sich zu reduzieren wird nicht leicht sein. Wir sind in vielen Sektoren konkurrenzfähig und hängen nicht von staatlichen Subventionen ab, wie dies etwa die europäische oder us-amerikanische Agro-Industrie tut.

spw: Vor kurzem besuchte Lula sowohl Kuba als auch Argentinien und schien sowohl mit

Kirchner also auch mit Fidel bestens auszukommen. Wie stellt sich die brasilianische Situation in Lateinamerika dar, was ist die brasilianische Rolle?

Comin: Lula hat seit dem ersten Regierungstag einen klaren Führungsanspruch, nicht nur ökonomisch, sondern auch poli-

tisch in Lateinamerika klargemacht. Er hat dies mit einer großen Kompetenz gemacht – schließlich hat er beinahe jedes lateinamerikanische Land bereits besucht. Und er hat eine Kommunikationsebene mit allen Regierungen, von den konservativsten bis zu den progressivsten entwickeln können. Kirchner ist ein kurioser Fall, eigentlich das Gegenteil von Lula: Lula ist eigentlich ein Linker, der in die Mitte gedrückt wird, Kirchner kommt aus der Mitte und wird nach links gedrückt. Links in Führungszeichen im übrigen. Seine Weigerung die Auslandsschulden zu zahlen war kein politisches Projekt sondern Argentinien steht schlicht mit dem Rücken zur Wand und kann nicht anders. Den Argentinern ist darüber klar geworden, dass sie sich als Annex der USA hergeben sollten, sondern vielmehr sehen sich gezwungen sich etwa Richtung Brasilien zu orientieren. Ob Kirchner nun will oder nicht, er hat kaum eine andere Wahl, eine solche Zusammenarbeit ist längst zur politischen Überlebensfrage vor allem vor der öffentlichen Meinung in

Argentinien geworden. Nach dem wirtschaftlichen Kollaps, der ja wesentlich durch die Politiken des IMF herbeigeführt wurden, erscheint Lula als einzig gangbare Alternative.

spw: Es gibt eine enge Wirtschaftsverknüpfung?

Comin: Ja, neben Fußball teilen wir einiges. Allerdings ist die argentinische Wirtschaft erheblich stärker von der brasilianischen abhängig als umgekehrt.

spw: Wird denn Lulas Führungsanspruch in Lateinamerika akzeptiert?

Comin: Ja und nein. Politisch sind sich die Mehrheit der Länder im klaren, dass wenn irgendeine Regierung den USA entgegen treten können, es eben Brasilien als größtes Land sein muss. Aber diese Rolle wird mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachtet. Gleichzeitig werden sich eben viele Länder auch ihrer eigenen Schwäche bewusst. Politisch und symbolisch sind diese Länder viel eher auf der Seite Brasiliens, dennoch sollten wir nicht die us-amerikanische Wirtschaftsmacht vergessen: verschiedenen Länder haben längst den in Cancún zusammengerauften Block der G22 verlassen und verhandeln nun direkt mit den USA. Sie wollen sich so vielleicht Vorteile gegenüber den Nachbarn verschaffen und die Gegenmachtstrategie Brasiliens ist da eher ein Problem. Auch deshalb hat Lula schnell verstanden, dass er sich nicht nur auf den lateinamerikanischen Raum beschränken kann. Deshalb hat er sich auch direkt in die Verhandlungen mit China, mit Indien und Südafrika begeben. Lula ist in ganz Afrika unterwegs, ebenso ihm nahen Osten. Die Strategie besteht darin Allianzen über den lateinamerikanischen Raum hinaus zusammenzustellen. Das haben wir bereits in Cancún gesehen. Dort hat Brasilien nicht die zentrale Rolle gespielt, die Chinesen waren wichtig, die Positionen der Inder und Südafrikaner waren entscheidend. Tatsächlich sind ja auch die Volkswirtschaften wie China und Indien wesentlich weniger verletzlich, als die der Länder im lateinamerikanischen Kontext, oder als die kleinen zentralamerikanischen Staaten. Für die Vereinigten Staaten bedeutet El Salvador gar nichts und so behandeln sie El Salvador auch. Mit China können sie das nicht machen, sie wollen schließlich an die chinesischen Märkte.

spw: Teilst du die Meinung, dass mit dem Scheitern der Verhandlungen von Cancún eigentlich die USA politischen Möglichkeiten gewonnen haben, da sie jetzt erheblich stärker auf bilateraler Ebene verhandeln können?

Comin: Tatsächlich ist es vielleicht sogar ein Rückschritt für die USA. Sie wollten ein Abkommen en bloque erreichen und müssen nun mit jedem einzelnen Land des ganzen Kontinents verhandeln. Mit

Wir müssen intern die Konkurrenzfähigkeit stärken. Das ist eine Seite der Strategie. Eine zweite besteht in der unbedingten Stärkung der privaten Nachfrage.

Ländern, die sie nicht wirklich interessieren, wie Guatemala, Panama, Ecuador. Die USA sind an den Märkten von Brasilien und zu einem gewissen Grad an Argentinien interessiert, Mexiko und Chile haben sie längst. Es ist also kein guter Gipfel für die USA gewesen. Schlechter geht es allerdings noch den Europäern. Die verhalten sich genauso wie die USA, können aber nicht mit deren Mittel und Verhandlungsstrategien agieren. Die Länder der EU stehen zwischen der radikalen Vertretung ihrer Interessen und so etwas wie einem sozialdemokratischen Gewissen, dass einer bestimmten öffentlichen Meinung Tribut zollen muss und nicht so offensichtlich agieren kann. Cancún bedeutet im Endeffekt also längst noch nicht eine offene Auseinandersetzung zwischen reichen und armen Ländern, allerdings ist es ein Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann, eine fragile Ebene der Zusammenarbeit eben der armen und ärmsten Länder gegen die Versuche der absoluten US-Hegemonie.

spw: Zuletzt, wie sähe denn ein Entwicklungsmodell für Brasilien in den nächsten vier bis acht Jahren aus? Wie sähen die wesentlichen Momente der Regierungspolitik aus?

Comin: Nun, hätte ich die vollständige Antwort, wäre ich vielleicht der Präsidentschaftskandidat. Ich glaube es gibt einige zentrale Momente. Eine schlichtes Zurückdrehen der Privatisierungen und Marktliberalisierung wird nicht funktionieren.

Zunächst muss die äußere Verwundbarkeit der Wirtschaft, die Abhängigkeit von Krediten und Marktschwankungen bekämpft werden. Es kann nicht sein, dass Wachstumsmechanismen beschädigt werden, wenn an die türkische Böse einbricht. Eine solche Instabilität muss abgestellt werden. Und dazu müssen wir internationale Wirtschaftsabkommen schließen selbst Vereinbarungen mit dem IMF. So können wir die Zinsen senken, die Inflation in den Griff bekommen. Tatsächlich kann die brasilianische Wirtschaft beinahe unabhängig von Importen arbeiten und produziert schon heute hochwertige Produkte für den Export. Wir brauchen öffentliche Investitionen um eine Politik der Importsubstitution entwickeln zu können. Wir müssen gewichtige Wirtschaftszweige modernisieren und sogar versuchen Investitionen aus dem Ausland anzuziehen. Wir müssen intern die Konkurrenzfähigkeit stärken – ein Protektionismus wird kaum möglich sein. Das ist eine Seite der Strategie. Eine zweite besteht in der unbedingten Stärkung der Binnenmärkte, eine Stärkung der privaten Nachfrage. Da gibt es viel Raum Alternativen zum herrschenden Kapitalismus zu entwickeln. Gleichzeitig müssen wir aber auch Arbeit in weniger hochwertigen Produktionsfeldern entwickeln. Wir müssen Wachstum in der verarbeitenden Industrie, im Textilsektor oder im Bereich der öffentlichen Aufträge stimulieren. Sektoren, die keine hochwertige Technologie benötigen, sondern niedrig-

qualifizierte Arbeitskraft – die wir im Übermaß haben. Wir müssen eine zugängliche Kreditpolitik fahren, Kleinstkredite ermöglichen, kleine Unternehmen und Wirtschaftskreisläufe unterstützen, vor allem also Nachfragepolitik für Konsumgüter betreiben.

spw: Politik nach Keynes?

Comin: Absolut. Das ist in Lateinamerika völlig unterentwickelt. Brasilien hat, wie viele andere Länder Reallohnverluste, riesige Inflationsraten und eine extrem ungerechte Einkommensverteilung. Strukturelle Umverteilung von oben nach unten ist eine unabdingbare Notwendigkeit. Tatsächlich gibt es nun bereits ein Programm für Kleinstkredite mit abgesichert niedrigen Zinsen. Gleichzeitig aber brauchen wir massive öffentliche Investitionen in Bildung und Ausbildung. Unser Bildungssystem ist eine Schande...

spw: ...kann Lula all das schultern?

Comin: Ich glaube schon. Auch wenn wir sehr konjunkturabhängig sind und uns alles zusammenbrechen kann: wenn wir eine makroökonomische Stabilisierung hinbekommen und darauf aufbauend Direktinvestitionen anziehen können, gibt es durchaus die Möglichkeit für eine beschriebene Entwicklung. Dies sagen selbst Ökonomen, die nicht der PT angehören oder der Regierung nahe stehen. Der Willen in der Regierung scheint da und ebenso das öffentliche Verständnis, dass es auf den bislang beschrittenen Wegen nicht weitergeht.

spw 6 / 2003



Bestellungen:

Ost-West-Gegeninformationen, c/o Abt. für Südosteuropäische Geschichte, Mozartgasse 3, A-8010 Graz, Österreich, **Fax:** 0043/316/3809735, **E-Mail:** ostwest@gewi.kfunigraz.ac.at

Preis: 5 Euro (inkl. Porto/Heft),

Umfang: 52 - 60 Seiten.

www-gewi.kfunigraz.ac.at/csbsc

Nr. 1/2003 **SERBIEN-MONTENEGRO: WOHIN JETZT?**

Nr. 2/2003 **EU – USA – „NEUES EUROPA“**

Nr. 3/2003 **RUSSLAND-SCHWERPUNKT**

Nr. 4/2003 **RELIGIONEN IM OSTEN**

Vietnam – Marktwirtschaft mit sozialistischer Prägung?

Von Kai Burmeister

Der Kampf Ho Chi Minhs für Unabhängigkeit und der Angriff der amerikanischen Armee auf Vietnam waren für weite Teile der 68er-Generation weltweit prägende Erfahrungen und entscheidende Ereignisse in der eigenen politischen Sozialisation. Hieraus erwächst bis heute für Vietnam zweierlei. Zum einen erfährt das Land immer noch eine große Sympathiewelle von vielen westlichen Beobachtern, zum anderen ist dieser Blick häufig sehr romantisch verklärt. Dieser Beitrag soll einige wichtige ökonomische und politische Ereignisse des sich rasch wandelnden südostasiatischen Landes darstellen.

Trotz des Niedergangs der Mehrheit der kommunistischen Staaten 1989/1990 versteht sich Vietnam weiterhin als kommunistisches Land. Vietnam kann insgesamt als politisch stabil gelten. Der Staat wird weitestgehend unangefochten von der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) geführt. Vor zwei Jahren wurde ein umfassender Wechsel der politischen Verantwortung an eine jüngere Generation in der Partei- und Staatsführung eingeleitet. Der Staatspräsident Tran Duc Luong gilt dabei noch als relativ profillos, hingegen konnte sich der Premierminister Phan Van Khai in seiner Rolle konsolidieren, obwohl er ursprünglich eher als ein Übergangskandidat gegolten hat. Der ebenfalls auch neu gewählte Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams Nong Duc Manh sowie der Parlamentspräsident Nguyen Van An sind in ihren Ämtern ebenfalls unumstritten. Eine politische Opposition ist in Vietnam nicht zu erkennen und auch die in den USA beheimateten Dissidentengruppen müssen als unbedeutend betrachtet werden. Vom dem in der Region Südostasien vorherrschenden islamischen Extremismus oder gar Terrorismus bleibt Vietnam völlig verschont.

Ein innenpolitischer Konfliktpunkt liegt aber in der Behandlung der ethnischen Minoritäten in den Bergregionen. Hierbei geht es vor allem um Landkonflikte und um eine Integration dieser Bevölkerungsgruppe.

Das Hauptaugenmerk der Staats- und Parteiführung liegt aktuell neben der Systemstabilisierung vor allem in einer stärkeren wirtschaftlichen Integration in den Weltmarkt sowie in einem Umbau der Wirtschaft.

Doi Moi Phase

Bereits 1986 begann, nach den Beschlüssen des wichtigen 6. Parteitagess der KPV, eine Reformphase von der zentral gelenkten Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft und einer Diversifizierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Diese auch als Doi Moi (Erneuerung) bekannte Phase kann seit den 1990er Jahren Erfolge erzielen. Beim Wirtschaftswachstum ist es Vietnam gelungen, von einem niedrigen Ausgangslage heraus stetig hohe Zuwachsraten zwischen knapp 7 % und 9,5 % zu erreichen. Dieser Zuwachs wird vor allem über überproportionale Wachstumsraten der Exportwirtschaft erreicht. Trotz dieses Erfolges gehört Vietnam mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 410 \$ weiterhin zu einem der ärmsten Länder der Erde.

Prägend für Vietnam ist die besondere Bedeutung der Landwirtschaft. Knapp 80 % der Bevölkerung leben auf dem Land und die überwiegende Mehrheit der hier Erwerbstätigen ist entweder selbständig oder in Genossenschaften landwirtschaftlich aktiv. Der Grad der Selbständigkeit wird dadurch deutlich, dass das BIP zu ca. einem Drittel durch die privaten Haushalte erbracht wurde. Privatwirtschaftliche Unternehmen im engeren Sinne haben mit Anteilen von knapp 5 % ebenso wie die durch Direktinvestitionen finanzierten Unternehmen mit Anteilen von ca. 10 % bisher nur eine begrenzte, aber stetig wachsende Bedeutung. Der Anteil des Staates am BIP liegt bei ca. 40 %.

Exportorientierung

Das Wirtschaftswachstum wird vor allem exportorientiert realisiert. Im Mittelpunkt stehen dabei arbeitsintensive Erzeugnisse wie Textilien und Schuhe sowie landwirtschaftliche Produkte wie Reis und Kaffee, Fisch und Krabben, die für Märkte in der Region sowie für die USA und die EU produziert werden. Trotz des beachtlichen Erfolges der gewaltigen Steigerung der Produktionsmenge muss beachtet werden, dass viele Vorprodukte etwa der Textil- und Schuhindustrie importiert werden müssen und diese in Vietnam nur von billigen Arbeitskräften zusammengenäht werden. Der Erfolg des Landes beim Export baut demnach also neben klimatischen Einflüssen in der Landwirtschaft vor allem auf den niedrigen Lohnniveau auf.

Vietnam verfügt zudem über große Erdölvorkommen, gleichwohl ist Vietnam jedoch nicht in der Lage dieses Öl auch zu raffinieren. Das Rohöl wird daher im großen Stil exportiert, der gesamte Kraftstoffbedarf im Gegenzug aber wieder komplett durch Importe gedeckt. Hieran zeigt sich, dass Vietnam die Handelsstruktur eines klassischen Entwicklungslandes aufweist: Höherwertige Waren werden ebenso wie Vorprodukte der Exportindustrie importiert, arbeitsintensive Produkte und landwirtschaftliche Erzeugnisse werden exportiert.

Um den Export zu fördern, ist Vietnam u.a. Mitglied der APEC geworden und mit den USA wurde erst kürzlich ein bilaterales Handelsabkommen (BTA) abgeschlossen. Die Normalisierungen der Handelsbeziehungen mit den USA sind deswegen bemerkenswert, weil bis Anfang der 1990er ein Handelsboykott die Beziehungen beider Länder geprägt hat. Doch auch heute ist das Verhältnis beider Staaten nicht konfliktfrei. Vor allem Cat-Fisch und Textilien werden aus Vietnam in die USA geliefert. Hier entstand die Problematik, dass innerhalb kürzester Zeit Vietnam einen Marktanteil von 20 % am amerikanischen Cat-Fischhandel erreichen konnte. Dies rief die Fischfarmer aus dem Mississippi-Delta auf den Plan, die sich gegen steigende Marktanteile zu Wehr setzten und eine Zollerhöhung durchsetzen konnten. Das Handelsabkommen begrenzt zudem den Import vietnamesischer Textilien auf 1,7 Mrd. \$ pro Jahr, so dass in wenigen Jahren dieses Kontingent erreicht sein dürfte und dem Branchenwachstum der Textilindustrie somit Grenzen gesetzt sind.

Seit 1995 bemüht sich Vietnam (zudem) um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). Aktuell befindet sich Vietnam in der Phase der bi- und multilateralen Verhandlungen über den Marktzugang. Es kann festgestellt werden, dass Vietnam ein Verhandlungsergebnis auf dem Fundament der ASEAN-Verpflichtungen und des BTA erreichen möchte. Außerdem sollen Vergünstigungen und Implementierungsfristen nach dem Vorbild anderer Entwicklungsländer erreicht werden. Als besonders sensible Bereiche der Marktöffnung gelten Finanzdienstleistungen, Banken, Versicherungen und Telekommunikation. Viele WTO-Mitgliedsländer in der Arbeitsgruppe zum Beitritt kritisierten Vietnam wegen unzureichender Angebote zur Marktöffnung sowie einer unzureichenden Informationspolitik. Hierbei zeigt sich der Mangel des Landes an einer qualifizierten Verhandlungsdelegation auf politischer und technischer Ebene. Als problematisch erweisen sich in diesem Zusammenhang zwei weitere Aspekte. Zum einen wird die spätere Einhaltung der Beitrittsverpflichtungen, insbesondere in den Bereichen Urheberrechte und Landwirtschaft, von Vietnam als problematisch angesehen. Zweitens werden viele Staatsunternehmen massiv restrukturiert, manche auch gänzlich geschlossen. Ob Vietnam bis zum Ende der Welthandelsrunde im Jahr 2005 den Beitritt erreichen kann, ist zur Zeit noch ungewiss.

Marktwirtschaft sozialistischer Prägung – worum es jetzt geht?

Vietnams politischer Weg kann nicht mit dem Kommunismus der Sowjetunion verglichen werden. Vietnam ist bis heute wenig industrialisiert, die Familie und die Dorfgemeinschaften sind die wichtigsten Institutionen sozialer Sicherung und des gesellschaftlichen Lebens, darüber hinaus bestimmt die konfuzianischen Ethik weite Bereiche des vietnamesischen Denkens und Handelns. Das stark ausgeprägte Selbstbewusstsein der Bevölkerung erwächst zudem aus der langen Kolonialgeschichte, der Bezwingung des amerikanischen Aggressors sowie aus einer tief verwurzelten Verehrung des Staatsgründers Ho Chi Minh.

Das anhaltend hohe Wirtschaftswachstum, die Fokussierung auf die Außenwirtschaftsbeziehungen und der sich rasch vollziehende Wandel vor allen in den Metropolregionen Ho Chi Minh City und in Hanoi stellt Vietnam vor Herausforderungen. Angesichts der vorgenommenen Weichenstellung erscheinen folgende Aufgaben als dringlich.

Wirtschaftspolitische Strategie erweitern

Der WTO-Beitritt hat für Vietnam höchste Priorität. Die Herausforderung liegt neben dem Beitritt selbst auch in der Reform von Verwaltung und Staatsunternehmen, der Stärkung der Privatwirtschaft sowie in dem Aufbau eines verbindlichen Rechtsrahmens. Das hierzu notwendige Wirtschaftswachstum soll vor allem über eine Stärkung der Exportfähigkeit erreicht (werden) und der komparative Vorteil billiger Arbeitskosten (soll) entsprechend ausgespielt werden.

Die stärkere wirtschaftliche Integration ist angesichts der weltweiten Arbeitsteilung für Vietnam alternativlos und die hohen Wachstumsraten verweisen auf tatsächlich errungene Erfolge. Doch zeigen die Beispiele vieler südamerikanischer Länder, dass es keine allgemeingültige Formel „mehr Weltmarktorientierung gleich mehr Wohlstand“ gibt. Neben dem WTO-Beitritt muss in Vietnam geklärt werden, welche koordinierende Rolle Staatlichkeit künftig wahrnehmen soll. Beispielsweise ha-

ben viele Unternehmen der Exportbranchen ihren Output oft sehr schnell erhöht und haben sich allzu häufig in eine „Race to the bottom Situation“ gebracht, in der Preise gegenseitig unterboten wurden.

Die starke Betonung von Handel und Exporten vermittelt insgesamt den Eindruck, dass in der wirtschaftspolitischen Strategie die Produktionsseite (Stichwort mangelnde Kapitalausstattung) sowie dem Binnenmarkt zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Ein entscheidender Schlüssel für die Gestaltung der Wirtschaftsstruktur kann eine aktive Bodenpolitik sein, bei der der Staat insgesamt Eigentümer von Grund und Boden bleibt und Unternehmern nur ein Nutzungsrecht eingeräumt wird.

Soziale Spaltung verhindern und Gewerkschaften befähigen

Der wirtschaftliche Erfolg geht augenblicklich mit einer zunehmenden sozialen Polarisierung einher. Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme, die der deutschen Sozialversicherung ähnlich sind, umfassen nur wenige Bevölkerungsgruppen wie Staatsbedienstete und Kriegsinvaliden. Insofern sollte es darum gehen, den Deckungsgrad der Sozialsysteme auszuweiten. Besonders hinsichtlich der angestrebten großflächigen Liquidierung von Staatsunternehmen kommt zudem einer aktiven Arbeitsmarktpolitik entscheidende Bedeutung zu.

Die zunehmende Produktion unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in privaten und FDI-finanzierten Unternehmen wird zu einer Zunahme von Arbeitskonflikten führen und die Gewerkschaften vor neue Aufgaben stellen. Bis jetzt arbeiten über 400.000 Men-



schen in FDI-finanzierten Unternehmen und gerade hier treten verstärkt Konflikte um Arbeitsbedingungen und Mehrarbeit auf, die von den Beschäftigten immer öfter mit streikähnlichen Arbeitsniederlegungen beantwortet werden. Die Gewerkschaften müssen hier ihre Rolle finden und anstelle verlängerter Arm des Staates zu sein, für die Beschäftigten Partei ergreifen.

Der eingeschlagene Weg geht eindeutig in Richtung Marktwirtschaft, die ausgegebene Parole der sozialistischen Orientierung scheint allerdings kaum mehr als Folklore zu sein, eine ausgefeilte programmatische Unterfütterung scheint jedenfalls nicht vorhanden. Von daher geht es in Vietnam heute eher um eine wirtschafts- und sozialpolitische Abfederung des Reformprozesses als um die Verteidigung des Kommunismus. Das Staatsmotto „Doc Lap – Tu Do – Hanh Phuc“, dass für Unabhängigkeit, Freiheit, Glück steht, kann dabei eine Richtschnur für den eingeschlagenen Weg sein. spw 6 / 2003

Literaturliste:

- Friedrich-Ebert-Stiftung/Central Institute for Economic Management: Soziale Auswirkungen des WTO-Beitritts – Konferenz 12-13. Mai 2003, Konferenzreader, Hanoi, 2003.
 Statistical Yearbook 2002, Hanoi, 2003.
 Nguyen Thi Thom: Enhancing the Efficiency of Human Resources in Vietnam, In: Vietnam Economic Review (August 2003), Seite 15-19.
 Vietnam Economic Times, Material issue, Supplement Issue 114, Seite 24-25

Kuba mit neoliberaler Brille: Schuld ist immer das Opfer

Von Edgar Göll

Das Thema Kuba polarisiert und bei Manchen scheinen dann historisches Bewusstsein und politisches Analysevermögen zu versagen. In den vergangenen Monaten

lieferten fast alle Medien verzerrende Beiträge über Kuba. Aufschlussreicher als das Dargestellte war meist das Verschwiegene, kenntlich gemacht wurden weniger Fakten

über Kuba als vielmehr die persönlichen Vorlieben der jeweiligen AutorInnen.

Fokus vieler Beiträge war das Thema „Menschenrechte“. Doch wurde nicht Bezug genommen auf verlässliche Quellen wie z.B. Amnesty International. In deren Jahresbericht – Berichtszeitraum bis Ende 2002 – heißt es über Kuba: „Mehrere offiziell nicht

zugelassene Organisationen setzten sich für mehr Offenheit und den Schutz der Menschenrechte in Kuba ein. Die Behörden ließen sie weitgehend gewähren, wenngleich gelegentlich von Repressalien gegen Aktivisten berichtet wurde.“ (S.343) „Der seit einer Reihe von Jahren festzustellende Rückgang der Zahl gewaltloser politischer Gefangener wurde (...) von einigen Beobachtern als Anzeichen dafür gewertet, dass die Unterdrückung von Dissidenten an Härte verloren hat.“ (S.345f.)

Doch im März 2003 verhängten kubanische Gerichte hohe Haftstrafen gegen 75 Bürger und gegen drei gewalttätige Schiffsentführer die Todesstrafe. Im konservativen Wall Street Journal erschien umgehend eine Serie von Artikeln und die US-dominierten Nachrichtenagenturen verbreiteten das Klischee, der ergraute Castro habe als kommunistischer Diktator im Schatten des Irakkriegs die Opposition eingesperrt. Auch im deutschsprachigen Raum wurde diese Auffassung durch dpa (Klaus Blume, Mexiko) verbreitet und in fast allen Blättern unhinterfragt reproduziert. Wie fehlerhaft und tendenziös viele „Meldungen“ waren, mag ein Beispiel beweisen: genüsslich wurde berichtet, der portugiesische Literaturnobelpreisträger und Kubafreund Samarago habe wg. der Verhaftungen mit Kuba gebrochen. Kürzlich hat er dem deutlich widersprochen – was allerdings nicht verbreitet wurde.

Es fällt schwer, bei Kenntnis all der Verbalattacken nicht die Orchestrirung einer antikubanischen Kampagne zu vermuten. Nicht nur Exilkubaner und Konservative in den USA, auch im antikommunistischen Kampf erfahrene „Kalte Krieger“ wie z.B. die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ verbreiteten ihre höchst einseitige, teilweise hetzerische Meinung. Die *Reporter ohne Grenzen* (Paris) starteten eine Kampagne gegen die Haftstrafen gegen sog. „Journalisten“ und verteilte tausende von Postern und Postkarten an Kubareisende: „Willkommen in Cuba, dem größten Gefängnis der Welt für Journalisten“. Nun wurde bekannt, dass der RSF-Chef Robert Menard ein Kumpel von Führern der reaktionären Exilkubaner in Miami ist!

Hintergründe

Gerade wenn einige Kritikpunkte am Vorgehen der kubanischen Behörden nicht leichtfertig abgetan werden dürfen (schnelle Gerichtsverfahren, hohe Strafen, umgehende Vollstreckung der drei Todesurteile), müssen die konkreten Umstände und Hintergründe berücksichtigt und dürfen nicht weiter verschwiegen werden. Hier sollen ausgewählte „Geheimnisse“ gelüftet werden.

Auffallend ist, dass in Bezug auf Menschenrechte nur ein Teil thematisiert wird wie Meinungsfreiheit. Alle anderen wesentlichen Menschenrechte, wie in UN-Dokumenten manifestiert (soziale und kollektive Men-

schenrechte etc.) werden ignoriert – denn die sind in Kuba vorbildlich, was die Weltbank kürzlich betonte und in UN-Berichten zum Ausdruck kommt.

Auffallend ist, dass die Vorwürfe – selbst wenn sie zutreffen sollten, im Vergleich zu allen anderen Staaten der Region und zu Freunden der EU (Türkei, China, Iran usw.) minimal anmuten, was Zahl und Art der Verstöße anlangt. Aber tatsächlich werden auf Kuba Menschenrechte verletzt: die US-Regierung hält in Guantanamo seit fast 2 Jahren etwa 660 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen fest.

Auffallend ist, dass bei uns die Beweise und Urteilsbegründungen der Gerichte nicht zitiert werden, d.h. unklar bleibt, was den Verurteilten nachgewiesen wurde. Sie haben mit dem erklärten Feind Kubas kollaboriert, waren bezahlte Spione und betrieben nachweislich Subversion. Dies wurde bislang nicht widerlegt, was äußerst bedenklich ist, weil auf dem Konstrukt „Menschenrechtsverletzungen“ die Verschärfung der EU-Politik gegen Kuba basiert.

Auffallend ist schließlich, dass die Hauptfaktoren für die Verhaftungswelle vom März verschwiegen werden. Das ist angesichts der sich jährnden US-Interventionen in Chile (11.9.1973) und Grenada (21.10.1983) eine enorme Verdrängungsleistung. Im Hintergrund wirkt die seit 42 Jahren bestehende US-Blockade gegen Kuba, die Kosten von ca. 70 Mrd. \$ verursachte. Am 4.11.2003 hat dies die UN-Vollversammlung zum inzwischen 12. Mal seit 1992 fast einstimmig (nur USA, Israel, Marshall Inseln waren dagegen) kritisiert und eine Beendigung angemahnt. Präsident Bush verschärfte den Kurs gegen Kuba. Er richtete nach seiner umstrittenen Einsetzung eine „Cuba Dissidence Task Group“ ein, um regierungsfeindliche Personen und Aktivitäten in bzw. gegen Kuba intensiv zu unterstützen. Und kürzlich – die Wahlen stehen vor der Tür – schuf er eine neue „Task Force“, geleitet von US-Außenminister Powell. Und er ernannte reaktionäre Exilkubaner in wichtige Regierungämter, z.B. Otto Reich (verwickelt in Reagans Iran-Contra-Skandal!) als Chef der Lateinamerikapolitik. Bush proklamierte in einer wichtigen Rede im Mai 2002 eine „Initiative für ein neues Kuba“ zwecks „Regime-Wechsel“. Die USA provozieren Migration, denn obwohl seit 1995 vereinbart ist, dass die USA jährlich 20.000 Visa ausstellen sollen, werden immer viel weniger ausgestellt; zugleich werden Kubaner mit dem „Angebot“ gelockt, bei Betreten der USA als Immigranten anerkannt, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und die Staatsbürgerschaft zu erhalten (unter solchen Umständen wäre z.B. Mexiko bereits menschenleer). Das „USAID Cuba Program“ zahlte von 1996 bis 2000 etwa 6,5 Mio \$ an US-NGOs, um Dissidenten in Kuba zu unterstützen. Allein für 2003 sind nun Zahlungen für eine Transformation in Kuba in Höhe von 6 Mio. \$ vorgesehen.

Auch bi- und multilateral ist die US-Administration tätig, um Kuba zu isolieren und zu destabilisieren. Dafür sind seit dem Helms-Burton-Gesetz von 1994 sogar offen Mittel im US-Bundeshaushalt ausgewiesen. Anfang Juni hat US-Außenminister Powell auf dem Weg zu einem Treffen der OAS in Chile die EU offen zu einer „gemeinsamen Strategie gegen Kuba“ eingeladen. Und exilkubanische Kreise der USA beeinflussen – in Arbeitsteilung mit der US-Regierung – vor allem lateinamerikanische Regierungen durch Geldzahlungen (u.a. für Wahlkämpfe), um sie zur Distanzierung von Kuba zu bewegen.

Bush-Krieger in Aktion

Bushs Mann in Havanna, James Cason, sieht sein Hauptziel darin, die Opposition in Kuba zu stärken und zu vereinen. Dies versuchte er tatkräftig, traf sich mit etwa 300 Bürgern, verteilte „staatsfeindliche“ Materialien, verschenkte Tausende Radioapparate zum Empfang der kubafeindlichen US-Sender, gab erhebliche infrastrukturelle Unterstützung (PC, Internetzugang, Kopierer, Fotoapparate, Videorekorder u.a.) und führte in seiner Residenz Seminare mit Oppositionellen durch, die z.T. mit speziellen Ausweisen immer Zugang hatten. Ein weiterer eklatanter Verstoß gegen diplomatische und völkerrechtliche Grundsätze besteht darin, dass diese Kubaner von Cason oder indirekt über US-NGOs von der US-Regierung bezahlt wurden. Dies gilt gemeinhin als Spionage und Landesverrat. Diese Subversion dürfte auch die Entführungen zweier Flugzeuge und den Entführungsversuch einer Fähre in die USA ermutigt haben. Drei der elf Schiffsentführer wurden wegen der Schwere ihres Verbrechens – sie gefährdeten das Leben von 70 Passagieren – zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Dass Bush auch militärisch provoziert, belegt ein Zwischenfall vom Mai 2003: die USA strahlten auf 4 kubanischen (!) Radio- und Fernsehfrequenzen ihr antikubanisches Programm aus (Junge Welt, 14.7.2003). Im Zentrum stand ein High-Tech-Flugzeug der US-Spezialeinheit, die bereits in Grenada, Panama, Kuwait, Haiti, Jugoslawien und Somalia in zentraler Funktion beteiligt war. Im Hintergrund 6 US-Jagdbomber, um eine etwaige kubanische Reaktion mit gezielten Bombardements zu „beantworten“. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Bush die postmoderne Variante des „Blitzkrieges“ als neue militärische Doktrin („Revolution in Military Affairs“) praktiziert und militärische Eventualpläne gegen Kuba haben dürfte.

Schließlich sät die Desinformationskampagne der USA Angst, schwächt das Ansehen Kubas und unterminiert die Solidarität. Dies ist bedeutsam, weil die Verteufelung bei Erreichen einer bestimmten Intensität und Situation (z.B. große Ausreisewelle aus Kuba) den Vorwand für noch aggressivere oder gar

militärische Aktionen böte. In Demonstrationen in Florida hieß es: nach Irak ist jetzt Kuba dran, und ein US-Botschafter sagte, der Umgang mit dem Irak sei Beispiel für Kuba (Washington Times, 12.4.2003); US-Exilkubaner verrieten, die Bush-Administration habe ihre Vertreter angewiesen, das Regime in Kuba zu provozieren (Neue Zürcher Zeitung 25.3.2003).

Und die EU?

Bis Anfang 2003 sah die Kubapolitik der EU vielversprechend aus: sie öffnete ein Büro in Havanna; EU-Außenminister Nielson lud Kuba zur Mitgliedschaft in das „Cotonou-Abkommen“ (Lomé-Nachfolge) ein; die Bundesregierung plant ein Goethe-Institut. Aber auf die Verhaftungswelle in Kuba reagierte die EU vehement wie sonst nie: Einschränkung der bilateralen Kontakte auf hoher Ebene, Reduzierung der Teilnahme an Kulturereignissen, Einladung von kubanischen Systemgegnern zu Feiertagen der EU-Staaten, Neubewertung des „Gemeinsamen Standpunkts“ der EU zu Kuba.

Zu den Motiven für diese EU-Politik gehört, die Verstimmung der Bush-Administration wegen des Irak-Krieges zu beseitigen. Treibende Akteure sind die Proto-Demokraten Berlusconi und Aznar, während z.B. die Bundesregierung nicht bereit scheint, andere Akzente zu setzen – Kuba ist nicht nur für die Exportwirtschaft unwichtig. Berlin sagte sogar die Teilnahme an der Buchmesse in Havanna ab, obwohl Deutschland Schwerpunktland sein sollte! Bei der Kursverschärfung dürften auch die EU-Beitrittsstaaten einflussreich sein: Hoffnung auf Wiederholung des Erfolgs des (einseitigen) „Wandels durch Annäherung“. Kürzlich meldeten sich ergraute Vertreter des „neuen Europa“ – Ex-

Präsidenten Walesa (Polen), Havel (CSR) und Goncz (Ungarn) – unter dem Titel „Cuba libre!“ zu Wort. Sie schimpften über die „kubanischen Stalinisten“, wollen „Druck ausüben“, forderten von der EU „die unmittelbare Unterstützung für kubanische Dissidenten“ und die Einrichtung eines „Fonds für die Demokratie in Kuba“; „Die kubanische Opposition muss die gleiche Unterstützung erhalten, wie die Vertreter des politischen Dissens im bis vor kurzem noch geteilten Europa sie einst erhielten.“ (FAZ 18.9.2003)

Resümee

Wenn Kuba in der Adria läge, könnte man einige Kritik an Kuba teilen. Doch 90 Meilen neben den USA haben Andersdenkende nichts Gutes zu erwarten. So ist festzuhalten: 1. die drakonische Strafmaßnahme der kubanischen Sicherheitsorgane war eine in ihrer Schärfe kritikwürdige Aktion; vor allem die Vollstreckung der Todesurteile gegen die drei Schiffsentführer ist selbst unter Sympathisanten umstritten; 2. sie waren jedoch eine Reaktion auf Provokationen und Subversion durch die feindlich gesinnte, unilateral agierende Weltmacht; 3. sie erfolgte, als Bush seinen Irak-Krieg inszenierte und jegliche Rechtsprinzipien ignorierte; 4. sie sind als Warnung nach innen und außen gedacht, dass nun die Toleranzgrenze gegenüber der von den USA gestützten Subversion erreicht ist; 5. sie können als Empörung und Hilferuf an andere Staaten



interpretiert werden, die US-Aggressionen gegen Kuba nicht länger zuzulassen. Daher gehören die Ereignisse über (bürgerliche) Menschenrechte, sondern in den des Rechts auf selbstbestimmte Entwicklung (UN-Charta). Jene Kreise, die die Einhaltung der Menschenrechte in Kuba einklagen, müssen die primäre Ursache – die aggressive und destruktive Politik der Bush-Regierung gegen Kuba stoppen. Daher sollte sich die EU, gestützt auf die UN-Resolutionen ernsthaft und effektiv für die Beendigung der Blockade-Politik der USA gegen Kuba engagieren und faire Beziehungen zu Kuba aufbauen. Aber derzeit exekutiert die EU gegen Kuba ein neoliberales Prinzip: das Opfer ist selbst schuld; weil der Hauptverursacher zu mächtig ist, wird das Opfer angeklagt. Kommt diese Haltung nicht sehr vertraut vor? Solidarität mit Kuba ist nötiger denn je – angesichts der destruktiven Phalanx reaktionärer Marktfundamentalisten. Denn die verfolgen das Ausmerzen linker Alternativen. Kuba wird – wie die Linke häufig auch – verunglimpft, isoliert, geschwächt – die Hoffnung („eine andere Welt ist möglich“) soll sterben.

spw 6 / 2003

Nach Cancun ist vor Hongkong

Von Sigrid Skarpelis-Sperk

Das Scheitern der WTO in Cancun – das Aufbegehren der Nicht-Industrieländer

Die Ministerkonferenz der WTO in Cancun 2003 scheiterte am 14. September mit einem Knall. Während viele afrikanische Delegierte im Kongresszentrum klatschten und die Globalisierungsgegner draußen jubelten, machte sich unter den großen Industrienationen betroffenes, zum Teil ungläubiges Schweigen breit.

Dabei waren die Gründe für ein Scheitern lange absehbar gewesen – nur die Handlungsexperten der Regierungen hatten sie geflissentlich ignoriert:

Die WTO-Ministerkonferenz in DOHA 2001 hatte nach dem Schock des 11. September und unter dem Eindruck eines sichtlich zurückgehenden Welthandels die kommende Handelsrunde als Entwicklungsrunde proklamiert und damit vor allem bei den ärmsten Ländern (LDC) hohe Erwartungen geweckt. Diese Er-

wartungen waren wie die Versprechungen unrealistisch, denn der Kuchen „Welthandel“ ist nur wenig gewachsen und die Zahl derjenigen, die sich noch in DOHA ein größeres Stück vom Kuchen versprochen hatten, ist mit etwa drei Viertel der Menschheit zu groß.

Die Lage der Weltwirtschaft ist fragil. Seit einem halben Jahrzehnt ist die Weltwirtschaft nur wenig gewachsen: Die UNCTAD konstatiert die schwächsten Wachstumsraten der Weltwirtschaft seit 30 Jahren. Am ärgsten betroffen sind dabei Lateinamerika und Afrika, während die am wenigsten dem Welthandel geöffneten Staaten wie Indien und China mit hohen Wachstumsraten glänzen. Die wichtigsten Industrieregionen wie die USA bzw. die Europäi-

sche Union und Japan befanden oder befinden sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation: Rezession, Stagnation, Deflation bzw. sehr geringes Wachstum bestimmen die Lage. Keine Situation jedenfalls, in der die politischen Führungen der Industrienationen großzügig sind.

Entwicklungsstand und die Interessen jener Staaten, die als Entwicklungsländer bezeichnet werden sind stark unterschiedlich. Deswegen überraschte zunächst die Blockbildung der G22 mit Brasilien, Indien, Südafrika und China an der Spitze, waren und sind doch ihre Interessenlagen in vielen Bereichen stark divergierend. So wollte Indien zwar Marktzugang für seine Industriegüter und eine Reihe von Agrargütern, aber keinesfalls seine Märkte für Agrarprodukte generell öffnen – anders als Brasilien, dessen Zuckerbarone konkurrenzlos billig produzieren. In zwei Bereichen waren sich jedoch alle einig:

die Industrieländer sollten die Exportsubventionen *sofort* und *ganz* abbauen und ihre Märkte möglichst umfassend öffnen.

Sie selbst wollten dafür aber weder ihre eigenen Märkte weit öffnen und vor allem keine Gegenleistung bei den sogenannten Singapur-Themen, d.h. Investitionsschutzabkommen, Wettbewerb etc. erbringen. In allen anderen Punkten gab es dagegen keinen G22-Konsens.

Die meisten afrikanischen Länder dagegen kämpfen einen fast aussichtslosen Kampf gegen ihre gnadenlose Abhängigkeit von wenigen Rohstoffen wie Kaffee, Kakao, Baumwolle und Mais und für die Ernährungssicherheit ihrer Bevölkerung.

Der Streit um die Öffnung der Agrarmärkte: Im Agrarsektor hatte die EU mit ihrer Agrarreform einen bemerkenswerten Schritt hin zum Abbau von Exportsubventionen von jährlich 20 Mrd. auf immerhin zwei Mrd. und der Förderung weg von der Überschussproduktion hin zu einer multifunktionalen, nachhaltigen Landwirtschaft getan – aber den Entwicklungsländern war das zu langsam und zu wenig. Auch die USA hatte Angebote gemacht, die über die bisherigen hinausgingen, aber wegen des FARM ACT von Präsident BUSH, der der US-Landwirtschaft in den kommenden zehn Jahren insgesamt 180 Mrd. US\$ sicherte, war auch diese US-Handelsposition insbesondere in Lateinamerika nicht mehr glaubwürdig. Erst recht, weil sie nicht bereit waren, bei Symbol-Produkten wie Baumwolle den afrikanischen Ländern entgegenzukommen oder wenigstens Kompensationen auf anderen Gebieten anzubieten. Angesichts des Preisverfalls auf anderen Rohstoffmärkten wie z.B. Kaffee oder Mais hat das berechtigten Zorn ausgelöst.

Die Agenda von Cancun war zu umfassend und zu komplex: Von Agrarwirtschaft über die geographische Kennzeichnung von z.B. Wein, von Baumwolle zu Investitionsschutz und Umwelt standen neun, in ihren Auswirkungen für Entwicklungsländer bedeutende Vereinbarun-

gen auf der Tagesordnung. Das war objektiv eine für die meisten Länder auf einer Konferenz nicht zu bewältigende Aufgabe und sie wollten sich auch nicht mehr wie in früheren Runden über den Tisch ziehen lassen.

Das unwürdige Gezerre, besonders der USA auf Druck ihrer Pharma-Industrie, um die preiswerte Versorgung der Entwicklungsländer, vor allem der Ärmsten (LDCs), mit kostengünstigen Medikamenten gegen AIDS und andere Pandemien – eine fest Zusage in Doha, die erst knapp vor Cancun mit Ach und Krach erfüllt wurde – hatte die Glaubwürdigkeit von WTO-Versprechen gerade in Afrika stark erschüttert. Die als völlig überzogen erscheinenden Forderungen der Industrieländer nach generellem Zollabbau – d.h. breiten Marktzugang der hoch überlegenen Industrieländer in die Entwicklungsländer – und die Forderung der EU innerhalb der sog. Singapur Issues nach einem Investitionsschutzabkommen machten eine Einigung unmöglich.

Mit neuem Selbstbewusstsein haben viele Schwellen- und Entwicklungsländer – mit ihren je nach Region und Entwicklungsstand deutlich unterschiedlichen Interessen und Problemen – klar gemacht, dass sie Antworten auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme erwarten und sich nicht auf Handelsfragen und Handelsrecht reduzieren lassen.

Und damit sind sie völlig im Recht. Das unbefriedigende Wachstum der Weltwirtschaft, die Ungleichgewichte in den Handelsströmen und die immer häufigeren weltweiten Finanzkrisen, das Bevölkerungswachstum und die entsetzliche Armut ganzer Kontinente sind keine voneinander isolierten Ereignisse.

Die Stärkung der schwachen Weltwirtschaftsentwicklung kann nur in einem gemeinsamen verantwortungsvolleren Vorgehen der politischen, ökonomischen und Finanzeliten bestehen, das nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch die Lösung der Probleme der überwältigenden Mehrheit der Menschen und insbesondere der Entwicklungsländer im Auge hat.

Dies hat der Deutsche Bundestag in seinem Beschluss Drucksache 15/1317 zur WTO-Konferenz auf Antrag der SPD-geführten Koalition im Juli 2003 eingefordert.

Nein zur WTO zu sagen und die bestehenden Handelsungleichgewichte, den Klimawandel, das unbefriedigende Wachstum der Weltwirtschaft, immer häufigere Finanzkrisen, steigende Verschuldung und fortschreitende Armut der Entwicklungsländer einfach hinzunehmen, ist ebenso verantwortungslos wie die bestehende Welthandelsordnung, die deregulierten Finanzmärkte, die internationalen Finanzinstitutionen wie IMF und Weltbank ohne grundlegende Reformen weiter wirken zu lassen. Der südafrikanische Handelsminister und sein brasilianischer Kollege haben Recht, wenn sie verlangen, dass es weitergehen muss – aber konstruktiver und gerechter als bisher.

Und es ist klar, dass die Probleme der Finanz- und Währungskrisen mit einbezogen werden

müssen. Brasilien, Argentinien und Südafrika waren bzw. sind in den letzten Jahren massiv von Finanzkrisen bzw. Abwertungen betroffen. Diese äußerst schwierige Lage bei den WTO-Verhandlungen zu ignorieren, musste zynisch erscheinen.

Auch und gerade beim Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Es darf nicht sein, dass der Eindruck entsteht, die Industrieländer wollten über GATS alle WTO-Länder mit Sanktionen zum Schutz von Eigentum und Investitionen verpflichten – aber beim grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen von Menschen für Menschen sollten in dem vorgeschlagenen Text für die Abschlusserklärung in Cancun alle Fragen der Arbeitsbedingungen und Entlohnung, der sozialen und rechtlichen Sicherheit nicht geregelt sein. Die wachsende Zahl von Sonderwirtschaftszonen (FEZ), in denen fast nur Frauen zu Hungerlöhnen arbeiten, bestätigt diese Bedenken. Deswegen müssen die Kernarbeitsnormen der ILO im Regelwerk der WTO verankert werden und die arbeits- und sozialrechtlichen Standards der Arbeitnehmerüberlassung zu mindestens für die EU verbindlich geklärt und gesichert werden.

Nach Cancun – Wie geht es weiter? – Die Großen tragen Verantwortung

Verantwortung für die derzeitige fragile Lage der Weltwirtschaft, das weltweit schwache Wachstum sowie die ökonomischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen als Folge weitgehend deregulierter Finanzmärkte und sich zunehmend liberalisierenden Welthandels tragen in erster Linie die Industrieländer sowie die Finanzmärkte und internationale Finanzinstitutionen.

Sie tragen nach dem Scheitern von Cancun auch die Verantwortung, gemeinsam mit den G22-Staaten nach konstruktiven und praktikablen Lösungen zu suchen. Der Schlüssel zur Lösung der sich verfestigenden Weltwirtschaftsschwäche liegt dabei – wie UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Grußadresse an den Ministerrat in Cancun betonte – nicht allein oder in erster Linie im Welthandelssystem. Die WTO kann nicht die Löcher stopfen, die durch periodisch auftretende Finanzkrisen aufgrund der deregulierten Finanzmärkte entstehen. Die Überwindung der Weltwirtschaftsschwäche kann nur in einem verantwortungsvollen Vorgehen der G7 und der von ihnen dominierten internationalen Finanzinstitutionen und der WTO bestehen. Lateinamerikas Probleme lassen sich z.B. nicht ohne die Bewältigung der Finanzkrisen und eine grundlegende Entschuldung lösen.

Sorgfalt vor Schnelligkeit

Wegen der US-Präsidentenwahl und den Wahlen zum Europäischen Parlament mit der Neuwahl der EU-Kommission ist es unwahrscheinlich, dass es im Jahre 2003 und Anfang 2004 zu umfassenden Verhandlungen und Zugeständnissen im WTO-Rahmen kom-

men wird. Deswegen kann und muss eine gründliche Analyse der unterschiedlichen – teils zu Tage getretenen, teils absehbaren – Interessenlagen und Koalitionen nicht nur auf dem Handelsgebiet geleistet werden.

Auch die kurz- und mittelfristigen Handlungsspielräume müssen rechtlich ausgelotet werden. So ist z.B. die EU nach ihrer Erweiterung durch Polen und Ungarn deutlich „agrarischer“ als bisher und wird kaum zu größeren Zugeständnissen fähig sein. Korea und Japan sind wiederum sind zwar größte Industrieländer, aber mit einem traditionell hohem Reisbauernanteil, der zu Recht die Konkurrenz z.B. aus Thailand, Indien und China fürchtet. Wie emotional und politisch stark der Rückhalt der Bauern in der Bevölkerung ist, zeigt der öffentliche Selbstmord des koreanischen Bauernführers während der WTO-Konferenz.

Öffentlichkeit und Transparenz statt Geheimdiplomatie

Diese Analysen müssen ebenso wie die laufende Unterrichtung des Parlaments über die weiteren WTO-Verhandlungen möglichst breit öffentlich diskutiert werden. Der Deutsche Bundestag muss dabei darauf achten, dass er sich auch über die Beratungen im 133er Ausschuss der EU gut informieren lässt und entsprechend seinen Beschlüssen inhaltlich politisch Einfluss nimmt.

Der Deutsche Bundestag und die SPD-Bundestagsfraktion müssen engen Kontakt zu anderen nationalen Parlamenten in Europa und zum Europäischen Parlament in Handelsfragen und Fragen der Weltwirtschaft halten, um Positionen für internationale Vereinbarungen z.B. in ökologischen und sozialen Fragen abzustimmen. Die Mitarbeit in der Interparlamentarischen Union (IPU) hat sich als hilfreich erwiesen, um den Tunnelblick der Handelsexperten zu vermeiden und frühzeitig die explosive Stimmung in den Parlamenten der Schwellenländer zu erkennen. Dies ist besonders wichtig, weil die Verhandlungen über das Allgemeine Dienstleistungsabkommen (GATS) unbeschadet des Scheiterns von Cancun fortgesetzt werden. Die Einbeziehung des Dienstleistungshandels in den Welthandel verändert den Charakter der WTO zudem grundlegend. Ihre Regelsetzungs- und Streitschlichtungsverfahren beschränken sich nicht mehr auf ihre traditionelle Domäne von Zollabbau und diskriminierungsfreiem Handel mit Gütern, sondern greifen zunehmend tief in die Innenpolitik der Nationen ein und berühren dabei sensible Bereiche wie geistiges Eigentum, persönliche Dienstleistungen, Banken und Versicherungen ebenso wie Telekommunikation, Transport, Kultur, audiovisuelle Dienstleistungen, alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und des öffentlichen Beschaffungswesens.

Eine wahrhaft multilaterale WTO tut Not
Aus dem Scheitern von Cancun muss kein Scheitern der multilateralen Welthandelsordnung folgen. Vielleicht hat die WTO zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Chance, wirklich

multilateral zu werden. Denn bisher war sie in der Regel nur formal multilateral. Wichtig gegenüber den dominierenden USA sowie den wirtschaftlich starken Mitgliedern EU und Japan war und ist allein das sanktionsbewährte Streitschlichtungsverfahren. Zwar sind weder diese Verfahren öffentlich, noch die Richter unabhängig, noch die Rechtsgrundlagen wirklich allgemein verbindlich – aber für die kleinen Staaten war und ist die WTO wenigstens eine Bühne, um arge Regelverletzungen der Großen anzuprangern und Änderungen verlangen zu können.

Wer sein Minderheitenrecht auf den Ministerkonferenzen wahrnimmt, muss schon eine gewisse Stärke haben, um die verschleierte Drohungen, Warnungen und das brutale „arm twisting“ ertragen zu können. Diesmal waren es zu viele, um die Rebellion in zwei Tagen im Keim ersticken zu können. Aber die Pressionen gegen die G22 haben schon begonnen und zwei Anden-Staaten sahen sich nach offenen Drohungen der USA gezwungen, ihr Ausscheiden aus der Gruppe 22+ öffentlich zu erklären. Offene Koalitionen in der WTO würden es nicht einfacher für die Industrieländer machen. Aber für Schwellenländer und die verschiedenen Entwicklungsländergruppen könnte eine neue WTO gleiche Augenhöhe bringen und damit geeigneter als bisher für einen akzeptablen Interessensausgleich erleichtern.

Die großen Industrieländer wie die Schwellenländer sollten jedenfalls nicht unter dem Schlagwort der Bewahrung des multilateralen Welthandelssystems ihre Privilegien mit allen Mitteln der WTO und bilateraler Verträge verteidigen. Am richtigen Grundprinzip des Multilateralismus muss deshalb festgehalten werden: „Gleiche Regeln für alle Mitgliedsländer und gemeinsame transparente Verhandlungen.“

WTO-Reform überfällig

Die vom Deutschen Bundestag vorgeschlagenen WTO-Reformen sollten zügig begonnen werden und dürfen sich keinesfalls auf Organisationsreformen beschränken. Insbesondere müssen Transparenz und Öffentlichkeit der Verhandlungen wie der Streitschlichtungsverfahren gesichert und bei den formellen und informellen Verhandlungen die Beteiligung und Verhandlungskapazität auch der kleineren Entwicklungsländer sichergestellt und gestärkt werden. Neue organisatorische Überlegungen wie sie Kommissar Lamy angeregt hat, müssen die Interessenslagen und Konstellationen mit einbeziehen. Qualität muss dabei vor Tempo gehen.

Aufeinander zugehen – nicht drohen

Die Europäische Union und Deutschland sollten die erzwungene Atempause nutzen, um z.B. auf die schnelle Umsetzung des AIDS/Pandemien-Kompromisses zu dringen, damit Afrika im Kampf gegen HIV/AIDS nicht wieder im Stich gelassen ist. Darüber hinaus sind weitere vertrauensbildende Maßnahmen wie das Co-

tonou-Abkommen oder die NEPAD-Initiative hilfreich und können gezielt Misstrauen abbauen. Auch der faire Handel soll gestärkt werden und EU-Know-how für die Verbesserung des Süd-Süd-Handels zur Verfügung gestellt werden.

Fazit

Das Scheitern von Cancun macht deutlich, dass Handelsliberalisierung als die Antwort für alle globalen Wirtschaftsprobleme in Cancun von den Regierungen der Mehrheit der Weltbevölkerung entschieden abgelehnt worden ist.

Solange die Lage der Weltwirtschaft so fragil ist, werden die Spielräume für handelspolitische Zugeständnisse zugunsten der Entwicklungsländer eher kleiner als größer. Wer auf dem Gebiet der Handelspolitik mehr Erfolge sehen will, muss sich der Ursachen für die Instabilität der Weltfinanzmärkte, der periodischen Währungs- und Finanzkrisen und der Überschuldung annehmen. Europa muss dabei mehr Verantwortung für die Weltwirtschaft übernehmen und sich nicht länger auf den Wachstumsmotor USA verlassen.

Die Europäische Union muss die prekäre Lage der Weltwirtschaft und hier insbesondere die Probleme der Entwicklungsländer sowie die Instabilität der Finanzmärkte auf der Tagesordnung der nächsten G8-Gipfel und Tagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in den Mittelpunkt stellen.

Aus der Sicht der SPD geht es dabei nicht nur um Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen, sondern auch um die Kohärenz und engere Verzahnung der Politik der großen UN-Organisationen. Eine multilaterale Weltordnung braucht eine multilaterale Welt-handelsordnung, aber auch eine an den Interessen möglichst vieler Menschen orientierte Weltfinanzordnung und eine nachhaltig wachsende Weltwirtschaft zum Vorteil aller Menschen.

In Cancun war von einer sozialen Dimension überhaupt nicht und von einer ökologischen Dimension nur am Rande die Rede. Bei einer tatsächlichen Entwicklungsrunde müssen aber faire Strukturen und faire Regeln bei der WTO entwickelt werden, bei denen Arbeitnehmerrechte, Entwicklungsziele und Umweltschutz endlich berücksichtigt werden. Nur verbindliche Mindestarbeitsnormen, also die Möglichkeit der Bildung von Gewerkschaften und die Kollektivvertragsfreiheit, helfen, die durch den Handel erzielten Gewinne gerechter zu verteilen. Die schon bestehenden internationalen Abkommen und Konventionen im Bereich Arbeit und Soziales sowie Umwelt müssen durch das WTO-Regime endlich respektiert werden.

Nach Cancun ist es die Aufgabe der Weltgemeinschaft, konkret für die Verbesserung des Weltklimas, nachhaltiges Wachstum, geordnete Weltfinanzmärkte und Entschuldung, für Armutsbekämpfung und Wohlstand für möglichst breite Schichten zu sorgen.

SPD 1863 – 1933: Emanzipation, Demokratie und Diktatur

Interview mit Hans-Joachim Vogel

spw: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ und „Einigkeit macht stark“ „23. Mai 1863, Ferdinand Lassalle,“ so steht es auf einer roten Fahne, die im Parteiarchiv der SPD gehütet wird. Die sozialdemokratische Bewegung war geboren. Was 1848 nicht vollendet wurde, sollte in Deutschland endlich Gestalt annehmen, die bürgerliche Demokratie, sollte aber nun verbunden werden mit dem Sozialismus.

Ruhen in dieser Ambivalenz von bürgerlicher Demokratie und Sozialismus die Wurzeln für die innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD?

SPD als Emanzipationsbewegung

Hans-Joachim Vogel: Dieses ursprüngliche Spannungsverhältnis hat natürlich in der weiteren Geschichte der SPD immer wieder eine Rolle gespielt. Aber es ist ja nie in Zweifel gezogen worden, – insbesondere programmatisch nicht-, dass es sich um einen demokratischen Sozialismus und nicht um einen autoritären oder gar brutal diktatorischen Sozialismus handeln soll. Es waren im übrigen die Begriffe der französischen Revolution, die sich als Grundwerte bis in unsere Tage und in das geltende Berliner Programm fortgesetzt haben. Allerdings heißt es in diesem Programm nicht mehr Gleichheit, sondern Gerechtigkeit, nicht mehr Brüderlichkeit, sondern Solidarität. Aber diese Werteorientierung der Sozialdemokratie hat sie von ihrer ersten Stunde an, von der Wahl Lassalles zum Vorsitzenden 23. April 1863, begleitet.

spw: Die heftigen Diskussionen zwischen den zwei streitenden Achsen Lassalle-Marx, mündete schließlich, 1891, im Erfurter Parteiprogramm, in dem, wie Engels schrieb: Die „Marxsche Kritik komplett durchgeschlagen hat“. August Bebel hatte zu den 230 Delegierten im Erfurter Kaisersaal gesagt:

„Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu errei-

chen.“ Was wird August Bebel, dessen Namen die SPD ja noch immer hoch hält, mit dieser Aussage gemeint haben? Sind seine Aussagen veraltet?

Vogel: Es gab dieses Spannungsverhältnis: Marx und Engels auf der einen Seite, Lassalle auf der anderen Seite. Sehr kritisch waren die Bemerkungen aus London von Marx und Engels über Lassalle. Aber es gab auch einen uneingeschränkten Respekt der Bedeutung Lassalles, nachdem dieser bei einem Duell sein Leben verloren hatte.

Das Erfurter Programm von 1891 hatte zwei Teile. Man muss wissen, dass für den einen Teil Kautsky, für den anderen Teil Bernstein federführend waren. Der grundsätzliche Teil war im Sinne der marxschen Ideen geschrieben, was sich besonders an dem Punkt zeigt, der behauptet, dass sich die Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung zum Sozialismus hin entwickle. Der zweite Teil, für den Bernstein federführend war, war eine Ansammlung von reformerischen Forderungen. Bebel strebte zunächst die politische Macht an. Hier knüpft er aber, bewusst oder unbewusst, an Lassalle an. Für Lassalle war ja die Forderung nach dem gleichen, direkten, allgemeinen und geheimen Wahlrecht der eigentliche Hebel. Die Vergesellschaftung spielte für ihn keine Rolle. Lassalle hat mehr an Produktiv- oder Produktionsgenossenschaften mit staatlicher Unterstützung gedacht. Darüber hat er übrigens auch einmal mit Bismarck einen Meinungsaustausch gehabt, was später großes Erstaunen hervorrief. Diese Position Lassalles übernahm Bebel übernommen. Die realexistierende Sozialdemokratie erhöhte dann ja, bis zu Beginn des ersten Weltkrieges, ihre Mandatszahlen und ihre Stimmprozente ständig. Natürlich blieb, wieder in Anlehnung an Marx, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, jedenfalls der größeren Produktionseinheiten, die zentrale Forderung. Die Sozialdemokratie, belehrt durch ihre geschichtlichen Erfahrungen, löste sich im Godesberger Programm 1959 von dem programmatischen Grundsatz der Zwangsläufigkeit der sozialistischen Entwicklung. Dieser Grundsatz hat nämlich zur Folge, dass man gegen diese Entwicklung nichts tun kann, aber auch nicht sehr



Hans-Joachim Vogel

viel dafür. An den Grundwerten der Partei muss man immer wieder die bestehende Gesellschaft messen. Man muss Veränderungen anstreben, die dazu führen, dass die Gesellschaft diesen Grundwerten in immer höherem Maße entspricht. Dieser Prozess zeigt sich deutlich in unserer programmatischen Entwicklung von Erfurt, 1891, bis Godesberg, 1959. Bereits im Kaiserreich stand allerdings das reformerische in der SPD im Vordergrund. Dies hat sich dann in Weimar, dann nach 1945, fortgesetzt. Dass die Partei als zentrales Wirkungsfeld nicht die Vergesellschaftung beschritt, hat mit den Realitäten zu tun, mit denen die Vorstellungen von der Vergesellschaftung immer wieder in Kollision geraten sind. Diese Erkenntnis wuchs, weil zunächst nach dem 1. Weltkrieg die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht waren, sodass eine Vergesellschaftung unklug gewesen wäre, dann, weil es an machtmäßigen Voraussetzungen fehlte und schließlich, wenn wir jetzt an die Zeit der Globalisierungen denken und an die Erfahrungen, die verstaatlichtes Eigentum in den osteuropäischen Staaten hervorgerufen hat. Noch immer schließt die Sozialdemokratie solche Maßnahmen nicht aus, aber sie sind sehr stark relativiert und in die zweite Linie getreten.

spw: Lassalle auf der einen, Marx und Engels auf der anderen Seite, das waren lange Zeit die theoretischen Achsen der Sozialdemokratie. Damals behaupteten die Lassalleaner: »Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur«, worauf Marx erwiderte: »Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten; denn grade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, dass der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muss, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.« Halten Sie beide Aussagen für falsch oder welcher könnten Sie sich am ehesten annähern?

Vogel: Ich glaube die Entwicklung bis in unsere Gegenwart hat nun nicht dahin geführt,

Das Interview mit dem früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Joachim Vogel führte Jürgen Meier im September 2003.

dass man sagen könnte einer von beiden habe recht gehabt. Die Entwicklung ist ganz wesentlich bestimmt worden von dem Gewicht, das die Arbeitnehmerschaft, also diejenigen die in abhängiger Arbeit beschäftigt sind, sich erkämpft haben. Dies gelang einmal durch den Zusammenschluss in den Gewerkschaften, und zum anderen durch ihre politische Organisierung, damit verbunden, durch die jeweilige Stärke der Sozialdemokratie. Insofern glaube ich, ist auch hier die marxische Theorie zu sehr von einer inneren Gesetzmäßigkeit ausgegangen, die es so wohl nicht gibt. Außerdem muss man in diesem Zusammenhang noch einen anderen Punkt erwähnen, wo Marx und Lassalle deutlich auseinander gingen. Marx hat gesagt, der Staat wird am Ende absterben. Er wird gar nicht mehr existieren, sondern die Menschen werden nur noch gemeinsam Sachen verwalten. Von Lassalle gibt es das Wort, das der Staat das 'Vestafeuer' der Zivilisation sei. Ich glaube Lassalle war gegenüber Marx im Recht, wenn er die staatliche Struktur, die staatliche Organisation, – heute würde man sagen, die verfassungsmäßige Ordnung-, für das Wohlbefinden der Menschen, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verantwortlich machte. Da stehe ich ganz auf der Seite Lassalles.

spw: Friedrich Engels hatte den Erfurter Parteitag aufgefordert die Aufnahme folgender Punkte in das Programm aufzunehmen: „Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung“ und „vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte“. Wäre das nicht eine aktuelle Maßnahme um die heftigen Differenzen zwischen den Kommunen, Ländern und Bund zu beseitigen?

Vogel: Mir ist das Zitat neu. Aber ich muss sagen, allen Respekt für Engels. Im Grunde genommen geht von dieser Vorstellung ja auch unser Grundgesetz aus, wobei in wesentlichen politischen Fragen der Bundestag das entscheidende Gewicht behält. Das Engels Zitats klingt ja fast wie eine vorweg genommene Variante des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung. Das die Oberbürgermeister sowie die Landräte nach dem Kriege zunächst in Bayern und in Baden-Württemberg vom Volk gewählt wurden. Jetzt sind, mit einiger Mühe, ja alle anderen Länder der Republik diesem Beispiel gefolgt. Das hätte dem Engels wahrscheinlich gefallen.

spw: Im Dezember 1915 stimmten 20 Abgeordnete der SPD gegen die Kriegskredite. Im März 1916 stimmt die Mehrheit der Fraktion dem Notetat der Regierung zu. Rosa Luxemburg schreibt im gleichen Jahr: „Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen.“ Solche Feststellungen nannte die Mehrheit der damaligen SPD: Vaterlandsverrat. Dabei sprachen die Tatsachen für sich: Bis Mitte Februar 1916 waren 670 000 deutsche Solda-

ten gefallen. Der Krupp-Konzern steigerte seinen Gewinn von 1914 bis 1916 um 350 Prozent, nach allen Abzügen war das ein Reingewinn von über 105 Millionen Mark. Haben sich die 20 Abgeordneten der SPD damals geirrt? Hätten sie auf Rosa Luxemburg hören sollen?

Vogel: Das ist eine Frage, die viele Felder berührt. Zunächst mal ist ja für den geschichtlich Interessierten bis heute die Zustimmung zu den Kriegskrediten ein Punkt, der immer wieder betrachtet werden muss. Ich darf daran erinnern, dass die Sozialdemokratie in Deutschland noch in den letzten Julitagen große Demonstrationen gegen den Krieg veranstaltet hat. Danach muss ein Stimmungswandel, bis hinein in die Sozialdemokratie, in unserem Lande eingetreten sein, den manche mit der Tatsache erklären. Wohl bedingt durch die Äußerungen, die damals aus Peterburg und Moskau, kamen wurde das zaristische Russland nun als Hauptgegner gesehen. Selbst Bebel hat 1913 gesagt, wenn es gegen den Zarismus ginge, dann würde er noch eine Knarre auf den Buckel nehmen. Es muss damals ein fast rauschhafter Zustand geherrscht haben. Darum zögere ich etwas, mit dem heutigen Wissen und der heutigen Klugheit, Maßstäbe an die damals Verantwortlichen anzulegen. Außerdem, Herr spw, darf man nicht vergessen, in den am Krieg beteiligten Ländern stimmten alle, ja, alle, sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen, dem Krieg zu. Mit einer Ausnahme haben alle der Bewilligung von Kriegskrediten zugestimmt. Eine Ausnahme gab es, dass waren die serbischen Sozialdemokraten, eine kleine Fraktion mit nur drei Mitglieder. Ich habe immer bedauert und bedauere es noch jetzt, dass wir das Andenken an die Rosa Luxemburg, die weiß Gott unbequem war und dem Bebel entsetzlich auf die Nerven gegangen ist, dass wir das Andenken an diese großartige Frau so sehr den Kommunisten überlassen haben. Ich erinnere nur an den einen Satz von ihr: 'Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, nicht die Freiheit einer Partei'. Dieser hervorragender Satz, geschrieben in einem Text, ich glaube sogar handschriftlich angefügt, der schon 1918 eine Kritik an Lenin enthielt. Wer weiß denn, wenn sie nicht von Rechtsextremisten ermordet und in den Landwehr-Kanal geworfen worden wäre, ob diese Frau nicht bald mit dem Kommunismus gebrochen hätte. Sie war ja nur drei Wochen an der Spitze der gegründeten KPD.

Wir sollten nie vergessen, dass Verhaftungen in der alten DDR bei den jährlichen Umzügen zur Erinnerung an Rosa Luxemburg vorgenommen wurden, weil in den hinteren Reihen einer Demonstration Menschen den von mir eben zitierten Satz von ihr als Transparent trugen. Das ist mir bis heute immer noch einen Gedanken wert, warum wir die Rosa Luxemburg so aufgegeben haben und sie den anderen überließen. Ob die Ge-

schichte anders verlaufen wäre, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die ja die stärkste war, die Kriegskredite verweigert hätte, ob es dann nicht zur Spaltung der Arbeiterbewegung gekommen wäre, mein Gott, wer will das sicher beurteilen? Ich traue es mir nicht zu.

Die SPD zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie

spw: Am 10.11.1918 sprach Friedrich Ebert im Zirkus Busch auf der Berliner Rätevollversammlung. Am gleichen Abend traf er sich mit dem General Wilhelm Groener, den Vertreter der obersten Heeresleitung, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Revolution zu erörtern. Der General erklärte zu diesem Treffen später, 1925, im Münchner Dolchstoßprozess: „die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung“, sei Ziel dieses Bündnisses mit Ebert gewesen. Was bezweckte Ebert mit diesem Bündnis?

Vogel: Ebert befand sich in einer Situation, wo ja der Weg zu einer parlamentarischen Demokratie keineswegs als gesichert angesehen werden konnte. Es gab auch in der USPD sehr starke Kräfte, die zunächst ein Räte-system haben wollten. Und zwar immer mit einem Blick auf den Erfolg, den die Oktoberrevolution mit ihrem Räte-system erreicht hatte. Da sehe ich es als ein großes Verdienst von Ebert an, dass er gerade in der Berliner Rätevollversammlung, in einer noch heute lesenswerten Rede, die Mehrheit davon überzeugt hat, sobald wie möglich Wahlen durchzuführen, um eine parlamentarische Grundlage zu schaffen. Die Gefahren die er damit gebannt hat sind auch aus heutiger Sicht durchaus ernst zu nehmen. Es hat dann von der kommunistischen Seite her Aufstandsversuche, Putsche, gegeben. Ich erinnere daran, dass Otto Wels, der spätere Vorsitzende der SPD, die berühmte Rede im März 33 in der Kroll-Oper gehalten hat. Da Otto Wels 1918 als Berliner Stadtkommandant vom Soldatenrat ja mehr oder weniger als Geisel genommen worden war, blieb Ebert gar nichts anderes übrig, als auf vorhandene bewaffnete Macht zurück zu greifen. Das war das alte Heer. Die Zahl der Arbei-



Berliner Lokal-Anzeiger, 16. Januar 1919

ter, die damals bereit gewesen wären eine demokratische Miliz zu bilden und wieder als Soldaten Waffen in die Hand zu nehmen, die war, was ich verstehen kann, völlig gering. Also blieb Ebert keine andere Wahl. Eberts Leistung ist, dass er damals den raschen Übergang aus dem revolutionären Zustand in die parlamentarische Demokratie herbeigeführt hat.

spw: Gedankt hat es ihm die Reaktion aber nicht!

Vogel: Nein! In schändlichster Weise! Gerade die Urheber der Dolchstoßlegende, dieselben Generäle, da kann ich nicht nur Ludendorff nennen, sondern nenne ich auch Hindenburg, die die Reichsregierung im September-Oktober 1918 ultimativ aufgefordert haben sofort einen Waffenstillstand herbei zu führen, die dann auch den Bedingungen, die hart waren, nur entgegen setzten: Es bleibt uns nichts anderes übrig, diese selben Herren operierten dann anschließend mit der Dolchstoßlegende. Damit haben sie Hitler ein Agitationsmittel in die Hand gelegt, das man nicht überschätzen kann. Das ist eine historische Tatsache. Allerdings ist man hinterher immer viel klüger. Es wäre gut gewesen, wenn die militärische Kapitulationserklärung von den Generälen Hindenburg und Ludendorff gezeichnet worden wäre, und nicht von den Demokraten, die noch zu retten versucht haben, was zu retten war.

spw: Das Jahr 1918 hatte die alte Diskussion von Demokratie und Sozialismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Am 20.11.18 bezeichnete Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ die Gegenüberstellung von „Diktatur“ und „Demokratie“ als „gegenrevolutionäre Maßnahme“ der Regierung Ebert. Sie schrieb: „Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie.“ Sehen Sie zwischen beiden Demokratien einen Unterschied oder hat Rosa Luxemburg die Lage falsch eingeschätzt?

Rosa Luxemburg



Vogel: Es bereitet mir Schwierigkeiten das, was Rosa Luxemburg damit ausdrücken wollte, richtig zu verstehen. Denn wenn ich an den von mir vorhin zitierten Satz denke, dann muss ja auch eine proletarische Demokratie Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, völlige Abstimmungsfreiheit gewährleisten. Mir ist die Differenzierung ihres Demokratiebegriffs daher nicht klar. Ich stehe auch hier ganz auf der Seite von Friedrich Ebert. Vielleicht hat die Rosa Luxemburg ja gemeint, man hätte schärfer eingreifen sollen hinsichtlich des Grundbesitzes oder hinsichtlich der Schlüsselindustrie, obwohl sich damals ja diese Industrie im Zuge der Umstellung von der Rüstung in einem Zustand befand, der eine solche Maßnahme wahrscheinlich nur mit äußerst langandauerndem Zwang zu irgendeinem vertretbaren Ergebnis hätte verhelfen können. Aber, dahinter mach ich ein Fragezeichen. Es geziemt uns heutigen auch eine gewisse Zurückhaltung in der Beurteilung dessen, was damals geschehen ist.

Die SPD nach der NS-Diktatur

spw: Der SPD Parteivorstand schrieb am 31.1.1933: Hitler ist „Reichskanzler geworden auf legalem Wege, nicht durch einen Putsch, nicht durch einen Marsch auf Berlin...es ist dann eben eine verfassungsmäßige Rechtsregierung“. Alle „ungestümen und voreiligen Aktionen“ lehnte der Parteivorstand ab. Hitler sollte „legal“ bekämpft werden. War das ein Fehler?

Vogel: Auch da bin ich im nach hinein sehr zurückhaltend, die Männer und Frauen von damals zu kritisieren. Erstens: Sie haben ja leider recht gehabt. Hitler hat am 30. Januar 33 die Macht nicht ergriffen, sie ist ihm vom Reichspräsidenten übertragen worden. Derselben Reichspräsidenten, der noch acht Monate zuvor gesagt hat, 'dieser böhmische Gefreite unter keinen Umständen'. Zweitens: Was die meisten heute ja gar nicht mehr wissen, in dieser Reichsregierung saßen ja nur drei Nationalsozialisten, dass andere waren Deutschnationale oder Konservative, reaktionäre Parteilose. Insofern ist das, was damals gesagt wurde nicht falsch. Außerdem hat man damals schon damit gerechnet, und so kam es ja auch, dass das Parlament, der Reichstag, aufgelöst würde und es bald Neuwahlen geben könnte. Infolgedessen war man am 31. Januar, vier Wochen vor dem Reichstagsbrand und den Notverordnungen, auf einem Wege für den sich durchaus Argumente anführen lassen. Außerdem ändert dies ja gar nichts daran, dass es die Sozialdemokraten waren, die mit allem Nachdruck vor Hitler und dem Nationalsozialismus gewarnt haben. Die Frage die sie mir hier stellen wird eigentlich eher angeknüpft an den sogenannten Preußenschlag, also an die Absetzung der demokratischen preußischen Regierung Otto Braun am 20. Juli 1932 durch Not-

verordnungen. Da wird häufig gefragt, ob da nicht ein Generalstreik etwas hätte erreichen können. Aber ein Generalstreik mit 6 Millionen Arbeitslosen? Wenn die Reichswehr sich eindeutig gegen einen solchen Generalstreik und gegen einen sozialdemokratischen Widerstandsaufbruch stellt? Aber auch hier setzte ich ein Fragezeichen.

spw: Kurz nach Hitlers Machtergreifung flüchteten einige SPD Abgeordnete nach Prag, wo sie eine Auslandsleitung aufbauten. So Karl Böchel, Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz, Erich Ollenhauer, Erich Rinner, Hans Vogel, Otto Wels. Sie formulierten am 28.1.1934 das sogenannte „Prager Manifest“. In diesem heißt es: „Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm 1918 ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler...“

Sehen Sie das auch so?

Vogel: In der Reihenfolge ihrer Fragen hätte ich jetzt eigentlich den 23. März 1933 erwartet. Das ist der Tag an dem in der Kroll-Oper, der Reichstag war durch den Brand schon nicht mehr benutzbar, über das Hitlersche Ermächtigungsgesetz abgestimmt worden ist. Daran darf man doch als Sozialdemokrat mit Stolz, mit deutlichem Stolz, erinnern. Nur die 94 noch in Freiheit befindlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben mit Nein gestimmt. Alle anderen, die Kommunisten waren schon ausgeschlossen, haben mit Ja gestimmt. Auch das Zentrum. Die beiden Sätze von Otto Wels in seiner Rede, Hitler direkt ins Gesicht gesagt, dass niemand die Ideen, die ewig unzerstörbar sind: Freiheit, Gerechtigkeit und Sozialismus vernichten kann. Das auch das Ermächtigungsgesetz, ihm, dem Herrn Reichskanzler, diese Gewalt nicht gebe. Otto Wels sagte: 'Leben und Freiheit können sie uns nehmen, die Ehre nicht'. Ich glaube, das gehört in eine Geschichtsbetrachtung der Sozialdemokratie. Das was sie sagen ist sicherlich richtig. Ja, es war die Meinung derer, die in Prag eine Auslandsvertretung, eine exilierte Parteispitze, gebildet haben. Erst in Prag, später in Paris und dann in London. Die Frage, ob man nicht 1918 innerhalb der Beamtenstruktur stärkere Veränderungen hätte vornehmen müssen, sollte man durchaus stellen. In Preußen ist dies ja in stärkerem Umfang geschehen als in anderen Ländern. In Bayern, die „Ordnungszelle Bayern“, hier dachte man über diese Dinge ganz anders. Aber da, wo Sozialdemokraten in einer Weimarer Koalition wirklich Gestaltungsmöglichkeiten hatten, gemeinsam mit Zentrum und Deutsche Demokraten, da hat man, jedenfalls auf der Ebene der Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten, auch in den Ministerien, nach zehn Jahren doch eine Veränderung



Paul Löbe

gespürt. Trotzdem, die Frage steht im Raum. spw: Der andere Teil der SPD Abgeordneten, versammelt um jenen Mann, dessen Name heute das neue Abgeordneten Haus des deutschen Bundestages in Berlin ziert, Paul Löbe, distanzierte sich von dem Prager Manifest. Auf einer Konferenz am 19. Juni 1933 wurden, auf Betreiben von Paul Löbe, sogar alle jüdischen Mitglieder aus dem Parteivorstand hinausgewählt. Drei Tage später verbot die Hitlerregierung der Sozialdemokratie jede politische Betätigung. 3000 sozialdemokratische Funktionäre. Ist der Name des heutigen Abgeordnetenhauses vielleicht falsch gewählt?

Vogel: Ich glaube, man muss das gesamte Leben von Paul Löbe betrachten. Man darf nicht diesen einen Augenblick allein herausgreifen, über den man in der Tat verschiedener Meinung sein kann. Nur bitte ich zu bedenken, Löbes Vorschlag hatte damit etwas zu tun, dass schon Hunderte verhaftete Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern saßen, die er frei bekommen wollte. Für diesen Zweck wollte Löbe seine Kontakte mit Frick nutzen, der Fraktionsvorsitzender der NSDAP war. Löbe war ja Reichstagspräsident gewesen, bis ihm Göring 1932 nachfolgte, deshalb stand er mit allen in Kontakt. Frick hatte offensichtlich den Anschein bei Löbe erweckt, dass man unter bestimmten Bedingungen bereit sei diese Hunderte wieder zu entlassen. Es gab vielleicht auch eine Andeutung, dass das Verbot der SPD dann nicht sofort ergehen würde, wenn Löbe Zugeständnisse machen würde. Ich kann das im Einzelnen nicht bestätigen oder widerlegen. Ich werbe nur dafür, dass man bei allem, an dem man jetzt Zweifel hat, sich in die Lage jener Männern versetzt, die sich für das Leben und die Freiheit ihrer Mitmenschen

verantwortlich gefühlt haben. Im übrigen ist das ja nicht das einzige was Löbe gesagt oder getan hat. Wenn man mit der Akribie ihrer Fragestellung alle Namen durch geht, die nach wie vor im Ansehen stehen, dann wird man fast bei jedem einen schwächeren Moment finden. Ich wundere mich. Ich dachte sie würden jetzt den 17. Mai 1933 erwähnen, als die noch in Freiheit sich befindenden Sozialdemokraten einer Friedensresolution im Reichstag zustimmten, die die Hitler Regierung vorgelegt hatte. Wenn sie den Text dieser Resolution lesen, dann stellen sie fest, dass der Text nichts mit dem zu tun hatte, was Hitlers spätere Taten auszeichnete. Manches liest sich in diesem Text so, dass ich auch heute sagen würde, da können Sozialdemokraten nichts einwenden. Dennoch hatte die SPD eine präzise Vorstellung darüber, wo das mit Hitler enden würde. Ob 1932 das Plakat „Wer Hitler wählt, wählt Krieg“ die Kommunisten oder die Sozialdemokraten gehängt haben, ist ja noch immer umstritten. Ich habe Anhaltspunkte dafür, dass wir es gehängt haben. Der 17. Mai 33 ist deshalb auch ein Datum, weil eine, ganz in Vergessenheit geratene Reichstagsabgeordnete von uns, Toni Fulf, sich aus Enttäuschung darüber, was dieser Resolution an Taten folgte, Anfang Juni das Leben genommen hat. Sie liegt in München begraben.

Demokratie und Sozialismus heute

spw: Sie diskutieren zur Zeit über das Parteiprogramm. Wie wird die SPD künftig die Begriffe Demokratie und Sozialismus definieren?

Vogel: Darüber wird es eine Diskussion geben. Manche sagen dieser Begriff ist durch den kommunistischen Missgriff entwertet. Andere sagen, die Jungen können sich darunter gar nichts mehr vorstellen. Ich bin anderer Meinung. Es gibt Traditionsbegriffe, die in der Geschichte unserer Partei wurzeln, für die frühere Generationen von Sozialdemokraten ihr Leben opferten. Das mit diesem Begriff nicht das gemeint ist, was in der Sowjetunion oder in der DDR verwirklicht wurde, wird ja schon daran deutlich, dass immer vom demokratischen Sozialismus die Rede ist. Dass gültige Berliner Programm erläutert diesen Begriff. Es soll die immer währende Aufgabe verfolgt werden, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen. In dieser Diskussion, die da nun angegangen ist, bin ich der Meinung, sollten wir uns nicht von anderen vorschreiben lassen, welche Begriffe wir verwenden. Gerade Gemeinschaften mit einer langen Geschichte haben auch ein gefühlsmäßiges Verhältnis zu solchen Begriffen. Übrigens war dieser Begriff ja mehr ein Abwehr- und Kampf begriff gegen den Kommunismus. Das sollte man alles mit in Betracht ziehen. Nein! Ich möchte gerne an diesem Begriff, so wie er im Berliner Programm erläutert ist, festhalten.

spw: Vielen Dank!

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Ende der Wohlfahrtsgesellschaft – und jetzt? Wolfgang Brassloff: New Labour – Angeschlagen, aber immer noch obenauf; Dierk Hirschel: Wieviel Gerechtigkeit verträgt die Sozialdemokratie? Joachim Bischoff: Zu Gysis neuem Buch »Was nun?« Fausto Bertinotti: Eine linke Alternative; Joachim Bischoff: Ende des Reformismus; Der »neue Imperialismus« als Herausforderung für die Linke – Interview mit David Harvey. Redaktion Sozialismus: Kopfschule oder Bürgerversicherung; Bernhard Müller: Quo vadis CDU?; André Brie/Helmuth Markov/Klaus Dräger: Öffentliche Daseinsvorsorge in Europa – verteidigen und erneuern!

Heinz Bierbaum: Anmerkungen zum Gewerkschaftstag der IG Metall; Jürgen Hinzler/Horst Gobrecht: Der 14. Ordentliche NGG-Gewerkschaftstag; Chile: Laboratorium des Neoliberalismus – Interview mit Manuel Ahumada, Generalsekretär der chilenischen Gewerkschaft COTIACH; Reiner Tossdorff: Ein zu Unrecht fast vergessener Gewerkschaftsführer – Robert Dißmann (8.8.1878–30.10.1926); Heinz Bierbaum: Italien bleibt in Bewegung

Karen Spannhaake: Ein Gedenkbuch für die ins Baltikum verschleppten Juden; Jörg Huffschmid: Zum Tod von Egon Matzner; Antje Trosien: »Das Wunder von Bern« (Filmkritik)

Supplement: Dieter Boris
Die Transformation in Brasilien

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Programmatische Erneuerung bei der PDS

von Horst Dietzel und Gerry Woop

Auf dem Chemnitzer Parteitag hat die PDS nach fünfjähriger Debatte ihr drittes Programm verabschiedet. Die damaligen Initiatoren der Debatte beabsichtigten, mit einem neuen Parteiprogramm die PDS stärker in der Gesellschaft zu verankern, alte Formelkompromisse (Geschichte, Eigentumsfrage u.a.) positiv aufzulösen und das Reformprofil der Partei zu schärfen. Seitdem offenbarten die Reformer konzeptionelle, personelle und parteitaktische Schwächen. So mussten sie z.B. auf dem Parteitag in Münster in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik eine Niederlage hinnehmen. Vor allem aber stürzte die verloren gegangene Bundestagswahl 2002 die Partei in eine tiefe Krise. Die innerparteilichen Kräfteverhältnisse veränderten sich mehrfach. Die entscheidenden Fragen lauten nunmehr: Ist es angesichts dieser Veränderungen gelungen, ein modernes sozialistisches Programm zu verabschieden, das überzeugende und wirklichkeitsnahe Antworten auf die neuen Herausforderungen gibt? Konnten alte Formelkompromisse überwunden werden? Wird der Platz der PDS in der Parteienlandschaft klarer? Wie im Folgenden zu sehen sein wird, bleiben die Ergebnisse zumindest ambivalent, zumal der Parteivorstand schon im Vorfeld weitgehende Kompromisse einging, die zu Lasten der Konsistenz, der Differenziertheit und der Wirklichkeitsnähe des Programmtextes gingen. Um die Existenz der Partei nicht zu gefährden, stand letztlich der Erfolg dieses Programmparteitages im Vordergrund.

Demokratischer Sozialismus als Transformationsprozess

Die im alten Programm enthaltene Definition vom Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem wurde übernommen. Allerdings wird Sozialismus deutlicher als Transformationsprojekt ausgearbeitet: „Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht. Er misslingt als isoliertes Projekt kleiner Gruppen gleichermaßen wie als Diktatur. Er ist eine diesseitige Bewegung auf ein diesseitiges Ziel hin. Er setzt sich dafür ein, emanzipatorische und solidarische Interessen der Gesellschaft gegenüber allen anderen durchzuset-

zen. Demokratischer Sozialismus weist über den Kapitalismus hinaus. Er ist ein Prozess, der nur im breiten gesellschaftlichen Diskurs und durch gemeinsames Handeln der Beteiligten Gestalt annehmen kann.“

Die Definition des Sozialismus als Ziel („Sozialismus ist ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“) stellt das statische Element dar. Es wird mit Wertorientierungen („Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.“) verbunden und soll durch eine gesellschaftliche Bewegung erreicht werden: „Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung der menschlichen Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.“

Dieser grundlegende transformatorische Ansatz bricht deutlich mit tradierten marxistischen Vorstellungen, die vom Sozialismus als einer völlig neuen Ordnung ausgehen. Letzterer von Vertretern des Marxistischen Forums vorgetragener Ansatz beschreibt den Übergang zur neuen Gesellschaft durch die Beseitigung des Privateigentums an entscheidenden Produktionsmitteln. Derartige Ideen fanden jedoch bei den Parteitagsdelegierten keine Mehrheiten. Neu und innovativ sind die im Programm definierten „Freiheitsgüter“ als Kern des Sozialismusverständnisses: „Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?“ Hier gibt der Programmentwurf klare Antworten: Sie brau-

chen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit, Erwerb und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit usw. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, „ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter.“ Dies sind für die Welt von heute gewichtige Maßstäbe, sie reichen aber an sich für eine ausdifferenzierte und individualisierte Gesellschaft nicht aus und müssen erst noch durch konkrete Inhalte gefüllt werden.

Der jetzige Text bleibt zu Recht bei der Absage des 93er Programms an einen „abstrakten

Geschichtsfahrplan“ und betont, dass die Partei von den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen ausgeht. „Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Aus-

beutung, sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden.“

Bei den Grundwerten sagt die PDS klar: „Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik.“ Dies ist hervorzuheben, zumal in der politischen Linken, auch in der PDS, bestimmte Vorurteile gegenüber einer solch prononcierten Positionierung zum Freiheitsbegriff vorhanden sind. Ebenso deutlich heißt es dann: „Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und bleibt den Mächtigen vorbehalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung.“ Damit erhält die Gerechtigkeitskategorie eine Bestimmung durch Bezüge zu Gleichheit, Freiheit und Solidarität. Allerdings vermisst man eine ausdifferenzierte Betrachtung über Gerechtigkeit. Eine Abgrenzung von der Umwertung des Gerechtigkeitsbegriffs, wie er in der SPD und bei den Grünen vorgenommen wird, wäre hier ebenso angebracht gewesen wie eine ausführlichere Definition für die heutigen Bedingungen. Dennoch: Die Werte bleiben im Unterschied zu

Die Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft wird als „die entscheidende Frage jeder Reformalternative“ bezeichnet.

anderen Parteien nicht im luftleeren Raum stehen, sondern die Autoren betonen, dass ihre Umsetzung eine „andere Regulation von Wirtschaft“ verlangt. Diese andere Regulationsweise wird im Programmtext beschrieben.

Neue Formelkompromisse bei Grundfragen der sozialen Marktwirtschaft

Obwohl die Programmautoren den Kritikern schon sehr weit entgegengekommen waren, erlitt der Vorstand eine (wenn auch mit einer Stimme sehr knappe) Niederlage bei der Bestimmung von unternehmerischem Handeln als Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Traditionelle Gewerkschaftskräfte haben gestützt von dogmatischen Linken erreicht, dass diese simple Grundlage wirtschaftlicher Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft in geradezu voluntaristischer Weise eingeschränkt wurde. Es heißt jetzt: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil.“ Da der Text ohnehin soziale und ökologische Regulation wirtschaftlichen Handelns als Rahmen vorsah, wird an der Debatte und in der vorgenommenen Ergänzung deutlich, dass Gewinnstreben im Grunde doch als etwas Negatives angesehen wird. Die Vorstellung, Menschen würden nur unternehmerisch tätig sein, weil sie philanthropischen oder ökologischen Zielen folgen, scheint jedoch ein gewisses Maß an Realitätsferne zu haben. Richtig ist natürlich, dass „ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung“ private Unternehmensinteressen zu Fehlentwicklungen führen.

Die im alten Programm enthaltene Unentschiedenheit in der Eigentumsfrage, die auch im Vorfeld dieses Parteitagess hart umstritten war ist zu Ungunsten der dogmatischen Kräfte entschieden worden. Der jetzige Programmtext betont die Bedeutung der Eigentumsstrukturen für die Machtverhältnisse einer Gesellschaft, sagt aber eindeutig, dass die Alternative zum kapitalistischen Eigentum nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen liege, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. In absehbarer Zeit komme es darauf an, „die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds schrittweise sozialen Kriterien zu unterwerfen“. Zwar heißt es völlig richtig, dass es um den realen Inhalt und die soziale Wirkung konkreter Eigentumsformen geht sowie um eine

Vielfalt von Eigentumsformen. Allerdings wird im Folgenden gleich drei Mal die Bewahrung und dann sogar die Ausweitung öffentlichen Eigentums beschworen, um anschließend zu schreiben, dass auch Privatisierungen und Übergänge in genossenschaftliches Eigentum möglich sind. Zielbestimmend heißt es: „Die Politik der PDS soll dazu beitragen, die Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen abzuschwächen, schließlich zu überwinden und die ihr zu Grunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Aus dieser Politik sollen sich Möglichkeiten für weitergehende Umgestaltungen ergeben.“ Wie man sieht, sind alte unvereinbare Formulierungen durch neue Formelkompromisse ersetzt worden. Aber auch diese neuen Kompromisse sind gegen den entschiedenen Widerstand der dogmatischen Kräfte erzielt worden.

Zur Einschätzung der gegenwärtigen Welt Im analytischen Abschnitt zur gegenwärtigen Welt beschreibt das Programm die neoliberale Offensive, ihre sozialen Wirkungen im Globalisierungsprozess und innerhalb der Gesellschaften. Die falschen Verheißungen des Neoliberalismus werden deutlich benannt. Den veränderten Regulationsmechanismen des „Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien“ und der zerstörerischen Kraft seiner neu hervorgebrachten Möglichkeiten zur Lösung von Menschheitsfragen wird breiter Raum gewidmet. Sehr deutlich benennen die Programmautoren die imperialen Herrschaftsziele der USA und der NATO, die darauf hinauslaufen, ausbeuterische und zerstörerische Strukturen zu erhalten und Angriffskriege zu führen. Ursachen von Gefahren werden so nicht beseitigt, sondern verfestigt, der Terrorismus gefördert und die Umwelt zerstört, heißt es im Programm. Dennoch bedient dieses Kapitel ein einfaches, aus früheren Zeiten überkommenes Weltbild. So muss die „politische Dominanz neoliberaler Politik“ dafür herhalten, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten beschleunigt wurde. Es entsteht sogar ein „neuer Totalitarismus der globalen Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen“. Eigenständige Ursachen für regionale Konflikte und Kriege, für Unterdrückung und Ausbeutung in verschiedenen Regionen der heutigen Welt existieren offenbar diesem Text zufolge nicht. Die negativen Entwicklungen in der Welt werden ausschließlich auf das Wirken der USA und

der NATO zurückgeführt. Offenbar gibt es keine zerfallenen staatlichen Strukturen in der heutigen Welt, keine privatisierte Gewalt, keine Warlords, keine ethnischen Konflikte usw. Überhaupt wird im Text mehrfach ein offenbar „objektiver“ Zusammenhang von Interessen transnational agierender Konzerne bzw. Finanzzentren und der Militarisierung der internationalen Beziehungen angenommen.

Der Abschnitt über die Bundesrepublik Deutschland geht auf die neuen Bedingungen ein. Einerseits wird eingestanden, dass die Linke bislang keine erfolgreichen Gegenstrategien zur Liberalisierung der Weltwirtschaft entwickelt hat. Andererseits gibt es die sehr absolute und deshalb überspitzte Einschätzung, dass die „verschiedenen sozialdemokratischen Dritten Wege“ *unvereinbar* mit der Durchsetzung sozialer, politischer und kultureller Rechte der Menschen und nicht geeignet seien, die entscheidenden Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Eine solche Einschätzung ist sicher durch die gegenwärtige Politik der Bundesregierung geprägt, sie lässt aber in dieser Absolutheit keinen Spielraum für eine Zusammenarbeit. Reformalternativen: demokratisch, sozial, zivil

Das Kapitel über die Reformangebote und Positionen der PDS auf den einzelnen Politikfeldern im gegenwärtigen Entwurf ist gegenüber dem 93er Programm ein deutlicher qualitativer Fortschritt. Die gegenwärtigen Politikangebote sind nicht nur eine Aktualisierung des zehn Jahre alten Textes, wenn auch Grundpositionen beibehalten wurden. Jetzt gibt es einen fortlaufenden Text, in dem auch Begründungen und Zusammenhänge deutlich gemacht werden. Das ist besonders wichtig, weil die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien sich auf politisch konkrete Probleme beziehen und die PDS hier mit konkreten Politikangeboten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gefordert ist. Schließlich fasst die Partei damit den programmatischen Rahmen für ihre konkrete Politik.

Hervorzuheben ist, dass die Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft für die PDS an der Spitze steht und



jetzt als „die entscheidende Frage jeder Reformalternative“ bezeichnet wird. Die PDS stellt klar, dass die individuellen und kollektiven politischen Grundrechte, parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie kommunale Selbstverwaltung „unverzichtbare Errungenschaften zurückliegender Kämpfe um die Gleichberechtigung aller“ sind.

In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt die PDS auf klassische Forderungen der Gewerkschaften und anderer linker Kräfte. Es geht um die Stärkung des Binnenmarktes, öffentliche Investitionen, umweltgerechte Technologieförderung, Steuergerechtigkeit und die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Innovativ, aber sehr lange schon konzeptionell nicht ausreichend untersetzt, bleibt die Idee eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Schließlich stützt die PDS das System von Flächentarifverträgen und setzt dabei auf flexible Regelungen, die durch Tarifpartner ausgehandelt und durch ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften abgesichert werden. Als zentrales Element der Perspektive sozialer Sicherungssysteme sieht die PDS die bedarfsorientierte Grundsicherung als Bürgerrecht an. Auf dem Weg dahin werden Forderungen nach Einführung eines Mindestlohnes unterstützt.

Der jetzige PDS-Text zeigt aber auch, dass oftmals traditionelle Forderungen der Linken im Westen aus den 70er und 80er Jahren neben neuen Antworten auf die neue Situation stehen. So wird beispielsweise die starre Verkürzung der Wochearbeitszeit letztlich auf 30 Stunden gefordert, wo es gegenwärtig und in Zukunft wohl eher um die Abwehr höherer Wochenarbeitszeiten und vorrangig um flexible Arbeitszeitregelungen vor allem im Interesse der Beschäftigten und deren jeweiliger Lebenssituation geht. Andererseits werden zu Recht im Abschnitt soziale Sicherheit Lebensarbeitszeitkonten statt einer starren Altersgrenze für den Renteneintritt gefordert. Unklar bleibt, wie „die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes den Verbrauch immer weiter steigern zu können“, sich mit der Forderung nach einer Erhöhung der („umweltbewusst genutzten“) Massenkaufkraft verträgt. Solche Formelkompromisse finden sich mehrfach im Text – wie bei anderen Parteien auch. Untergewichtet bleiben die neuen Herausforderungen und Bedingungen, die teilweise nicht zur Kenntnis genommen werden, wie z.B. die prozentuale Steigerung der Lohnnebenkosten um nahezu das Dop-

pelte seit den 70er Jahren. Der demographische Wandel wird als generelle Herausforderung zwar für die Arbeitswelt, für Wissenschaft und Forschung, für Architektur und Städteplanung, aber nicht für die Sozialsysteme begriffen!

In der Debatte zur Friedenspolitik hat sich der Parteitag gegen die Bestrebungen linksdogmatischer Kräfte gewandt und eine Stärkung der Rolle der UNO einschließlich der Anerkennung ihrer Instrumente bei Krisen und Konfliktfällen unterstützt. Obwohl nun eine Einzelfallprüfung und ggf. Militäreinsätze nach Kapitel VII der UN-Charta anerkannt werden, sollen deutsche Bundeswehreinheiten davon ausgeschlossen bleiben. Diese Delegiertenentscheidung birgt bei aller Weiterentwicklung eine gewisse Inkonsistenz wie auch Realitätsferne in sich. Warum sollte eine UN-Entscheidung an sich als begründet gelten, aber genau für den selbst mitzubestimmenden nationalen Rahmen dann doch nicht. Die beiden PDS-Vertreterinnen im Bundestag entscheiden doch vor allem zu solchen UN-Einsätzen, an denen auch die Bundeswehr beteiligt ist. Und genau hier können sich die MdB eine Prüfung und Argumentation angesichts der durch die jetzige Beschlusslage vorgegebenen Antwort auch weiterhin sparen.

Veränderung und Selbstveränderung der PDS

Im Hinblick auf die Geschichte der DDR und der SED setzt das neue Programm kritischere Akzente. So heißt es: „Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige Mitglieder der SED – um großer Ideale willen – Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen oder sogar unterstützt haben... Es gibt keinen noch so ehrenwerten Zweck, der die Verletzung grundlegender Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze rechtfertigen könnte.“ Auf den im alten Programm noch enthaltenen positiven Bezug zur Oktoberrevolution wurde verzichtet. Auch das noch im alten Programm enthaltene Primat des außerparlamentarischen Kampfes ist nicht mehr enthalten. Die PDS sieht sich nach wie vor an der Seite der sozialen Bewegungen gegen Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Das wichtigste Ziel sei es, „unseren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa zu leisten“. Ein Mitte-Links-Bündnis wird demgegenüber aber nur als langfristiges Ziel formuliert. Nicht ohne Probleme in der Aussagekraft

sind die in diesem Abschnitt genutzten vereinfachten Akteursbeschreibungen: Auf der einen Seite gibt es die „ökonomisch Mächtigen“ und auf der anderen Seite die „sozial Schwachen“. Gerade die vielfältigen Mittelschichten, deren Interessen diese Gesellschaft wesentlich prägen, werden nicht als Zielgruppen und Akteure für gesellschaftliche Veränderungen angesprochen. Geblieben ist die Formulierung, dass die Partei für unterschiedliche Menschen Platz habe (Widerständler und Fundamentalisten wie auch Reformen). Für die Reformkräfte ist wichtig, dass im jetzigen Text ein Bekenntnis für die Teilnahme an den Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin abgelegt wird. „Das Handeln im Spannungsfeld von eigenen sozialistischen Vorstellungen, Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern und erreichbaren Kompromissen ist begleitet von einem ständigen Lernprozess.“ Dieser Satz umschreibt die realen Probleme, die die PDS jetzt zu bewältigen hat.

Realität bleibt bitter für PDS

Die PDS konnte ihrem demokratischen und modernen Statut nun ein aktuelles und qualitativ verbessertes Programm hinzufügen. Die weitgehenden Kompromisse im Text sind Ausdruck des Bemühens um eine möglichst hohe Zustimmung und damit Integrationswirkung für die Partei, ohne dabei die notwendigen zentralen Aussagen zum Reformverständnis zu relativieren. Wo realitätsferne Vorstellungen beschlossen wurden, war ohnehin schon die bisherige politische Praxis der PDS zumeist weiter und das wird auch in Zukunft so bleiben. Die mehrjährige Debatte hat zudem einen Lerneffekt, eine – sicher in Tiefe und Breite bei weitem nicht ausreichende – Veränderung von Denkweisen mit sich gebracht, die so nach Beschlussfassung nicht wieder erreichbar scheint. All das ändert nichts an der Situation, dass Wähler Parteien mehr nach ihren Aktivitäten, nach ihrer Problemlösungskompetenz, ihrem Image, nach ihrem Personalangebot und ihrer Durchsetzungsfähigkeit beurteilen. Aber genau hier ist es um die PDS besonders seit der Niederlage bei der letzten Bundestagswahl nicht gut bestellt. Offenkundig bringt die Zeit der grundsätzlichen Debatten auch nur sehr begrenzt Gewinn in Hinblick auf die Ausarbeitung konkreter Konzeptionen für Reformpolitik. Zudem darf nicht vergessen werden, dass aus offenbar kulturellen Barrieregründen im letzten Jahrzehnt keine relevanten Milieus im Westen gebunden werden konnten. Neue Chancen sind angesichts der nun noch schwieriger gewordenen Lage bei minimierter bundesweiter Öffentlichkeitspräsenz kaum erkennbar. Vor diesem Hintergrund ist die Zukunft der PDS als relevante Kraft im bundesdeutschen Parteiensystem trotz des neuen reformorientierten Programms nicht gesichert.

Die Zukunft der PDS als relevante Kraft im bundesdeutschen Parteiensystem ist trotz des neuen reformorientierten Programms nicht gesichert.

spw dokumentierte in den letzten Heften mehrfach alternative Überlegungen für einen grundlegenden Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Diese wurden in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht. Auf S. 53 dokumentieren wir die Reaktion des SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering auf eine Initiative des Sprechers der spw-HerausgeberInnen, Horst Peter. Der Sozialrechtler Prof. Dr. Friedrich Putz überprüft im folgenden, in wie weit die Aussagen Münteferings zur Beschlussfassung in der Hartz-Gesetzgebung einer fachlichen Überprüfungen Stand halten.

Hartz IV – des Kaisers neue Kleider für Arbeitslose?

von Friedrich Putz

Am 17.10.2003 hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) beschlossen. Mit Artikel 1 dieses Gesetzes wird eine „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ geschaffen und als Zweites Buch (SGB II) in das Sozialgesetzbuch eingefügt. Die damit umgesetzte, im Grundsatz von der Hartz-Kommission empfohlene und in die Agenda 2010 aufgenommene sog. „Zusammenführung“ von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige war hinsichtlich ihrer konkreten Ausgestaltung in der SPD – Fraktion bis zum Schluss umstritten. „Es freut mich, dass wir nun eine Lösung gefunden haben, der alle Mitglieder der SPD-Fraktion zustimmen konnten“, schreibt Franz Müntefering in einem (auf Seite ... dieses Heftes abgedruckten) Brief an Horst Peter. Lässt sich die Zustimmung wirklich mit dem – spät und eilig „nachgebesserten“ – Inhalt des Gesetzes rechtfertigen oder allenfalls mit politischen oder taktischen Motiven wie der Rücktrittsdrohung des Bundeskanzlers oder der Überlegung, dass man das Scheitern des Gesetzes besser der Bundesratsmehrheit überlassen sollte? Enthält das Gesetz – von den Interessen der betroffenen Arbeitslosen her betrachtet – wirklich so viel Positives, dass es zumindest per Saldo zustimmenswert ist oder ist die Zustimmung letztlich entscheidend dadurch zustande gekommen, dass sich auch dem Gesetz gegenüber kritische Abgeordnete unter politischem Druck und unter Zeitdruck schließlich verhalten haben wie die Beamten und das Volk in Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern und es nicht gewagt haben, offen zu bezweifeln, dass die Hartz IV-Schneider für die Arbeitslosen wirklich prächtige Reformkleider angefertigt haben, obwohl sie solche selbst nicht sehen konnten?

Über die seiner Ansicht nach wichtigsten positiven Auswirkungen des Gesetzes gibt uns der Fraktionsvorsitzende zunächst in folgen-

den Kernsätzen seines Schreibens Auskunft: „Ich denke, dass wir damit einen großen Schritt getan haben für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt und zum Bürokratieabbau im Sozialsystem. Außerdem haben wir das Armutsrisiko auf ein Minimum gemildert.“ Um unter „mehr Dynamik am Arbeitsmarkt“ nicht nur eine unverbindliche, schwammige neoliberale Verheißung verstehen zu können, müsste man uns schon genauer sagen, was konkret gemeint ist, insbesondere welche gesetzlichen Regelungen welche messbaren positiven Effekte verursachen. Solange das nicht geschehen ist, darf und muss man davon ausgehen, dass es sich bei dieser Dynamik nur um ein unsichtbares Prachtstück aus dem kaiserlichen Kleiderlager handelt.

Zu dem behaupteten „Bürokratieabbau im Sozialsystem“ ist zunächst zu bemerken, dass es hier nicht um Hartz III, sondern um Hartz IV geht, und der Bürokratieabbau mittels Umbau der Bundesanstalt für Arbeit durch Hartz III nicht den Sozialabbau durch Hartz IV erfordert. Die im SGB II geregelten Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sowie vor allem die zur Durchsetzung radikal verschärfter Zumutbarkeitsbedingungen vorgesehenen harten Sanktionen werden nicht zu weniger, sondern zu mehr Bürokratie führen. Bei den nach diesem Gesetz zu erbringenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II für Arbeitssuchende und Sozialgeld für deren nicht erwerbsfähige Familienangehörige) ist zu bedenken, dass von einem Bürokratieabbau insoweit nicht gesprochen werden kann, als eine Verminderung des Verwaltungsaufwands nur durch mit dem Bedarfsdeckungsgrundsatz unvereinbare Pauschalierungen erfolgt. Der an einzelnen Stellen des Gesetzes unternommene (wenig hilfreiche) Versuch, die Folgen nicht bedarfsdeckender Pauschalierungen abzumildern (vgl. u.a. § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 13 SGB II) führt sogar zu deutlich mehr Bürokratie.

Der kernigste der zitierten Kernsätze, nämlich die Behauptung, das Armutsrisiko sei „auf ein Minimum gemildert“ worden, verdient besondere Beachtung, zumal er durch zwei sehr lehrreiche Beispiele erläutert wird. Aus dem ersten, nämlich der Aussage, „So werden die Kosten für Unterkunft und Heizung ... in tatsächlicher und angemessener Höhe übernommen“, lernen wir, dass die Aufnahme dieser bereits seit vielen Jahren im Sozialhilferecht geltenden Regelung (vgl. § 3 Regelsatz-VO) in das neue Gesetz der Milderung des Armutsrisikos dient und – im Umkehrschluss – daher festzustellen ist, dass eine Pauschalierung dieser Kosten, die Leistungen unter dieser Höhe zur Folge hat, dieses Risiko verschärft. Genosse Müntefering hat es aber leider versäumt, uns auch noch zu erklären, warum dann § 27 SGB II eine Verordnungsermächtigung enthält, die die zuständigen Bundesministerien ermächtigt, durch Rechtsverordnung u. a. zu bestimmen, „unter welchen Voraussetzungen die Kosten für Unterkunft und Heizung pauschaliert werden können“ Diese von ihm verschwiegene Regelung wurde sicher nicht geschaffen, damit nie Gebrauch von ihr gemacht wird. Extrem lebensfremd wäre auch die Annahme, durch diese Ermächtigung ermöglichte Pauschalen wären nie niedriger als die tatsächlichen, angemessenen Unterkunfts- und Heizkosten, und die Leistungsträger würden diese Leistungen somit in Zukunft pauschalieren, um mehr Geld auszugeben als bisher, und nicht, um zu sparen.

Auch hinsichtlich der als weitere Maßnahme zur Abmilderung des Armutsrisikos angepriesenen Möglichkeit der Übernahme von Mietschulden als Darlehen hat uns der Fraktionsvorsitzende etwas verschwiegen: Die neue Regelung (§ 22 Abs. 5 SGB II) ist wesentlich restriktiver und für die Betroffenen ungünstiger als die entsprechende Vorschrift des geltenden Sozialhilferechts (§ 15 a BSHG).

Wenn jemand behauptet, durch Hartz IV werde das Armutsrisiko gemildert, muss die Frage gestellt werden, mit welchem weniger milden Zustand er den durch das neue Gesetz geschaffenen vergleicht. Falls Franz Müntefering als Vergleichsmaßstab das Sozi-

alhilfeniveau heranzieht (und es ist nicht ersichtlich, welcher andere Maßstab gemeint sein könnte), ist seine Behauptung jedenfalls dann nicht mehr nachvollziehbar, wenn man als Niveau der Sozialhilfe deren *bisheriges* Niveau und nicht irgendein neues, unter dieses abgesenktes versteht, und nicht nur den relativ kleinen Teil der Leistungsberechtigten betrachtet, denen im Anschluss an den Bezug von Arbeitslosengeld I ein befristeter Zuschlag (§24 SGB II) zusteht.

U.a. folgende Regelungen des SGB II ermöglichen bzw. bewirken eine Absenkung der neuen Leistungen „Arbeitslosengeld II“ und „Sozialgeld“ unter das bisherige Sozialhilfeniveau:

1. Pauschalierung der Kosten für Unterkunft und Heizung

Wird von der bereits erwähnten Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht, wird dies voraussichtlich bei vielen Leistungsträgern oder sogar flächendeckend zu Pauschalierungen führen, da sich diese in Modellversuchen nach §101 a BSHG als besonders lukrative Sparmaßnahmen erwiesen haben. Für die betroffenen Arbeitslosen und ihre Familien werden sich solche Pauschalierungen, wie ebenfalls aus den genannten Modellversuchen zu ersehen ist, besonders schmerzhaft auswirken. Die Größenordnung der zu erwartenden Kürzungen lässt sich daraus ersehen, dass z.B. in Kassel die Unterkunftspauschale für Alleinstehende auf monatlich 460,00 DM (235,20 Euro) festgesetzt wurde, während vorher Unterkunftskosten (Kaltmiete und Nebenkosten ohne Heizung) bis ca. 580,00 DM, in vielen Fällen sogar bis ca. 600,00 DM als angemessen akzeptiert wurden (zur Pauschalierung der Unterkunft- und Heizkosten sowie zu dem Kasseler Modellversuch s. auch Putz, SPW 3/2003,41 sowie info also 1/2003,33 und 3/2003,122). Der Umfang sowie die Auswirkungen solcher Sparmaßnahmen (u.a. Wohnungsverlust, Mietschulden oder Leben unter dem Existenzminimum wegen Bezahlung der Miete aus der Regelleistung) machen plausibel, warum die Rechtsgrundlage für solche Pauschalierungen nicht offen in das Gesetz aufgenommen, sondern durch die Hintertür einer Verordnungsermächtigung eingeschmuggelt wurde.

2. Ermächtigung zur Absenkung der Angemessenheitsgrenze der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung

Die ebenfalls in §27 SGB II enthaltene weitere Verordnungsermächtigung, zu bestimmen, „welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung angemessen sind“, lässt befürchten, dass sie als Grundlage und Auftrag zu Absenkungen der Angemessenheitsgrenze (Mietobergrenze) angesehen und vor allem dazu benutzt wird, diese Grenze unter das bisher durch die Rechtsprechung des BVerwG gebotene Niveau abzusenken.

Damit könnten auch ohne Pauschalierung die tatsächlichen, bisher als angemessen anerkannten Unterkunft- und Heizkosten für viele Hilfebedürftige unbezahlbar werden.

3. Pauschalierung einmaliger Leistungen mit Abgeltungswirkung und Einbeziehung in die Regelleistung (u.a. §§20,5 und 23 SGB II)

Hinsichtlich der durch die Pauschalierung einmaliger Leistungen gegenüber dem bisherigen Sozialhilferecht eintretenden Verschlechterungen verweise ich auf die ausführlich begründeten Bedenken von Berlit (Richter am BVerwG), der dazu u.a. ausführt: „Eine Öffnungs- oder Härteklausele fehlt. Die ... bei nicht bedarfsdeckender Pauschale möglichen darlehensweisen Leistungen, die mit bis zu 10 v.H. ... der Regel(satz)leistung durch Aufrechnung zu tilgen sind, verschoben die Probleme nur auf der Zeitachse... Mangels Entscheidungsspielraum für abweichende Bedarfslagen im Einzelfall werden Individualisierungs- und Bedarfsdeckungsgrundsatz verletzt, ohne dass der Höhe nach die vorgesehenen Pauschalen auf einen finanziellen „Puffer“ weisen, der regelmäßig auch atypische Bedarfslagen auffängt. Dies berührt die Zulässigkeit der Pauschalierung selbst, schließt jedenfalls eine strikte Abgeltungswirkung der Pauschale aus und wirft allein die Frage auf, ob Wortlaut sowie Sinn und Zweck noch eine verfassungskonforme Auslegung zulassen.“ (Berlit, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, info also 5/2003,195). Besonders die Einbeziehung der einmaligen Leistungen für die Beschaffung von Gebrauchsgütern von längerer Gebrauchsdauer und von höherem Anschaffungswert, (z.B. Waschmaschine, Kühlschrank, Elektroherd) und für besondere Anlässe (z.B. Konfirmation bzw. Kommunion, Hochzeit, Taufe, Beerdigung) wird in zahlreichen Fällen dazu führen, dass der Bedarf nicht rechtzeitig gedeckt werden kann, oder, falls ein Darlehen gewährt und durch monatliche Aufrechnung in Höhe von bis zu 10 v.H. der Regelleistung getilgt wird, dem Hilfebedürftigen und den mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen keine ausreichenden Mittel übrig bleiben, um einen anderen unaufschiebbaren Bedarf, insbesondere einen solchen an Kleidung, rechtzeitig zu decken (zur Pauschalierung dieser Bedarfe s. auch Putz, info also 1/2000,5).

4. Kürzung von Leistungen für Kinder und Jugendliche

a) Das Sozialgeld beträgt nach §28 Abs.1 i.V.m. §20 SGB II bis zur Vollendung des 14. Lebensjahrs 60 v.H. und ab Beginn des 15. Lebensjahrs 80 v.H. der für alleinstehende erworbene Volljährige maßgebenden Regelleistung. Das bedeutet im Vergleich zu der derzeit geltenden sozialhilferechtlichen Regelung (§2 Regelsatz-VO), dass Kinder vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 14.

Lj. eine um 10 v.H. bzw. 5 v.H. (Kinder von Alleinerziehenden), Jugendliche vom Beginn des 14. bis zur Vollendung des 18. Lj. eine um 10 % des Eckregelsatzes gekürzte Leistung erhalten. Die Erhöhung des Prozentsatzes von 50 auf 60 bzw. von 55 auf 60 v.H. (Kinder von Alleinerziehenden) für Kinder bis 7 Jahren ändert nichts daran, dass Haushalte, in denen ein Ausgleich der Kürzungen durch diese Erhöhungen nicht stattfindet, unter dem ihnen bisher gewährten Existenzminimum werden leben müssen.

b) Das Existenzminimum für Haushalte mit Kindern wird auch dadurch abgesenkt, dass im SGB II die bisher durch §76 Abs.2 BSHG bewirkte Nichtanrechnung von Kindergeld in Höhe von monatlich 10,25 Euro bei einem Kind und von 20,50 Euro bei zwei oder mehr Kindern nicht mehr vorgesehen ist.

5. Absenkung von Leistungen bzw. Leistungsausschluss auf Grund der Leistungsvermutung in §9 Abs.4 SGB II

Leben Hilfebedürftige in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten (auch solchen in der Seitenlinie, also z.B. mit Geschwistern, die einander nach dem BGB nicht unterhaltspflichtig sind!) oder mit Verschwägerten (z.B. mit nach dem BGB ebenfalls nicht unterhaltspflichtigen Schwiegereltern), so wird vermutet, dass sie von ihnen Leistungen erhalten, soweit dies nach deren Einkommen und Vermögen erwartet werden kann. Diese bisher nur im Sozialhilferecht (§16 BSHG), nicht aber im Recht der Arbeitslosenhilfe geltende Regelung kann zur Anrechnung solcher vermuteter Unterhaltsleistungen auf das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld und damit zur Minderung bzw. zum Ausschluss dieser Leistungen des SGB II führen. Sie ist daher familienfeindlich und – da man ihr durch Beendigung der Haushaltsgemeinschaft entgehen kann – familiensprengend. 6.) Der Kaufkraft nach kann das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld auch dadurch unter das bisherige Sozialhilfeniveau absinken, dass die Regelleistung jeweils zum 1. Juli eines Jahres nicht gemäß dem Preisanstieg der von ihr umfassten Güter und Dienstleistungen angepasst wird, sondern nur um den Vmhundertsatz, um den sich der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung verändert (§20 SGB II). Durch rentenrechtliche „Nullrunden“ kann das Existenzminimum daher real, durch mittlerweile zu befürchtende Absenkungen des Rentenwerts sogar nominal abgesenkt werden.

Das Armutsrisiko

Bleibt die Frage: Wurde das Armutsrisiko Arbeitsloser durch substantielle Nachbesserungen so erheblich vermindert, dass das Gesetz dadurch erträglich gemacht wurde? Das könnte in folgenden drei Bereichen geschehen sein:

Nachbesserung 1: In das Gesetz eingefügt wurde eine Vorschrift, nach der als einzuset-

zendes Vermögen nicht zu berücksichtigen sind, geldwerte Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, soweit der Inhaber sie vor Eintritt in den Ruhestand auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung nicht verwerten kann...“ (§12 Abs. 2 Nr.3 SGB II). Vermindert wird durch diese Vorschrift allenfalls das Armutsrisiko im Alter, nicht auch jenes während der Arbeitslosigkeit. Die oben gestellte Frage muss schon aus diesem Grunde verneint werden.

Zu *Nachbesserung 2* schreibt Franz Müntefering: „Außerdem sind Unterhaltsansprüche von Eltern auf Kinder und umgekehrt ausgeschlossen“. Das ist irreführend. Nachgebessert wurde nur §33 SGB II, der die Voraussetzungen regelt, unter denen die Agentur für Arbeit Unterhaltsansprüche von Leistungsempfängern gegen Unterhaltspflichtige durch eine schriftliche Anzeige auf sich überleiten kann. Der hier interessierende Teil der Neufassung lautet: „Der Übergang eines Unterhaltsanspruchs nach bürgerlichem Recht darf nicht bewirkt werden, wenn die unterhaltsberechtigte Person... mit dem Verpflichteten verwandt ist und den Unterhaltsanspruch nicht geltend macht“ (Es folgen Ausnahmen von dieser Regelung, s. näher §33 Abs. 2 SGB II). Ausgeschlossen ist damit nur die Überleitung der Unterhaltsansprüche von Eltern gegen ihre Kinder und umgekehrt, nicht das Bestehen solcher Ansprüche, denn diese ergeben sich aus dem (durch das SGB II nicht abgeänderten) BGB. Obwohl der Arbeitslose somit seinen Unterhaltsanspruch behält und auch weiterhin selbst geltend machen kann, ermöglicht ihm das noch nicht, durch Zahlungen des Unterhaltspflichtigen sein Arbeitslosengeld II „aufzubessern“, denn sobald er den Anspruch geltend macht, kann dieser übergeleitet werden. Durch die Nachbesserung wird also nicht die Armut des Arbeitslosen gemildert, sondern allenfalls der Unterhaltspflichtige geschont. Auch letzteres ist allerdings zweifelhaft, da das oben zitierte Überleitungsverbot seinem Wortlaut und seiner systematischen Stellung nach nicht ausschließt, dass die Agentur für Arbeit den Arbeitslosen darauf verweist, seinen Unterhaltsanspruch im Wege vorrangiger Selbsthilfe selbst geltend zu machen, und ihm daher die Zahlung von Arbeitslosengeld II mit der Begründung verweigert, er sei nicht „hilfebedürftig“ im Sinne des §9 SGB II. Sie könnte sich dabei sogar auf die Begründung des Gesetzes stützen, in der zu dieser Vorschrift ausgeführt wird: „Nicht hilfebedürftig ist derjenige, der die erforderliche Hilfe von anderen erhält oder erhalten kann. Insbesondere sind Ansprüche gegenüber Angehörigen und anderen Trägern von Sozialleistungen geltend zu machen.“ (BT-Drucksache 15/1516 S. 53)

Nachbesserung 3 betrifft die Zumutbarkeit einer Arbeit. Sie stellt klar, dass der Ausübung der Arbeit ein „sonstiger wichtiger Grund“ auch dann entgegensteht, wenn „für die Arbeit nicht das maßgebliche tarifliche



Franz Müntefering
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik - 11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 75003/73731
20. Oktober 2003 TR/SL

Herrn
Horst Peter
Krähahnstraße 9b
34131 Kassel

Lieber Horst Peter,

vielen Dank für Deinen Brief und Deine detaillierten Vorschläge zur Überarbeitung zu Hartz IV. Wir haben am 17. Oktober das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt mit den Stimmen der Koalition im Bundestag verabschiedet. Wie Du weißt, sind dieser Abstimmung viele Diskussionen vorausgegangen, und es freut mich, dass wir nun eine Lösung gefunden haben, der alle Mitglieder der SPD-Fraktion zustimmen konnten.

Ich denke, dass wir damit einen großen Schritt getan haben für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt und zum Bürokratieabbau im Sozialsystem. Außerdem haben wir das Armutsrisiko auf ein Minimum gemildert. So werden die Kosten für Unterkunft und Heizung der Empfänger des neuen Arbeitslosengeldes II in tatsächlicher und angemessener Höhe übernommen, außerdem sind Darlehen für die Übernahme von Mietschulden möglich. Die Leistungsbezieher sind voll kranken-, renten- und pflegeversichert, die staatlich geförderte Altersvorsorge bleibt anrechnungsfrei. Außerdem wird zusätzlich zum Freibetrag für allgemeines Vermögen (200 Euro je Lebensjahr und Partner) ein weiterer Freibetrag speziell für die Altersvorsorge (z.B. durch Lebensversicherung) eingeführt, ebenfalls von 200 Euro pro Jahr und Partner. Der Höchstbetrag liegt bei 13.000 Euro für Alleinstehende bzw. 26.000 Euro für Ehepaare. Außerdem sind Unterhaltsansprüche von Eltern auf Kinder und umgekehrt ausgeschlossen.

Bei der Zumutbarkeit haben wir darauf geachtet, dass die anzunehmende Tätigkeit dem ortsüblichen Niveau entspricht. Damit wollen wir Lohndumping verhindern. Oberstes Ziel ist es, vorrangig Leistungen zur Wiedereingliederung in Arbeit und nicht nur passive Leistungen zum Lebensunterhalt zu gewähren. Mit dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und den verstärkten Vermittlungsbemühungen wollen wir dafür sorgen, wieder mehr Menschen in unserem Land die Chance auf einen Arbeitsplatz einzuräumen. Denn das ist das beste Mittel gegen Armut.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Müntefering

Arbeitsentgelt oder mangels einer tariflichen Regelung das ortsübliche Arbeitsentgelt gezahlt wird“ (§10 Abs.1 Nr.5 SGB II) Als politisches Grundsatzbekenntnis ist diese Regelung lobenswert, ihre Schutzwirkung für den einzelnen Arbeitslosen ist bei lebensnaher Betrachtung jedoch als gering zu bewerten.. Das liegt daran, dass das SGB II dem Arbeitssuchenden nur eine äußerst schwache Rechtsstellung einräumt und ihn insbesondere relativ schutzlos seinem „Fallmanager“ ausliefert. Widersetzt er sich dessen Entscheidungen und Forderungen, trägt er das Risiko harter Sanktionen. Berlin (a.a.O., S. 204) fasst seine detaillierte Kritik an der schlechten und risikoreichen Rechtsposition des Arbeitslosen u. a. in der Feststellung zusammen, der erwerbsfähige Hilfebedürftige werde in erheblichem Umfang von den Entscheidungen seines Fallmanagers abhängig und könne „die Beachtung der gesetzlichen Vorgaben nicht wirksam in gesicherten Verfahren durchsetzen.“

Es würde den begrenzten Raum dieses Aufsatzes sprengen, anhand der einzelnen gesetzlichen Regelungen konkret aufzuzeigen, welche Instrumente und Repressionsmög-

lichkeiten das SGB II zur Disziplinierung Arbeitssuchender zur Verfügung stellt und wie unfair es die Gegenwehr der Betroffenen einschränkt. Wer das Gesetz unter diesem Gesichtspunkt gründlich liest, muss zu dem Schluss kommen, dass Hartz IV nicht nur, wie oben aufgezeigt, ein Armutsverschärfungs-, sondern zugleich ein Arbeitslosenentrechtungsgesetz ist.

Leistungen zur Wiedereingliederung in Arbeit zu gewähren, um mehr Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz zu geben, ist zweifellos richtig und notwendig. Wir dürfen uns aber nicht einreden lassen, dazu sei es unverzichtbar, Arbeitslose und ihre Familien ärmer und rechtloser zu machen. Wer dies behauptet, indem er Hartz IV zur alternativlosen Lösung erklärt, will – um im Bilde der Überschrift zu bleiben – nicht nur den Arbeitslosen, sondern auch dem Kaiser SPD unsichtbare Prachtkleider anziehen. So bekleidet durch die Stadt zu ziehen ist aber, wie Wahlniederlagen, Umfragewerte und Massenproteste beweisen, mittlerweile nicht mehr möglich, ohne dass Millionen Bürger und Wähler wie das Kind in dem Märchen – laut rufen: „Der Kaiser ist nackt!“

Unterkonsumtion, Überakkumulation und die Reform der sozialen Sicherungssysteme

Von Thieß Petersen

Die deutsche Volkswirtschaft gilt als Sanierungsfall. Steigende Arbeitslosigkeit, ausbleibendes Wachstum und zunehmende Verschuldung des Staates sind nur einige Schlagworte für einen Zustand, an dem nun – nachdem in der Vergangenheit zu hohe Löhne und zu hohe Steuern als Grund herhalten mussten – der Sozialstaat Schuld sein soll. Folgerichtig fordert der Kanzler eine weitreichende Reform der sozialen Sicherungssysteme mit gravierenden Einschnitten. „Wenn sich die wirtschaftliche Basis einer Gesellschaft so radikal verändert, kann man nicht so tun, als hätte das keine Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Überbau. Das genau ist aber der Fehler derjenigen, die meine Schlussfolgerungen daraus kritisieren. Sie wollen an etwas festhalten, dem die reale Grundlage entzogen ist.“ (Schroder, in: Der Spiegel vom 19.04.2003)

Auch der Alt-Kanzler Helmut Schmidt sieht kollektive Einschränkungen als unumgänglich an. „Sie alle müssen einräumen, dass zwar ganz allgemein der reale Lebensstandard der Deutschen heute höher ist als jemals in der Geschichte. Alle Bürger haben längst verstanden, dass aber ihr Lebensstandard einstweilen nicht weiter steigen kann, sondern vorerst Abstriche unausweichlich notwendig sind.“ (Schmidt, in: Die Zeit vom 10.04.2003.) Für den Sozialstaat bedeutet dies Leistungskürzungen im Gesundheitswesen, bei der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe und der Rente. Zusammenfassend gilt: „Der Rückbau des Sozialstaates ... ist unausweichlich.“ (Glötz in: Die Zeit vom 08.05.2003). Der vorliegende Beitrag analysiert die systemimmanenten Ursachen der aktuellen Probleme und zeigt einen Lösungsansatz auf.

Ohne wirtschaftliches Wachstum gelingt der Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht.

1. Ursachen der Krise der sozialen Sicherungssysteme

Verantwortlich für die angespannte Situation der sozialen Sicherungssysteme ist in erster Linie das fehlende beschäftigungswirksame Wachstum. Ohne wirtschaftliches Wachstum gelingt der Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht. Dabei ist es gerade diese Massenarbeitslosigkeit, die mit ihren Konsequenzen – steigende Sozialausgaben bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen für die Sozialkassen – das System der sozialen Sicherung belastet.

Ursache für die Wachstumsschwäche in einer Industrienation wie Deutschland ist das Zusammenspiel des technischen Fortschritts mit Sättigungserscheinungen. Der technische Fortschritt bewirkt eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sodass die gleiche Menge an Gütern mit weniger Arbeitseinsatz hergestellt werden kann. Ein Rückgang der Beschäftigung lässt sich nur

verhindern, wenn die Menge der nachgefragten und deshalb auch produzierten Güter so stark steigt, dass der technologisch bedingte Beschäftigungsrückgang kompensiert

wird. Eine solche Nachfragedynamik findet aber in Deutschland seit geraumer Zeit nicht statt. Wie auch in anderen entwickelten Industrienationen ist die mangelnde Nachfrageentwicklung deshalb eine entscheidende Ursache für die bestehende Wachstumsschwäche. Verantwortlich hierfür sind zunächst Sättigungserscheinungen. „Die meisten, wenn nicht alle existenzwichtigen Bedürfnisse unterliegen der Sättigung. Es gilt das *Erste Gossensche Gesetz, das Sättigungsgesetz*“. (Zinn, 1993, S. 28.) Diese Sättigungserscheinungen stellen sich bei Konsumenten mit einem relativ hohen Einkommen ein. Deren Konsumzurückhaltung führt zu Absatzproblemen, auf welche die Unternehmen früher oder später mit einer Senkung ihrer Pro-

duktion reagieren. Das geringere Produktionsvolumen geht einher mit einem geringeren Bedarf an Arbeitskräften, was einen langsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit bewirkt. Die Einkommensverluste der Arbeitslosen zwingen diese zur Konsumeinschränkung, „so daß nunmehr neben die sättigungsbedingten Nachfrageverluste solche wegen fortfallender Massenkaufkraft treten“. (Zinn, 1997, S. 74.) Verstärkt werden sättigungsbedingte Nachfrageverluste durch eine Steuerpolitik, welche die geringeren Einkommen zu Gunsten der höheren Einkommen belastet. Dadurch werden bei den einkommenschwachen Haushalten Nachfragereduktionen hervorgerufen, die auf einer mangelnden Kaufkraft basieren (vgl. zur „Umverteilung“ von unten nach oben auf nationaler wie auf internationaler Ebene: Schäfer 1999)

2. Antwort der neoliberalen Wirtschaftstheorie und ihre Erfolgsaussichten

Die Antworten der neoliberalen Wirtschaftstheorie sind alt bekannt. Nach Ansicht der vorherrschenden Mainstreamüberzeugung resultieren Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit vor allem aus zu hohen Lohnkosten und einer zu hohen staatlichen Regulungsdichte. Folgerichtig greifen die Empfehlungen zur Stärkung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte diese beiden Hauptursachen auf. Exemplarisch für die Sichtweise der neoliberalen Wirtschaftspolitik kann ein 10-Punkte-Vorschlag von Herbert Giersch aus dem Jahre 1983 vorgestellt werden. Die wichtigsten Schlagworte dieser Empfehlung lauten: Vereinfachung der Steuern; ermäßigte Steuern für Einkommen, die aus zusätzlicher Leistung erwachsen sind; Subventionskürzungen bzw. -streichungen; Infragestellung aller Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu den Märkten versperren; freiere Lohnbildung; eine Wahlmöglichkeit bei den staatlichen Zwangsversicherungen mit einem ermäßigten Tarif für alle, die Teile des Risikos, die über das unverzichtbare Minimum am Sozialzwang hinausgehen, selbst zu tragen bereit sind (freiwillige Selbstbeteiligung) und Abbau aller Restriktionen, die

dem Schutz von bestehenden Monopolen dienen. (Vgl. Giersch, 1986, S. 290f.) Auch die 13 Module der Hartz-Kommission enthalten zahlreiche Instrumente, die auf der neoliberalen Überzeugung basieren. Zu nennen sind unter anderem die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, die Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, die Ausweitung der Leiharbeit und niedrig entlohnter Minijobs, die Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und die Senkung der betrieblichen Personalkosten zu Lasten öffentlicher Förderung. (vgl. Herr 2002, S. 515 – 536.)

Was aber ist von einer strikten Verfolgung neoliberaler Politikvorschläge zu erwarten? Vertreter dieser Position heben den angebotsseitigen Effekt ihrer Wirtschaftspolitik hervor. Die Verringerung des Preises für die Arbeitskraft erhöht die Nachfrage nach dieser Ware und sorgt für eine erhöhte Beschäftigung. Ein Mehr an Beschäftigung bedeutet zugleich eine größere Produktion, also wirtschaftliches Wachstum, und damit einhergehend höhere Steuereinnahmen und geringere Sozialtransferleistungen des Staates. Beides senkt die Lohnnebenkosten und setzt die Wachstumsspirale fort, die en passant auch die sozialen Sicherungssysteme saniert.

Diese weit verbreitete Argumentation leidet jedoch unter einer entscheidenden Schwäche. Unternehmen werden ihre Produktion nur erhöhen, wenn sie erwarten können, dass die zusätzlich erstellten Güter und Dienstleistungen auch nachgefragt werden. Dies aber ist in der aktuellen wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik Deutschland nicht zu erwarten. Die schwache Binnennachfrage gilt längst nicht mehr nur unter keynesianisch orientierten Ökonomen als das entscheidende Wachstumshemmnis. Dazu eine längere Passage aus dem aktuellen Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: „Deutschland war das einzige Mitgliedsland der EU, in dem der private Konsum im vergangenen Jahr gesunken ist. Dies ist vor allem auf die geringen Zuwächse bei den Löhnen und Gehältern zurückzuführen. Zwar konnte im vergangenen Jahr erstmals seit längerer Zeit der verteilungsneutrale Lohnspielraum in den Tarifverhandlungen ausgeschöpft werden. Die langen Jahre der Umverteilung zu Lasten der Löhne und Gehälter wirken jedoch weiter und drücken auf den Verbrauch. ... Da die niedrigere private Verbrauchsnachfrage nicht durch zusätzliche Staatsausgaben ausgeglichen wurde, sank die binnenwirtschaftliche Endnachfrage, und in der Folge gingen auch die Investitionen deutlich zurück. ... Ohne eine deutliche – durch stärkere Lohnsteigerungen und eine expansivere Wirtschaftspolitik vorangetrie-

bene – Belebung der Inlandsnachfrage wird sich die Stagnation in Deutschland verfestigen ...“. (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2003, S. 17f.)

Wirtschaftliches Wachstum kann sich vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge nur durch signifikante Wachstumsimpulse einstellen, die direkt auf der Nachfrageseite wirken. Eine lediglich auf die Marktkräfte setzende Wirtschaftspolitik wird dies allerdings nicht schaffen. Die sich selbst überlassene Marktwirtschaft steuert vielmehr automatisch in einen Zustand der »chronischen Überakkumulation«. (vgl. Bischoff/ Nick/ Steinitz, 2000, S. 89 – 103, hier S. 91.)

3. Neoliberalismus und Überakkumulation

Das Phänomen der Überakkumulation bildet in den Schriften von Karl Marx einen integralen Bestandteil einer kapitalistisch organisierten Ökonomie. Die Überakkumulation äußert sich dadurch, dass – gemessen an den Absatzchancen – der vorhandene Kapitalbestand zu groß ist. Die mangelnde Konsumnachfrage lässt Überkapazitäten entstehen, die zu Produktionseinbrüchen mit entsprechender Arbeitslosigkeit führen. „Fabriken stehn still, Rohstoffe häufen sich auf, fertige Produkte überfüllen als Waren den Markt. Es ist also nichts falscher, als solchen Zustand einem Mangel an produktivem Kapital zuzuschreiben. Es ist gerade dann Überfluß von produktivem Kapital vorhanden, teils in bezug auf den normalen, aber augenblicklich kontrahierten Maßstab der Reproduktion, teils in bezug auf die gelähmte Produktion.“ (MEW 25, 1984, S. 500.)

Verantwortlich für den – im Vergleich zur effektiv nachgefragten Menge an Gütern und Dienstleistungen – zu großen Kapitalbestand ist eine zu geringe Massenkaufkraft. „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (MEW 25, S. 501) Bei Marx ist der Rückgang der effektiven Nachfrage eine Folge der Polarisierung der Einkommen. Ein Strukturmerkmal der kapitalistisch organisierten Gesellschaft ist der Umstand, dass die Pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter sinken. Dieses Absinken ergibt sich aus der steigenden Arbeitslosigkeit und dem damit zusammenhängenden Lohndruck.

Gleichzeitig sorgt der Wettbewerbsdruck für Unternehmensschließungen, was sich in dem bekannten Satz „Je ein Kapitalist schlägt viele tot“ (MEW 23, 1986, S. 790.) ausdrückt. Und während die unterlegenen Kapitalisten in die Arbeiterklasse absteigen und deren Schicksal teilen, konzentriert sich das gesellschaftliche Kapital in der Hand von immer weniger Kapitalisten. Die Konzentration des Kapitals hat gravierende Folgen für die Einkommensverteilung. Der im Zuge von Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt steigende gesellschaftlich produzierte Mehrwert verteilt sich nun auf eine schrumpfende Zahl von Kapitalisten, was deren Pro-Kopf-Einkommen erhöht.

Die zunehmende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung hat somit erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Massenkaufkraft und sorgt für Absatzprobleme und wirtschaftliche Krisen:

„Die Epochen, worin die kapitalistische Produktion alle ihre Potenzen anstrengt, erweisen sich regelmäßig als Epochen der Überproduktion; weil die Produktionspotenzen nie so weit angewandt werden können, daß dadurch mehr Wert

Wirtschaftliches Wachstum kann sich nur durch signifikante Wachstumsimpulse einstellen, die direkt auf der Nachfrageseite wirken.

produziert, sondern realisiert werden kann; der Verkauf der Waren, die Realisation des Warenkapitals, also auch des Mehrwerts, ist aber begrenzt, nicht durch die konsumtiven Bedürfnisse der Gesellschaft überhaupt, sondern durch die konsumtiven Bedürfnisse einer Gesellschaft, wovon die große Mehrzahl stets arm ist und stets arm bleiben muß.“ (MEW 24, 1986, S. 318, Fußnote 32.) Die Schwächung der Massenkaufkraft ruft Absatzprobleme hervor, die sich mit fortschreitender technischer Entwicklung verstärken. „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind also nicht identisch. ... Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andern durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. ... Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Ba-

sis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen". (MEW 25, S. 254f.)

Diese theoretischen Erwägungen werden von der tatsächlichen Einkommensverteilung eindrucksvoll bestätigt: „Tatsächlich hat seit Anfang/Mitte der 80er Jahre mit der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung der Reichtum explosionsartig zugenommen und damit die Ungleichheiten verschärft, und zwar sowohl innerhalb der Gesellschaften (sozial und regional) wie zwischen ihnen, wie zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen haben". (Ziebur, S. 31) Amin stellt daher fest: „Die kapitalistische Globalisierung ist ihrer Natur nach polarisierend. ... Denn das Streben nach Maximal-profit zieht, wenn es nicht auf starke soziale Hindernisse stößt, fast

zwangsläufig verschärfte Ungleichheiten in der Einkommensverteilung nach sich Diese tritt tatsächlich bei allen Partnern des gegenwärtigen Systems im Westen, Osten und Süden wie auch auf internationaler Ebene hervor. Diese Ungleichheit produziert wiederum die Krise, d. h. einen zunehmenden Überschuss an Kapitalen, die keine Expansion des Produktionssystems dienenden Anlagefelder finden". (Amin, 1998, S. 139, 145.)

Im Ergebnis hat dies folgende Konsequenzen: Eine Verteilung, bei der größere Teile des gesellschaftlichen Einkommens – und damit der potentiellen Kaufkraft – bei einkommensreichen Haushalten mit einer hohen Sparquote liegen, führt zu entsprechend hohen gesellschaftlichen Ersparnissen. Diese fallen als Konsumnachfrage aus. Der gesellschaftliche Nachfrageausfall kann in einer möglichst staatsfreien Gesellschaft nur durch die Investitionen der privaten Unternehmen kompensiert werden. Die mangelnde Konsumnachfrage aber schmälert die Absatzchancen der Investoren und reduziert damit deren Investitionsbereitschaft. „Eine plötzliche Zunahme der Sparsamkeit, die zu einer Reduktion der Konsumausgaben führt, ist für die Unternehmer äußerst unangenehm. Einige von ihnen entdecken, daß sie nicht jenen Umsatz erzielen können, in dessen Erwartung sie ihre Produktionskapazität ausgebaut haben, und wenn sie als Reaktion Arbeiter entlassen oder ihre Investitionsvorhaben einschränken, verringern sich damit auch die Absatzchancen anderer." (Robinson, S. 60.) Hieraus entsteht ein chronischer „Konflikt zwischen der Produk-

tions- und der Konsumtionskraft ... Die ungünstige Verteilung des Einkommens schränkt die Konsumtion ein und steigert damit die Höhe der Investition, die erforderlich ist, um die Prosperität zu sichern, während sie gleichzeitig die Möglichkeiten für rentable Investitionen einschränkt, indem sie die Nachfrage nach Konsumgütern, die mittels des Kapitals erzeugt werden

können, verringert." (Robinson, 1987, S. 88.) Selbst eine gleichmäßige Verteilung des Volkseinkommens würde wegen der eingangs schon erwähnten Sättigungserscheinungen zu Nachfragerückgängen führen, die eine Überakkumulation bewirken.

Schließlich sind auch die Exporte als zusätzliches Nachfrageelement nur bedingt in der Lage, die Über-

akkumulation in entwickelten Nationen wie Deutschland zu beseitigen. Da Entwicklungsländer mangels Kaufkraft nur in geringem Maße als Nachfrager in Betracht kommen, exportieren Industrienationen hauptsächlich in andere Industrienationen. (vgl. Memorandum 2003, S. 314.) Sofern alle entwickelten Gesellschaften aber unter den beschriebenen Überakkumulationstendenzen leiden, hilft der Export nicht dauerhaft, dieses Problem zu lösen.

Im Ergebnis führt eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft automatisch zu einem gesamtgesellschaftlichen Zustand mit Nachfrageausfällen und Überakkumulation inklusive steigender Arbeitslosigkeit. Die Forderung nach mehr Markt und weniger Staat ist deshalb kein geeignetes Instrument, um höhere Wachstumsraten und einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

5. Wirtschaftspolitische Alternativen

Nun ist selbst bei Wachstum in einer freien Marktwirtschaft nicht mehr gewährleistet, dass es zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit kommt. Der starke Produktivitätsanstieg, der sich bei der Nutzung moderner Technologien einstellt, sorgt dafür, dass trotz wirtschaftlichen Wachstums der arbeitssparende Effekt des technischen Fortschritts nicht mehr kompensiert werden kann. „Das Patentrezept »Mehr Wachstum = Weniger Arbeitslosigkeit« geht in einer wissens- und kapitalintensiven Gesellschaft nicht mehr auf." (Glotz, a.a.O., S. 6.) Diese pessimistische Sicht der Dinge gilt so allerdings nur für eine rein marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft. Es ist zu bedenken, dass es umfangreiche gesell-

schaftliche Bedarfe gibt, die von privatwirtschaftlich agierenden Unternehmen nicht befriedigt werden, weil ein privatwirtschaftliches Angebot keine hinreichend hohen Profite abwirft. Zu nennen sind u. a. Jugendfreizeit-Projekte, die Organisation von Nachhilfeunterricht, Sportbetreuung, längere Öffnungszeiten von Museen und Bibliotheken, Qualifizierungsprojekte für Erwachsene, Seniorenbetreuungsprojekte, die Betreuung von Kindern, Alten und Kranken oder auch der ökologische Umbau der Infrastruktur – die Liste von unerledigten nützlichen und notwendigen Aufgaben ließe sich beliebig verlängern.

Dies ist besonders tragisch, weil es neben den gesellschaftlich unbefriedigten Bedarfen auch noch die gesellschaftlichen Produktionskapazitäten gibt, um diese Bedarfe zu decken. Beim Faktor Arbeit kommt zu den registrierten Arbeitslosen noch die stille Reserve hinzu – d. h. Personen, die nicht beschäftigt sind und eine Arbeit suchen, aber nicht arbeitslos gemeldet sind –, was derzeit zu einem ungenutzten Arbeitskräftepotential von rund 7,5 Millionen Menschen führt. Auch beim Sachkapital sind bei einer Kapazitätsauslastung von unter 85 % im verarbeitenden Gewerbe noch Kapazitäten vorhanden. (Memorandum 2003, a.a.O., S. 305, 307) Die produktive Nutzung dieser Potentiale unterbleibt allerdings, wenn der zur Zeit betriebene Rückzug des Staates aus der Wirtschaft vorangetrieben wird. Die private Nachfrage nach Konsumgütern kommt infolge von Sättigungserscheinungen auf der einen und mangelnder Kaufkraft auf der anderen Seite ins Stocken und wirkt sich negativ auf die privaten Investitionen aus. Erforderlich wird daher eine stärkere Nachfrage seitens des Staates. Die staatliche Nachfrage sollte sich dabei auf Bereiche konzentrieren, deren Güter den Charakter eines öffentlichen Gutes haben bzw. auf Güter, deren Konsum positive externe Effekte aufweisen. Zu denken ist vor allem an die Bereiche Bildung, Gesundheitswesen, öffentliche Infrastruktur etc. Nur so können die Wachstumskräfte gestärkt und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Und nur so kann es gelingen, die Einnahmen der sozialen Kassen zu erhöhen und die Beanspruchung der sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren.

6. Bewertung der aktuellen Reformvorschläge

Bei der Beurteilung der aktuellen Vorschläge zur Reformierung der sozialen Sicherungssysteme sind vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen zwei grundsätzliche Reformrichtungen zu berücksichtigen.

Die angedachten Leistungskürzungen in allen Bereichen der sozialen Sicherung

Die Überakkumulation äußert sich dadurch, dass der vorhandene Kapitalbestand zu groß ist. Die mangelnde Konsumnachfrage lässt Überkapazitäten entstehen, die zu Produktionseinbrüchen mit entsprechender Arbeitslosigkeit führen.

entlasten die Sozialkassen kurzfristig. Langfristig aber ist die Wirkung auf die Sozialkassen kontraproduktiv. Da Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger kaum Ersparnisse bilden können, ist jede Reduzierung ihrer Einkünfte unmittelbar nachfragewirksam. Die Konsumnachfrage dieser Personen wird in vollem Umfang der Leistungskürzungen sinken und den Teufelskreislauf aus Nachfragerückgang, Produktionsrückgang, erhöhter Arbeitslosigkeit mit weiteren Nachfragerückgängen verstärken. Damit aber kommt es zu einer Schwächung der Einnahmeseite der Sozialkassen, während die Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme infolge der höheren Arbeitslosigkeit steigt. Eine langfristige Lösung der Probleme, unter denen die sozialen Sicherungssysteme leiden, lässt sich so nicht erreichen.

Auch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, die mit den Leistungskürzungen einhergeht, kann diese negativen Nachfrage- und Beschäftigungseffekte nicht kompensieren. Richtig ist, dass geringere Sozialversicherungsbeiträge und Steuern das verfügbare Einkommen erhöhen und damit die Konsumnachfrage steigern. Allerdings wird ein Teil des zusätzlichen verfügbaren Einkommens für die Ersparnisbildung verwendet und ist deshalb nicht nachfragewirksam. Die vorher erhobenen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern sind hingegen zur Gänze nachfragewirksam. „Sozialversicherungsbeiträge stellen in vollem Umfang zusätzliche Nachfrage dar ... Sie sind sogar besonders konsumwirksam, da die Sozialversicherungsträger bis auf geringfügige Rücklagen keine »Sparquote« kennen. ... Gleiches gilt für die Steuern. Auch sie werden unmittelbar nachfragewirksam. ... Alle Steuereinnahmen werden unmittelbar für Löhne, und Gehälter, Sachausgaben und Investitionen verwandt und steigern damit die inländische Nachfrage.“ (Ver.di 2003, S. 18.)

Die aktuell angedachten Sparmaßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung sind somit insgesamt langfristig als kontraproduktiv einzustufen. Wegen der negativen Konsequenzen für die gesamtgesellschaftliche Nachfrage verstärken sie die Überakkumulation und die Arbeitslosigkeit, was die problematische Lage der sozialen Sicherungssysteme verschlimmert. Nur eine stärkere Nachfrage seitens des Staates, die durch eine am Leistungsfähigkeitsprinzip orientierte Besteuerung finanziert wird, kann die Probleme der Sozialkassen langfristig lösen.

spw 6 / 2003

Literatur

- Amin, Samir: Imperialismus und Globalisierung, in: Eric Hobsbawm u.a.: Das Manifest – heute, Hamburg 1998, S. 137 – 149, hier S. 139, 145.
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2003: Krise im Schatten des Krieges –

- Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbruch des Sozialstaates, Köln 2003, S. 17f.
Bischoff, Joachim/Nick, Harry/Steinitz, Klaus: Entwicklungstendenzen im modernen Kapitalismus und Strategie der sozialistischen Linken, in: Z – Nr. 44, 2000, S. 89 – 103, hier S. 91.
Giersch, Herbert: Gegen Europessimismus – Kritische Beiträge 1977 bis 1985, Stuttgart 1986, S. 290f.
Glotz, Peter: Die soziale Selbstgerechtigkeit, in: Die Zeit vom 08.05.2003, S. 6
Herr, Hansjörg: Arbeitsmarktreformen und Beschäftigung. Über die ökonomietheoretischen Grundlagen der Vorschläge der Hartz-Kommission, in: PROKLA, 32. Jg., 2002, S. 515 – 536.
Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, in: MEW 23, 16. Aufl., Berlin 1986, S. 790.
Marx, Karl: Das Kapital, Zweiter Band, in: MEW 24, 11. Aufl., Berlin 1986, S. 318, Fußnote 32.
Marx, Karl: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW 25, 12. Aufl., Berlin 1984, S. 500.
Robinson, Joan: Die Akkumulation des Kapitals, Frankfurt am Main o.J., S. 60.

- Dies., Grundprobleme der Marxschen Ökonomie, Marburg 1987, S. 88.
Schäfer, Claus: Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe, in: WSI-Mitteilungen, 52. Jg., 1999, S. 733-751
Schmidt, Helmut: Mäßigkeit ist eine Kardinaltugend, in: Die Zeit vom 10.04.2003, S. 13.
Schröder Gerhard: Dann lasst uns streiten, in: Der Spiegel vom 19.04.2003, S. 50 – 55, hier S. 50f.
Ver.di Bundesvorstand, Mehr Einkommen, mehr Kaufkraft – Lohnpolitik für Einkommen, Nachfrage und Beschäftigung, Berlin 2003, S. 18.
Ziebur, Gilbert: Triumph der Ungleichheit – Reichtumsproduktion und -verteilung im Prozeß der Globalisierung, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.), Reichtum heute, Münster 2001, S. 28 – 42, hier S. 31
Zinn, Karl Georg: Der langsame Abstieg in die Zukunft, in: Sozialismus, 20. Jg., 1993, Heft 11, S. 25 – 43, wiederabgedruckt in K. G. Zinn, Jenseits der Marktmythen, S. 9 – 35, Hamburg 1997, zitiert nach letztem Wiederabdruck, hier S. 28.
Zinn, Karl Georg: Vollbeschäftigung – eine Utopie?, in: Karl Georg Zinn, Jenseits der Markt-Mythen, Hamburg 1997, S. 53 – 83, hier S. 74.



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
 Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
 Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
 Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

Namibia

Henning Melber (Hg.): *Namibia. Grenzen nachkolonialer Emanzipation*. Verlag Brandes & Apsele Frankfurt 2003. 224 S., 16,90

Viele linke Sozialdemokraten und Jusos unterstützten in den Siebziger und Achtziger Jahren den Befreiungskampf der SWAPO für ein unabhängiges Namibia. Inwieweit die Hoffnungen auf eine demokratische und sozialistische Entwicklung in dem Land im Südlichen Afrika in Erfüllung gingen, analysiert ein von Henning Melber herausgegebener Sammelband, abgesehen von vereinzelt spezialisierten Fachveröffentlichungen die einzige leicht greifbare deutschsprachige Arbeit zum Thema.

Henning Melber, der 1974 als Sohn deutscher Einwanderer der heutigen Regierungspartei SWAPO beitrug und von 1992 bis 2000 ein Forschungsinstitut in Namibia leitete, zieht eine ernüchternde Bilanz. Er schließt in seinem einleitenden Beitrag sogar eine zukünftige Entwicklung nach simbabwischen Vorbild nicht aus. Dort steht die 1980 nach einem erbitterten Bürgerkrieg an die Macht gelangte Befreiungsbewegung mittlerweile vor einem wirtschaftlichen und sozialen Scherbenhaufen.

Wie in Simbabwe ist in Namibia schon seit einiger Zeit keine Rede mehr von einer sozialistischen Entwicklung. Während in Simbabwe eine chaotische Landreform seit 2001 zwar die meisten weißen Großfarmer vertrieben, aber mangels Infrastruktur wenig zur Entwicklung schwarzer Kleinbauern beigetragen hat, wurde in Namibia eine ernsthafte Landumverteilung, die v.a. im Süden des Landes notwendig wäre, erst gar nicht angepackt.

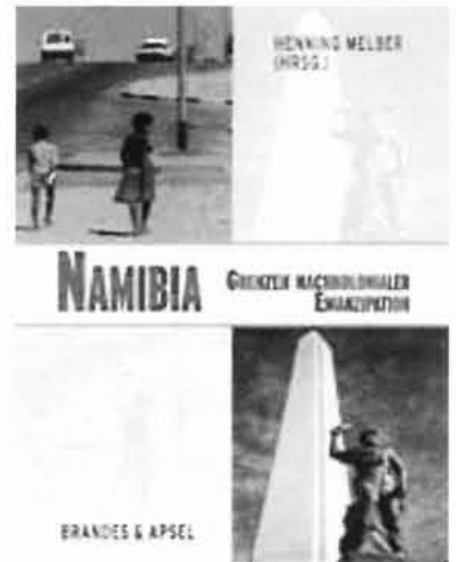
Zwar gibt es in Namibia noch eine vielfältige kritische Presse, aber die dominierende SWAPO, die bei zurückgehender Wahlbeteiligung mittlerweile fast 80% der Stimmen bekommt, verhält sich zunehmend autokratisch. Partei, Regierung und Staat werden als

Einheit betrachtet, Kritik oft als Verrat bewertet und abweichende Positionen, die an die Versprechungen des Befreiungskampfes erinnern, ausgegrenzt.

Melber nennt einige Gründe für diese aus linkssozialdemokratischer Sicht bedauerlichen Entwicklungen: ein schwaches demokratisches Bewusstsein, politische Eliten, die auch nach über zehn Jahren Unabhängigkeit noch in den militärischen Kategorien des Befreiungskampfes denken, und nicht zuletzt mit Sam Nujoma ein Präsident, dessen persönliches Format weit hinter dem Nelson Mandelas zurückbleibt.

Der Jurist Bukurura zeigt anschaulich die Problematik des Konstitutionalismus in einer postkolonialen Gesellschaft. Viele für eine Demokratie unverzichtbare Verfassungsprozeduren bestanden formal schon in der Kolonialzeit, erschienen aber im Kontext des Befreiungskampfes als bloße Fassade für Ausbeutung und Unterdrückung. Die 1990 verabschiedete namibische Verfassung ist zwar vorbildlich, entsprang aber eher einem Kompromiss konkurrierender namibischer Eliten, die um internationale Anerkennung bemüht waren, und nicht einer breiten Diskussion in der namibischen Öffentlichkeit.

Gelungen sind auch die Beiträge von Saul/Leys und Saunders über die bis heute ausgebliebene Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der SWAPO in ihren Guerillacamps. Während sich der südafrikanische ANC diesem dunklen Kapitel der eigenen Vergangenheit stellte, weicht die namibische Gesellschaft – abgesehen von einigen kritischen Kirchenkreisen und den Betroffenen bzw. ihren Verwandten – dieser Thematik aus. Einerseits will die SWAPO-Führung keine alten Wunden aufreißen und den offiziellen Kurs der Versöhnung nicht gefährden, andererseits profitieren von dieser Politik v.a. die früheren politischen Unterstützer der Apartheid-Politik. Die westliche Linke hat – nicht ganz zu Unrecht – Angst vor dem Beifall von der falschen Seite. Natürlich funktionalisieren rechte, oft rassistische Kreise die SWAPO-Menschenrechtsverletzungen



und haben dies auch in der Vergangenheit getan, aber ohne eine selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte besteht – wie Kössler zeigt – die Gefahr der Mythologisierung des Befreiungskampfes, der dann zur Rechtfertigung jedweder Regierungspolitik herangezogen wird.

Auch wenn manche Beiträge, wie etwa der von Heuva über die SWAPO-Medien im Exil, nicht über eine bloße Beschreibung hinauskommen, ist der Band ein wertvoller Beitrag zu einer selbstkritischen Reflektion früherer Solidaritätsaktivitäten und zu einer Bestimmung der internen Grenzen nachkolonialer Emanzipation. Zwar liegt in dem Buch der Schwerpunkt auf den internen Blockaden der namibischen Entwicklung, trotzdem wäre ein ergänzender Beitrag zu den externen Begrenzungen im Kontext der Globalisierung sinnvoll gewesen. In ihm hätte nicht nur auf die kolonial geprägte einseitige Wirtschaftsstruktur Namibias, sondern u.a. auch auf dessen schwache Verhandlungsposition etwa gegenüber der EU eingegangen werden können.

spw 6 / 2003

Peter Bräunlein

„gekomen und geblieben“ – Lebensgeschichten türkischer MigrantInnen in der BRD

Michael Richter, *Gekommen und geblieben – Deutsch-türkische Lebensgeschichten*, edition Körber-Stiftung, Hamburg, 2003, ISBN 3-89684-048-7, 276 Seiten, 14 Euro

Der absurde Streit um das Zuwanderungsgesetz im Jahr 2002 war zuletzt eines der augenfälligsten Zeichen dafür, dass der öffentliche Diskurs in der Bundesrepublik von einem rationalen Umgang mit den Themen Einwanderung und Integration weit entfernt ist.

Noch am ehesten Einigkeit scheint zwischen den Parteien beim Thema Integration zu bestehen. Ausgangspunkt ist die These, dass ein großer Teil der MigrantInnen vor allem der 1. Einwanderungsgeneration nicht richtig in die Gesellschaft integriert seien. Festgemacht wird dies in der Regel an mangelnden Sprachkenntnissen und dem Rückzug in die eigene Subkultur. Als Antwort darauf ist die Verpflichtung zu sogenannten Integrationskursen gedacht.

Eine Stimme, die in dieser Debatte nicht gehört wurde, ist die derjenigen, die als Beispiel für misslungene Integration gelten: Die Einwanderer der 1. Generation. Anstrengungen, aus dem Gespräch mit diesen Menschen die Anforderungen an eine zukünftige Integrati-

onspolitik zu entwickeln, wurden nicht gemacht.

Das Buch von Michael Richter versammelt elf Lebensgeschichten von türkischen Einwanderern genau dieser Personengruppe. Die einzelnen Beiträge skizzieren jeweils den Lebensweg von der Geburt bis zum Tag des Interviews, und berichten über Beweggründe, Hoffnungen und Ängste, die mit dem Schritt in die Migration nach Deutschland verbunden waren. Auch über die Erfahrungen im Betrieb und im Umgang mit anderen Deutschen wird berichtet.

Damit handelt es sich um eines der wenigen Textdokumente, in dem MigrantInnen der 1. Generation die Möglichkeit erhalten, über ihre Erfahrungen als Einwanderer

und Einwanderin in Deutschland zu berichten.

Das Bild der Türcinnen und Türken, die von den 1950er bis zu den 1970er Jahren zum Arbeiten nach Deutschland kamen, bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung meist trübe und beschränkt auf wenige Schlaglichter. Die mit Einkaufstüten bepäckte kopftuchtragende Frau, den in der Teestube sitzenden Mann. Das Buch bietet die Möglichkeit, weit über diese Stereotypen hinaus zu blicken, und das oben beschriebene Bild mit Hilfe der Berichte der Betroffenen zu erhellen.

Spricht man von der 1. Generation der Einwanderer, so reichen die Geburtsjahrgänge in dem Band von etwa 1920 bis 1956. Beschrieben wird unter anderem der Lebensweg eines Kaufmanns, der bereits in den 1950er Jahren, also lange vor Unterzeichnung des ersten Anwerbeabkommens mit der Türkei, als Student in die BRD kam. Andere wiederum folgten ihrem Ehepartner nach. Die beruflichen Werdegänge reichen von Bauarbeiter über Tellerwäscherin bis zum selbstständigen Frisör, zum hauptamtlichen Gewerkschafter oder zur Lehrerin.

Vor allem je nach beruflicher Tätigkeit völlig unterschiedlich gestaltet sich demnach auch der Kontakt zu anderen Deutschen.

Gemeinsam ist fast allen, dass sie oder ihre Eltern vor dem Schritt, nach Deutschland auszuwandern, bereits eine Migration innerhalb der Türkei, aus dem Dorf in die Stadt, hinter sich hatten. Bei fast allen änderten sich die Beweggründe für den Schritt nach Deutschland im Laufe der Jahre, oder es kommen neue Gründe hinzu. Mit dem Aufwachsen der Kinder verlagerte sich meist der Lebensschwerpunkt auch gedanklich

endgültig nach Deutschland. Hinzu kommt mittlerweile auch, dass mit zunehmendem Alter die Sorge um eine adäquate Gesundheitsversorgung einen längeren Aufenthalt in der Türkei nicht mehr möglich macht.

Interessant zu lesen sind die Beschreibungen über die jeweiligen Familienverhältnisse. Zwar heben alle Interviewten die im Vergleich zur deutschen Gesellschaft ungleich höhere Bedeutung der Familie hervor. Doch zeigen die Beiträge auch, dass sowohl Trennung der Ehepartner wie auch Vereinsamung im Alter trotz des Vorhandensein von nahen Familienangehörigen in näherer Umgebung auch unter Türken der 1. Generation in Deutschland vorkommen.

Den Lebensbeschreibungen vorangestellt ist ein einleitendes Essay der in Deutschland aufgewachsenen und mittlerweile wieder in Istanbul lebenden Journalistin Dilek Zaptcioglu. Dieser Text könnte auch sehr gut als Zusammenfassung und abschließende Bewertung der Beiträge am Ende des Buches stehen.

Zaptcioglu arbeitet die innere Zerrissenheit dieser 1. Generation zwischen der Gesellschaft der Türkei, die sie nach ihrer Auswanderung nicht mehr als vollwertige Mitglieder akzeptieren wollte, und der bundesdeutschen Gesellschaft, die sich den Einwanderern nicht wirklich öffnete, heraus. Im Unterton schwingt dabei auch so etwas wie ein stiller Groll mit. Groll darüber, selbst erlebt zu haben, wie sich die Eltern mit der Übernahme körperlich belastender und schlecht bezahlter Tätigkeiten buchstäblich krumm gearbeitet haben – für ein späteres Glück in der Türkei, aber eben auch für den Wohlstand in der Bundesrepublik – ohne dafür Anerkennung zu erhalten. Der Anerkennung der Le-



bensleistung der Generation der Eltern, so ist aus dem Beitrag Zaptcioglus zu folgern, kommt große Bedeutung für das innere Verhältnis der Kinder zur Bundesrepublik zu.

Dass Integration viel mit gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz zu tun hat, machen diese Lebensgeschichten einmal mehr deutlich. Und dass es entgegen des vor allem von konservativer, aber zum Teil auch von sozialdemokratischer Seite verbreiteten Vorurteils viele Wege geben kann, sich in einer Gesellschaft einzurichten und zurecht zu finden, ohne völlig die mitgebrachte Identität aufgeben zu müssen.

spw 6 / 2003

Thilo Scholle, Lünen

spw intern

Nach der Tagung ist vor der Tagung. In diesem Heft dokumentieren wir die Referate und einige Statements unserer Jubiläumsfeier vom 25. Oktober in Berlin, zu der sich fast hundert Personen angekündigt hatten. Dass zum Schluss dann doch nicht alle kommen konnten, war schade. Aber vielleicht klappt es ja dann zu den Terminen und Tagungen, die wir für 2004 vorgesehen haben.

In einem Theorie-Workshop am 11. Januar 2004, den wir in Zusammenarbeit mit unse-

rem Mitherausgeber Klaus Dörre in Recklinghausen veranstalten wollen, werden wir uns mit einigen aktuellen Kapitalismusanalysen marxistischer Tradition, u. a. von Robert Brenner und Negri/Hardt, beschäftigen.

ProMS Nord lädt für Sonntag, 25. Januar, zum traditionellen Grünkohlessen nach Hamburg in das SPD-Kreishaus Eimsbüttel ein. Die Veranstaltung beginnt um 10.30 Uhr mit einer Diskussion zum Thema „Wie ist eine andere Welt möglich? – Politische Alternativen in Zeiten globaler Märkte“

Es diskutieren Prof. Dr. Jörg Huffschmid, AG Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen, und Niels Annen, Juso-Bundesvorsitzender.

Informationen gibt es über www.proms-nord.de. Anmeldungen bitte an Kai.Burmeister@t-online.de.

Die spw-Frühjahrstagung wird am 24./25. April in Hamburg zum Thema „Medien, Macht und Hegemonie“ stattfinden. Weitere Informationen dazu im kommenden Heft.

Für 2004 planen wir u. a. folgende Schwerpunkt-Hefte: Kapitalismuskritik (als Dokumentation des Theorie-Workshops vom 11. Januar), Europa und EU-Osterweiterung, Kommunalpolitik, Macht und Hegemonie. Über Anregungen und Artikelangebote freuen wir uns.

Dass dieses und das letzte Heft etwas später als gewohnt fertig wurden liegt daran, dass ich noch immer mit den Folgen eines schweren Verkehrsunfalls vom September zu tun habe. Was früher schnell von der Hand ging, dauert länger, wenn Hände und Beine plötzlich nicht mehr mitspielen. Aber die Zeit heilt Wunden und im kommenden Jahr sollte alles wieder seinen geregelten Gang gehen.

Für die Mitarbeit in diesem Jahr bedanke ich mich bei allen AutorInnen, Redaktionsmitgliedern und HerausgeberInnen. Den LeserInnen wünschen wir alles Gute und viel Erholung während der Feiertage.

Reinhold Rünker

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edlbert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15,50, sFr 27,80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de